



**Parlamentarischer Untersuchungsausschuss II
gemäß Artikel 41 der Landesverfassung
Drucksache 14/9466 – Neudruck**

23. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

8. Februar 2010

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:15 Uhr bis 12:30 Uhr

12:35 Uhr bis 13:10 Uhr

14:05 Uhr bis 15:30 Uhr

15:40 Uhr bis 15:45 Uhr

15:50 Uhr bis 16:05 Uhr

Vorsitz: Thomas Kutschaty

Protokoll: Wolfgang Wettengel, Cornelia Patzschke, Christoph Filla, Ulrike Schmick, Birgit Raddatz, Christian Bochmann, Rainer Klemann, Stefan Ernst, Gertrud Schröder-Djug, Jonas Decker, Simon Vlachopoulos, Beate Mennekes, Dr. Hildegard Müller (Federführung)

Hinweis:

„Protokolle über öffentliche Sitzungen eines Untersuchungsausschusses dürfen bis zum Abschluss der Untersuchung nur mit Genehmigung des Ausschusses eingesehen werden. Die Genehmigung kann nur erteilt werden, wenn ein berechtigtes Interesse glaubhaft gemacht wird und eine Beeinträchtigung der Untersuchung, insbesondere der Belange der Wahrheitsfindung, nicht zu befürchten ist“ (§ 9 Abs. 4 Sätze 1 und 2 Archivordnung des Landtags Nordrhein-Westfalen).

Die Weitergabe der Protokolle außerhalb des berechtigten Personenkreises sowie die Veröffentlichung sind bis zu diesem Zeitpunkt unzulässig.

¹ nichtöffentlicher Teil siehe nöAPr 14/231

Verhandlungspunkt:

2 Vernehmung des Zeugen Eckhard Uhlenberg

3

* * *

(Vorher hat ein nichtöffentlicher Sitzungsteil – siehe nöAPr 14/231 – stattgefunden.)

2 Vernehmung des Zeugen Eckhard Uhlenberg

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne hiermit den öffentlichen Teil der 23. Sitzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses II. Wir haben heute als Zeugen Herrn Uhlenberg geladen. – Herr Uhlenberg, ich begrüße Sie sehr herzlich hier im Untersuchungsausschuss.

Vor Beginn Ihrer Vernehmung bin ich gehalten, darauf hinzuweisen, dass Bild- und Tonaufnahmen während der Sitzung nicht zulässig sind. Ebenso sollen keine Personen im Raum sein, die gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt noch als weitere Zeugen in Betracht kommen.

Herr Uhlenberg, wir wollen Sie heute zu dem in der Ladung genannten Beweisthema befragen. Bevor ich mit der Befragung beginne, bin ich jedoch gehalten, Sie zu belehren:

Sie sind als Zeuge verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, aber auch nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Wenn Sie hier vor dem Untersuchungsausschuss falsch aussagen, ist dies eine Straftat und kann bei uneidlicher vorsätzlicher Falschaussage mit einer Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft werden.

Ich mache ferner darauf aufmerksam, dass Sie berechtigt sind, die Auskunft auf solche Fragen zu verweigern, durch deren wahrheitsgemäße Beantwortung Sie sich selbst oder einen nahen Angehörigen der Gefahr der Strafverfolgung oder der Gefahr der Verfolgung wegen einer Ordnungswidrigkeit aussetzen würden.

Sie sind ferner berechtigt, die Auskunft auf solche Fragen zu verweigern, bei deren wahrheitsgemäßer Beantwortung Sie sich der Gefahr einer Ministeranklage aussetzen würden. – Haben Sie dazu Fragen?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Der Ministerpräsident hat mir mit Schreiben vom 26. Januar 2010 eine Kopie der Aussagegenehmigung für Herrn Uhlenberg übermittelt. Die Aussagegenehmigung wurde den Obleuten und wissenschaftlichen Referenten per Mail zugeleitet. Ich gehe daher davon aus, dass ich auf eine Verlesung hier verzichten kann.

Ich möchte Sie, Herr Uhlenberg, jedoch darauf aufmerksam machen, dass Sie nicht verpflichtet sind, über Vorgänge zu berichten, die über die Ihnen erteilte Genehmigung zur Aussage hinausgehen. Falls Sie trotzdem zu anderen Komplexen Aussagen machen wollen, müssen Sie das auf Ihre eigene Verantwortung hin tun.

Möglicherweise haben Sie sich zur Vorbereitung des heutigen Termins noch einmal Akten angeschaut oder Unterlagen durchgesehen. Wenn dies der Fall sein sollte, machen Sie uns bitte an der jeweiligen Stelle Ihrer Aussage deutlich, was Sie aus dem Aktenstudium berichten bzw. was aus Ihrer tatsächlichen Erinnerung stammt.

Wir beginnen zunächst mit der Feststellung Ihrer Personalien. Ich bitte Sie, uns Ihren vollständigen Namen mitzuteilen.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Mein Name ist Franz Eckhard Uhlenberg, aber der Rufname ist Eckhard. Ich bin am 16. Februar 1948 in Werl geboren.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Jetzt müssen wir das einmal umrechnen, wie alt Sie in vollen Jahren sind.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich werde in der nächsten Woche 62 Jahre.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Also sind Sie heute 61 Jahre?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ja.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Von Beruf sind Sie, Herr Uhlenberg?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich bin gelernter Landwirt, und ich bin jetzt von Beruf Landtagsabgeordneter und seit Juni 2005 Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ihr Dienort ist dementsprechend?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Düsseldorf.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herzlichen Dank. – Gibt es Fragen zur Person? – Das ist nicht der Fall.

Herr Uhlenberg, wir haben uns das so vorgestellt, dass zunächst von mir einige einleitende Fragen gestellt werden und anschließend die Kolleginnen und Kollegen aus den Fraktionen Gelegenheit haben werden, an Sie weitere Fragen zu stellen. Wenn Sie zwischendurch einmal eine Pause oder eine Unterbrechung wollen, dann lassen Sie uns dies bitte wissen. Wir haben vorgesehen, gegen ca. 13 Uhr eine kleine Mittagspause einzulegen, wenn es länger dauern sollte.

Herr Uhlenberg, Sie sollen heute zu dem Untersuchungsgegenstand dieses Ausschusses befragt werden, wie er sich nach Ziffer 3 des Einsetzungsbeschlusses des Parlaments vom 25. Juni 2009 darstellt. Schildern Sie uns doch bitte einmal, welche Umstände der Freistellung und anschließenden Kündigung des Abteilungsleiters IV, Herrn Dr. Friedrich, zugrunde lagen.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Es hat zwei Punkte gegeben, die dazu beigetragen haben, dass das Ministerium sich von Herrn Dr. Friedrich gelöst hat. Das waren in erster Linie zwei Punkte.

Erst einmal ging es um die Frage, dass es einen schweren Regelverstoß gegeben hat, was das Schreiben des Landesrechnungshofes angeht, dass Herr Dr. Friedrich dieses Schreiben nicht der Hausspitze, insbesondere auch dem Staatssekretär, zur Kenntnis gegeben hat. Das hat die Vertrauensbasis sehr erschüttert.

Der zweite Punkt war ein Einstellungsbetrug im Hinblick auf eine Mitarbeiterin aus dem Haus, der dritte Punkt das Verschwinden einer dienstlichen Festplatte. Deshalb waren die Suspendierung und die Entlassung nach meiner Auffassung richtig und nötig.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wann und durch wen haben Sie erstmals Kenntnis von diesen Verdachtsmomenten erhalten?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Durch den Herrn Staatssekretär.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wann war das?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Das war im Vorfeld der Kündigung.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Können Sie diesen Zeitraum noch etwas näher eingrenzen?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Die Kündigung hat ja stattgefunden bzw. die Strafanzeige am 20.07.06 und am 18.08.06, also in den Wochen, in den Tagen, bevor die Kündigung ausgesprochen wurde, als es für den Staatssekretär und für die Hausspitze feststand, dass vor dem Hintergrund dieser Punkte, die ich gerade genannt habe, Herr Dr. Friedrich für uns als Abteilungsleiter nicht mehr tragbar war.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wie sind Sie da informiert worden von Herrn Staatssekretär?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Es gibt natürlich immer wieder Gespräche – ich glaube, das gehört zu einer guten Arbeit in einem Ministerium – zwischen dem Minister und dem Staatssekretär, und ich bin natürlich ... Ja, ich bin über Gespräche darüber informiert worden.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Waren das ganz normale Regelgespräche, oder gab es da einen besonderen Anlass, dass der Staatssekretär (akustisch unverständlich)

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Also, ich meine, wenn ein solcher Vorgang in einem solchen Haus ist, gibt es fast ... gibt es regelmäßig ... Ich habe also regelmäßig Kontakt mit dem Staatssekretär. Das sind Gespräche gewesen, die sich nur um diesen Punkt gedreht haben, aber die auch im Zusammenhang mit anderen Punkten, die eigentlich täglich zwischen dem Staatssekretär und mir besprochen werden, angesprochen wurden.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Gab es schriftliche Informationen zu Beginn?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ja, es gibt eine schriftliche Information. Ich habe dann, als die Kündigung anstand, Herrn Staatssekretär Dr. Schink gebeten, mir das auf zwei Seiten einmal zusammenzuschreiben.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Hatten Sie Nachfragen gehabt, nachdem Sie diese Information erhalten hatten?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Haben Sie Erkundigungen eingeholt im Ministerium über den Vorgang, noch bei anderen Mitarbeitern?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Habe ich Sie denn richtig verstanden, der einzige Ansprechpartner war Herr Dr. Schink für Sie?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein, das nicht, aber der entscheidende Ansprechpartner war natürlich für mich in einer solchen Situation der Staatssekretär.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Und wer waren die dann weniger entscheidenden Ansprechpartner?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Also, wir haben im Haus natürlich auch mit meinem engsten Umfeld über die Situation immer wieder gesprochen; das ist klar, man informiert sich. Aber der entscheidende Ansprechpartner war für mich der Staatssekretär.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Haben Sie Kenntnis über weitere Vorwürfe gegen Herrn Dr. Friedrich bekommen, außer den drei eingangs genannten Punkten?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ja; aber dies waren die entscheidenden Punkte, die dazu beigetragen haben, dass wir beide der Auffassung waren – ich als Minister und

der Herr Staatssekretär –, dass Herr Dr. Friedrich als Abteilungsleiter nicht mehr tragbar ist.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Welche Vorwürfe kennen Sie noch, die gegenüber Herrn Dr. Friedrich geäußert worden sind?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Es hat immer Gerüchte im Haus über Dr. Friedrich gegeben, über seine Arbeitsweise, wie er mit Mitarbeitern seiner Abteilung umgegangen ist, dass er einen besonderen Stil hatte, auch in der Zusammenarbeit mit seinen Mitarbeitern – ich will das einmal sehr vorsichtig umschreiben –, aber das waren nicht die Gründe.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Was gab es denn da an Vorwürfen in diesem Zusammenhang?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Das waren die Vorwürfe, dass es in dieser Abteilung ein besonderes Klima gegeben hat, dass immer wieder auch wichtige Entscheidungen getroffen werden, die mit der Hausspitze nicht abgesprochen sind, die man aber vor dem Hintergrund auch einer guten, vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Hausspitze und Abteilungsleiter mit der Hausspitze bespricht. Das waren Vorwürfe, die im Zusammenhang mit der Person von Dr. Friedrich immer eine Rolle gespielt haben. Aber das waren nicht die Punkte, die Gründe, weshalb wir uns von ihm getrennt haben.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Waren Sie in das arbeitsgerichtliche Verfahren auch eingebunden? Sind Sie da auf dem Laufenden gehalten worden?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ja, insbesondere, als es dann darum ging, eine Vereinbarung mit Herrn Dr. Friedrich herbeizuführen. Das ist natürlich dann auch mit mir abgesprochen worden.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wer ist da auf Sie zugekommen?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich kann mich noch erinnern, dass wir, glaube ich, an dem Tag hier eine Plenarsitzung hatten, und ich bin dann informiert worden über den Verlauf dieser arbeitsgerichtlichen Verhandlung, und mir ist dann hinterher auch das Ergebnis unterbreitet worden. Ich habe das akzeptiert.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ja, meine Frage war ja: Wer ist da auf Sie zugekommen?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Das haben Mitarbeiter aus meinem engsten Umfeld gehabt, die dann auch mit Herrn Dr. Günther, der die Verhandlungen für unser Haus geführt hat, in Kontakt standen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Haben Sie selbst mit Herrn Dr. Günther über diese Angelegenheit gesprochen?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Vielleicht später; an dem Tag, soweit ich mich erinnern kann, nicht mehr.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Haben Sie mit Herrn Dr. Günther vor dem Kammertermin des Arbeitsgerichtes über die Angelegenheit gesprochen?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Soweit ich mich erinnern kann, nicht.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Welche Gespräche hat es anschließend mit Herrn Dr. Günther gegeben?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Na ja, mich hat natürlich immer wieder die Frage interessiert, ob dieses Ergebnis ein angemessenes Ergebnis ist. Ich bin kein Jurist, und ich habe mich natürlich darüber informiert, ob dieses Ergebnis, diese 75.000 €, die Herr Dr. Friedrich noch bekommen hat, angemessen ist. Ich habe mich informieren lassen natürlich von Herrn Dr. Günther über das Ergebnis dieses arbeitsgerichtlichen Prozesses.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Hatten Sie Zweifel, ob das Ergebnis, die Entschädigungszahlung oder Abfindungszahlung, angemessen ist?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich habe in arbeitsgerichtlichen Verfahren persönlich noch nie Erfahrung gehabt. Deswegen habe ich mich natürlich ... Ich frage gerne nach, um mir letztlich auch ein Urteil zu machen, aber ich war hinterher mit dem Ergebnis sehr zufrieden, insbesondere, weil Herr Dr. Friedrich auch die Einigung begrüßt hat.

Es gibt ja eine Pressemitteilung. Dort hat Herr Dr. Friedrich erklärt, diese lässt aus seiner und aus Sicht des Umweltministeriums keinen Spielraum mehr für politische Spekulationen im Zusammenhang mit der Beendigung des Dienstverhältnisses mit Herrn Dr. Friedrich, und es hat ja im Zusammenhang damit damals Spekulationen gegeben.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Warum waren Sie mit dem Ergebnis nachher zufrieden?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Weil insbesondere dies auch von beiden Seiten entsprechend klargestellt worden ist, der Punkt, den ich gerade genannt habe.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wie war denn Ihr persönliches Verhältnis bei der Zusammenarbeit mit Herrn Dr. Friedrich?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Also, ich muss dazu Folgendes sagen: Ich kannte Herrn Dr. Friedrich überhaupt nicht, als ich ins Haus kam. Ich hatte viel von ihm gehört, aber ich kannte ihn nicht. Ich habe dann am Anfang sehr intensiv mit ihm zusammengearbeitet, was diese Vorgänge in Walsum anging, und es war auch eine gute Zusammenarbeit mit Herrn Dr. Friedrich; das kann ich nicht anders sagen. Ich bin von vielen Seiten immer gewarnt worden, was seinen Umgang auch mit der Hausspitze angeht. Aber ich bin damals in dieses Haus gegangen ...

Wir haben ungefähr 400 Mitarbeiter in dem Haus, und ich bin zunächst einmal jemand, der den Menschen nicht misstraut, sondern den Menschen vertraut. Als ich Minister geworden bin, bin ich durch das ganze Haus gegangen. Ich habe jedem Mitarbeiter, soweit er erreichbar war, die Hand gegeben; ich habe gesagt, ich bin hier der Neue. Ich war an sich ja gelernter Oppositionspolitiker – das wissen Sie –, ich war noch nie in meinem Leben Minister gewesen, und ich bin dann ohne jegliche Vorurteile in dieses Haus hineingegangen.

In diesem Haus sind 400 hochqualifizierte Mitarbeiter, die Fachleute in ihrem jeweiligen Bereich sind. Man kann dieses Ministerium mit anderen Ministerien auch aufgrund der Breite der Themen und der Breite der Fachkompetenzen, die in dem Umweltministerium vorhanden ist, mit anderen Häusern, glaube ich, nicht ganz vergleichen. Deswegen habe ich mir zunächst einmal ein Bild gemacht, und ich habe natürlich von Anfang an die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit allen Mitarbeitern, insbesondere natürlich auch mit allen Abteilungsleitern des Hauses, gesucht. Es ist mir, glaube ich, auch – ich bin jetzt fast fünf Jahre im Amt – gelungen, dass es diese vertrauensvolle Zusammenarbeit in diesem Haus gibt.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Gab es irgendetwas an Auffälligkeiten im Zusammenhang mit der Arbeit des Herrn Dr. Friedrich und Ihrem direkten Umgang mit ihm?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Was mir auffiel, war, dass er mich dann relativ früh immer gefragt hat, ob ich denn noch ihm vertraue. Das waren Fragen, die dann irgendwann kamen. Das kannte ich von den anderen Abteilungsleitern nicht; das war eigentlich nur Herr Dr. Friedrich, der eigentlich dann auch schon nach einigen Monaten zu mir hinkam und fragte, ob ich ihm und seiner Arbeit denn noch vertraue. Aber ich hatte ja zunächst überhaupt keinen Grund, ihm zu misstrauen. Auch diese ganzen Spekulationen und Gerüchte, die es da immer weiter gegeben hat, waren für mich nicht so entscheidend.

Ich habe zunächst, wie gesagt, diese Zusammenarbeit mit Herrn Dr. Friedrich gehabt im Zusammenhang mit der Frage Walsum, und da hat er mich, soweit ich das heute beurteilen kann, auch gut beraten.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Dr. Friedrich hat uns dieses Gespräch nach der Frage des Vertrauens in seiner Vernehmung am 3. Februar 2010 beschrieben – das ist Seite 32 des Ausschussprotokolls 14/1079; ich nenne das für die Kollegen, damit sie es nachlesen können, Herr Uhlenberg –, und zwar hat Herr Dr. Friedrich da ausgeführt:

Da habe ich ein Gespräch mit dem Minister derart geführt: Ich mache nur einmal im Jahr Urlaub, dann aber die ganzen Wochen. Ich habe gesagt: Ich pflege im Urlaub immer viel und intensiv zu wandern. Deshalb hätte ich jetzt eine Frage, nämlich: Ich könnte mich darauf vorbereiten. Wenn er

– er, das sind jetzt Sie –

der Meinung sei, dass ich da nicht mehr gebraucht würde – keine Verwendung etc. –, nähme ich dieses nicht übel, weil ich der Auffassung sei, dass Abteilungsleiter nun einmal die politische Entscheidung der Minister sind. Dann möge er mir das bitte sagen. Dann könnte ich mir schon bei meinen langen Wanderungen langsam mal Gedanken machen, was ich denn dann als Nächstes tue. Ich würde höflich darum bitten, ob ich dann gesagt bekomme, ich hätte ein Vierteljahr oder ein halbes Jahr Zeit, etwas anderes zu suchen.

Daraufhin hat der Minister mir in diesem April-Termin gesagt, dass er absolut mit dieser Arbeit zufrieden sei. Ich könne beruhigt in Urlaub fahren. Aber eines möchte er mir mitteilen: Er möchte zwei Legislaturperioden Minister sein. In der zweiten möchte er dann eine Person seiner Partei, seines Vertrauens haben. Also solle ich mich mal darauf einstellen. Hat Herr Dr. Friedrich den Inhalt des Gesprächs hier in seiner Zeugenaussage aus Ihrer Sicht zutreffend wiedergegeben?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Also, einiges ist da dran, und einiges ist nicht dran. Es ist ja nicht so, dass ein Minister eine Entscheidung treffen kann im Hinblick auf den Abteilungsleiter. Das ist kaum möglich, höchstens dann, wenn ein Wechsel ansteht. Die Situation auf Landesebene ist ja anders als auf Bundesebene. Auf Bundesebene kann man nach einem Wechsel auch Abteilungsleiter aus politischen Gründen austauschen. Das kann man auf Landesebene nicht.

Daher ist dieser Vergleich schon etwas schräg, und deswegen ist das bei mir nie eine politische Entscheidung gewesen. Ich habe Herrn Dr. Friedrich nie gesagt, dass ich ... Als ich damals ins Haus gekommen bin, habe ich gesagt: Das kann man jetzt zehn Jahre machen. – Das war bei meinen Vorgängern ... Wir haben ja eine relativ konstante Ministersituation in dem Umweltministerium, wenn man das mit anderen Häusern vergleicht. Der Minister Deneke war sehr lange im Amt, Herr Bäumer nicht so lange. Herr Minister Matthiesen war zwölf Jahre im Amt. Meine Vorgängerin, Frau Höhn, war auch zehn Jahre im Amt. Dann habe ich gesagt: Diesem Haus möchte ich auch weiterhin eine Stabilität geben. – Und unter den Gesichtspunkten habe ich das

mit diesen zehn Jahren gesagt. Ich weiß natürlich auch, dass das Wählervotum alle fünf Jahre ansteht, was ich als Demokrat und als Abgeordneter natürlich sehr ernst nehme. So muss man das natürlich auch einschränkend – glaube ich – verstehen.

Ich habe nie gesagt, dass nach der nächsten Landtagswahl ich dort an der Stelle einen CDU-Abteilungsleiter haben möchte. Das sehen Sie schon an der Praxis, wie sie in diesen Jahren durchgeführt worden ist im Haus. Wenn die Stelle als Abteilungsleiter in einem anderen Bereich zu besetzen war, dann ging es nicht um die Frage, ob er ein CDU-Parteibuch hat. Ich habe einen bekennenden Sozialdemokraten zum Abteilungsleiter gemacht. Ich habe andere Persönlichkeiten zu Abteilungsleitern gemacht, von denen ich überhaupt nicht weiß, wo die politisch stehen. Von daher habe ich diese Aussage sicherlich nicht gemacht.

Was sich damals bezog auf diese Zusammenarbeit, so ist es so, dass ich Herrn Dr. Friedrich wie allen anderen Mitarbeitern des Hauses, insbesondere den Abteilungsleitern, grundsätzlich mein Vertrauen entgegengebracht habe und auch bereit war, mit ihm vertrauensvoll zusammenzuarbeiten.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Haben Sie denn anlässlich dieses Gesprächs mit Herrn Dr. Friedrich, was ja dann wohl vor seinem Urlaub 2006 stattgefunden hat, ihm gegenüber Bedenken geäußert, ob er die Position weiter innehalten kann auch nach seinem Urlaub?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Alleine, dass es immer wieder eine Diskussion gegeben hat bei Herrn Dr. Friedrich im Gegensatz zu allen anderen Abteilungsleitern, ob die Hausspitze noch das Vertrauen hat, hat es nur bei Herrn Dr. Friedrich und keinem anderen Abteilungsleiter gegeben. Es war ja so, dass er offensichtlich selber etwas unsicher war, ob er sich vielleicht richtig verhält im Haus oder ob nicht doch etwas im Köcher war. Ich hatte aber zu dem Zeitpunkt überhaupt keinen Grund, Herrn Dr. Friedrich gegenüber ein Misstrauen auszusprechen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Sind Sie denn durch dieses Gespräch vielleicht misstrauisch geworden?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Also, wenn ein Abteilungsleiter Ihnen alle 14 Tage sagt bei allen möglichen Gesprächen, habe ich noch Ihr Vertrauen, dann – das möchte ich sagen – ist das zumindest ungewöhnlich. Das habe ich auch bei keinem anderen Abteilungsleiter erlebt, zumal ich mit allen Abteilungsleitern unabhängig der politischen Herkunft ... Ich darf noch mal sagen: Wir haben auch mit Herrn Stolper einen Abteilungsleiter in der Abteilung VII, der auch ein aktives grünes Parteimitglied ist. Mich verbindet mit ihm inzwischen eine sehr vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Ich komme aus einem Umfeld ... Ich bin natürlich überzeugter Christdemokrat. Das möchte ich überhaupt nicht in Zweifel stellen. Ich bin seit 40 Jahren Mitglied der Christlich Demokratischen Union. Aber ich habe in meinem Leben, in meinem Umfeld, in meiner Familie immer mit sehr vielen Menschen zu tun gehabt, die auch an-

deren Parteien angehören. Ich war 30 Jahre in der Kommunalpolitik tätig. Von daher bin ich allen Menschen gegenüber, die loyal sind, die kompetent sind – die Loyalität ist natürlich ganz wichtig –, sehr aufgeschlossen gegenüber, und ich bin auch aufgrund meiner Persönlichkeitsstruktur zunächst jemand, der bereit ist, mit allen – in diesem Zusammenhang auch mit Dr. Friedrich – vertrauensvoll zusammenzuarbeiten.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Nach diesem Gespräch, wo Herr Dr. Friedrich nach dem Vertrauensstand nachfragt, haben Sie da das zum Anlass genommen, Gespräche mit anderen Mitarbeitern Ihres Hauses zu führen, beispielsweise mit Herrn Staatssekretär, um mal nachzufragen, was denn da Hintergrund möglicherweise könnte dieser Nachfragen von Herrn Dr. Friedrich?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein, das habe ich nicht getan. Die Punkte, die dann hinterher dazu geführt haben, dass wir uns von Herrn Dr. Friedrich getrennt haben, haben sich dann im Laufe der nächsten Zeit entwickelt. Also, ich bin nicht durchs Haus gelaufen – um Ihre Frage zu beantworten – und habe gesagt: Liegt da jetzt etwas ganz Konkretes vor? – Wie gesagt, Herr Dr. Friedrich war eine schwierige Persönlichkeit, aber ich bin auch gerne bereit, mit schwierigen Persönlichkeiten zusammenzuarbeiten.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Was ist Ihnen bekannt zum Projekt MAPRO?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich habe mich um diesen Vorgang eigentlich nicht gekümmert. Ich weiß wohl, dass es damals ein Vorgang war, dass es um diese Ausschreibung ging. Aber das war ein Vorgang, der in die Verantwortung des Herrn Staatssekretärs fiel.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Sind Sie von Herrn Staatssekretär informiert worden über Sachstände zu MAPRO?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich bin nicht jeden Tag über den Vorgang informiert worden, aber ich bin natürlich dann auch über diesen Vorgang informiert worden.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ich komme zu sprechen auf Blatt 532 des Ordners MUNLV 3. Da hat der Rechtsanwalt des Herrn Dr. Friedrich im arbeitsgerichtlichen Verfahren, Herr Wille, einen Schriftsatz vom 18. Oktober 2006 verfasst. Der ist ziemlich lang, hat 35 Seiten, und da hat er unter anderem drin vorgetragen, dass der Vorgang MAPRO mit Herrn Staatssekretär Dr. Schink im Rahmen von Vieraugengesprächen – und zwar zwei Vieraugengespräche am 14. und 19. Oktober 2005 – erörtert worden sei. Ich zitiere mal wörtlich aus Blatt 532 des oben genannten Ordners:

Die Frage der Bewilligung des Forschungsantrags bzw. dessen Förderungswürdigkeit wurde zunächst – wie üblich – nicht vom Kläger ...

– Mit Kläger ist jetzt Herr Dr. Friedrich gemeint, wenn ich das so zitiere. –

... selbst geprüft, sondern von dem hierfür in seiner Abteilung zuständigen Referat IV.-9. Nachdem hier die diesbezüglichen Fachvoten vorlagen, wurde der Vorgang vom Kläger mit dem zuständigen Staatssekretär Dr. Schink im Rahmen der regelmäßig stattfindenden Besprechungen (Vier-Augen-Gespräch) erörtert und dem Staatssekretär durch den Kläger die Absicht seiner Abteilung vorgestellt, diesbezüglich Fördermittel (ohne Ausschreibung) zu bewilligen, da es sich nach der bisherigen Praxis der Vergabe an landeseigene Institute bzw. Forschungsvorhaben unter Federführung landeseigener Institute wie etwa der RWTH Aachen um „Inhouse-Vergabe“ handelte. Diesbezügliche Besprechungen zwischen dem Kläger und dem Staatssekretär Dr. Schink fanden am 14.10.2005 und 19.10.2005 statt.

Herr Uhlenberg, ist Ihnen bekannt, ob diese Gespräche stattgefunden haben?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich habe ja an diesen Gesprächen nicht teilgenommen. Ich kann hier zu diesen Daten nichts sagen. Ich kann zu dem Thema etwas sagen, was MAPRO angeht.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ja, bitte.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich habe mich ja auch hinterher informiert. Es war eben sehr umstritten, ob man einen solchen Großauftrag an die RWTH Aachen geben kann, ohne dass es eine entsprechende Ausschreibung gegeben hat. Und einer der Gründe des Vertrauensverlustes zu Herrn Dr. Friedrich war ja, dass er Herrn Staatssekretär Dr. Schink nicht darüber informiert hat, dass diese Vergabe – es war ja keine Ausschreibung – in dieser Form, wie sie dann durchgeführt worden ist, erfolgt ist. Er hat verschwiegen, dass zwei Referatsleiter ihre Bedenken angemeldet haben, und das war in dem Zusammenhang einer der Punkte, die dazu beigetragen haben, dass das Misstrauen gegen Herrn Dr. Friedrich gewachsen ist.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Nochmal: Hat der Herr Staatssekretär Sie informiert über solche Gespräche zum Thema MAPRO mit Herrn Dr. Friedrich?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich bin über den Bereich immer wieder informiert worden. Ja. Aber es war ja dann nicht der Punkt, der dazu beigetragen hat, dass wir uns von Herrn Dr. Friedrich getrennt haben.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ich frage noch einmal etwas konkreter nach: Wann und wie sind Sie über diese MAPRO-Gespräche informiert worden von Herrn Dr. Schink?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ja, in dem Rahmen der regelmäßigen Gespräche, die ich mit dem Staatssekretär führe.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Schon bevor die Freistellung von Herrn Dr. Friedrich erfolgte oder erst danach?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: In dem Zusammenhang mit der Freistellung von Dr. Friedrich.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Kann ich daraus schließen, dass vor der Freistellung von Herrn Dr. Friedrich da keine Informationen an Sie gelangt sind?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Da gehe ich heute von aus. Ja.

Ich habe ja eben darauf hingewiesen, dass ich damals Herrn Staatssekretär Dr. Schink gebeten habe, die Argumente, die zur Freistellung von Dr. Friedrich führen, auf zwei Seiten zusammenzuschreiben. Das Schreiben liegt Ihnen ja auch vor. Und da ist auch Bezug genommen worden auf MAPRO.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Hat Herr Dr. Schink Ihnen mal einen Inhalt dieser beiden von mir jetzt gerade zitierten Gespräche gegenüber bestätigt oder was dazu gesagt?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich weiß wohl, dass es natürlich in der Zeit permanente Gespräche dann mit Herrn Dr. Friedrich und der entsprechenden Abteilung gegeben hat.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Es wurden ja dann im Sommer 2006 neben den arbeitsrechtlichen Schritten auch strafrechtliche Maßnahmen gegen Herrn Dr. Friedrich eingeleitet, Ermittlungen. Was wissen Sie darüber?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Darüber bin ich natürlich informiert. Das waren ja die beiden Punkte, die ich eben angesprochen habe, also natürlich einmal dieser Punkt „Landesrechnungshof“, dann die Frage des Einstellungsbetruges und das Verschwinden der Festplatte. Da bin ich drüber informiert worden, und das war auch mit mir abgesprochen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wer hat Sie da informiert ...

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Der Staatssekretär.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: ...und wie? – Wir haben so ein bisschen das Interesse, das etwas genauer zu erfahren, Herr Uhlenberg.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ja, gut.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Versuchen Sie, sich noch einmal daran zu erinnern.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Als Minister hat man täglich oder fast täglich Kontakt mit seinem Staatssekretär, wenn es eben möglich ist, und in dem Zusammenhang sind diese Punkte angesprochen worden. Ich meine, das ist ja kein alltäglicher Vorgang in einem Haus, und er ist ja auch Gott sei Dank in diesen fünf Jahren nur einmal passiert, dass man sich von einem Abteilungsleiter trennen muss. Ich bin dann in den Tagen, als das anstand, als es dann Gewissheit gab, dass es diese Vorfälle gegeben hat, von Herrn Staatssekretär Schink mündlich informiert worden. Daraufhin habe ich gesagt, er möchte mir die Punkte doch noch einmal aufschreiben. Das war, wenn ich mich erinnere, am Wochenende, und für den kommenden Dienstag hätte es ja auch ein Thema in der Kabinettsitzung sein können. Dann hat es diesen Vermerk gegeben, der Ihnen vorliegt. Der ist vom 18.06.2006.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Dieser Vermerk hat ja mit dem Strafverfahren selbst jetzt nichts zu tun.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Das ist richtig, aber ich habe ja darauf hingewiesen, dass ich diese zwei Seiten haben wollte. Die habe ich dann bekommen, und gleichzeitig sind ja diese Strafanzeigen, einmal am 20.07.06 und einmal am 18.08.06, auf den Weg gebracht worden.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ist der Inhalt der Strafanzeige mit Ihnen besprochen worden?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ja.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wer hat das mit Ihnen besprochen?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Der Staatssekretär.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Allein, oder ...

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ja.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: ... waren da noch andere Fachleute dabei?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein, es war ein Telefongespräch, was dazu geführt hat, dass ich dann gesagt habe, er möchte mir diese zwei Seiten erstellen. Das war ein Gespräch zwischen dem Herrn Staatssekretär und mir.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Bei der ersten Strafanzeige oder bei der zweiten?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Bei der zweiten auch.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Also, Sie haben ja einmal um einen Vermerk gebeten.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ja.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Bei welcher Anzeige war das denn? Bei der ersten oder bei der zweiten?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Das war der Vermerk vom 18.06.2006. Das war bei der ersten. Also, in dem Vermerk sind ja mehrere Punkte zusammengeführt worden, die dann zu einer Suspendierung ... Zunächst hat es eine Suspendierung für zwei Monate gegeben, und dann hat es die fristlose Kündigung gegeben.

Dieses Gespräch zwischen Herrn Staatssekretär Schink und Herrn Dr. Friedrich hat zunächst einmal am 16.06. stattgefunden. Daraufhin hat mich der Staatssekretär informiert, und daraufhin habe ich gebeten, dass er mir diesen Vermerk zusammenstellt.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Noch mal, Herr Uhlenberg: Der Vermerk vom 18.06.2006, da steht noch nichts über eine Strafanzeige. Sie haben gerade selbst gesagt, die erste Strafanzeige ist am 20.07.2006 erstattet worden, die zweite am 18.08.2006. Wie kann jetzt dieser Vermerk in den Zusammenhang mit der Strafanzeige kommen? Das verstehe ich nicht.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Das war ein Vermerk, bei dem geprüft worden ist, ob es dann vor dem Hintergrund der Suspendierung von Herrn Dr. Friedrich, die erfolgt ist, auch eine fristlose Kündigung geben sollte.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Das ist das arbeitsgerichtliche Verfahren.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ja.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Das hatten wir schon erörtert. Mich interessieren jetzt gerade die Einleitung des Strafverfahrens und die zwei Strafanzeigen aus dem Ministerium. Wie sind Sie da informiert worden, was die beiden ...

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich bin über die Strafanzeige von Herren Staatssekretär Dr. Schink informiert worden.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wie?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Mündlich. Durch ein Gespräch.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Telefonisch? Vieraugengespräch?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Es hat in den Tagen ... Das kann ich Ihnen heute nicht mehr genau sagen. Ich bin mündlich informiert worden. Es hat in den Tagen Telefongespräche gegeben. Ich glaube, bei einem so gravierenden Vorgang hat es Telefongespräche gegeben, aber sicherlich auch andere Gespräche.

Ich stand mit dem Herrn Staatssekretär in dieser Frage, was die Punkte angeht, weshalb wir uns von Herrn Dr. Friedrich trennen, eigentlich immer in Kontakt.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Von wem kam jetzt der Vorschlag, eine Strafanzeige zu erstatten?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Die Dinge waren beim Herrn Staatssekretär Dr. Schink gebündelt, und als die Fakten so dringend waren, dass Herr Dr. Friedrich als Abteilungsleiter nicht mehr tragbar war, sind die dann auf den Weg gebracht worden. Die letzte Entscheidung hat der Staatssekretär getroffen, aber in Absprache mit dem Minister.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ich möchte noch einmal gerne nachfragen. Die Idee zur Strafanzeige, haben Sie da Kenntnis, wer die auf den Weg gebracht hat oder wer sagte, da müssen wir jetzt eine Strafanzeige stellen?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Die sind von unserem Haus, vom Herrn Staatssekretär Dr. Schink auf den Weg gebracht worden, und ich hatte davon Kenntnis, selbstverständlich.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: War das dann ein Vorschlag von Herrn Staatssekretär?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Das hat sich ergeben vor dem Hintergrund dieser besonderen Situation, die wir in unserem Haus hatten. Dann hat der Staatssekretär diese Entscheidung getroffen und hat mich informiert, und ich habe dem zugestimmt. Ich glaube, das ist auch ein ganz normales Verfahren zwischen einem Staatssekretär sozusagen als Amtsleiter und dem Minister, der dann darüber informiert wird und mit dem man sich da austauscht.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Haben Sie sich, bevor Sie Ihr Okay für die Strafanzeige gegeben haben, noch weiter informiert im Hause?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein. Ich vertraue dem Staatssekretär. Er ist der Amtschef bei uns im Haus, und ich hatte überhaupt keine Zweifel, dass diese Entscheidung nicht richtig sein könnte.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Hatten Sie eigentlich Kenntnis davon, dass das LKA auch im Hause ermittelt hat?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein. Zu einem späteren Zeitpunkt.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wann haben Sie davon Kenntnis erlangt?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Zu einem späteren Zeitpunkt. Wenn ich das richtig weiß, hat sich das LKA bei uns im Haus gemeldet, nachdem die „BILD“-Zeitung über die Entlassung von Dr. Friedrich berichtet hatte. Daraufhin hat sich das LKA bei uns im Haus gemeldet und hat entsprechende Ermittlungen angestellt.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Jetzt muss ich noch einmal nachfragen. Das LKA war am 13.07.2006 bei Ihnen im Hause. Am 20.07.2006 ist eine Diskussion oder ein Bericht, ein Gespräch zwischen Herrn Staatssekretär und Ihnen zur Frage, ob man Anzeige erstattet, gewesen. Sind Sie am 20.07. von Herrn Staatssekretär über den Einsatz des LKA am 13.07. in Ihrem Haus informiert worden oder gewesen?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich weiß, dass das LKA bei uns im Haus ermittelt hat vor dem Hintergrund des Artikels in der „BILD“-Zeitung, aber an welchem Tag das jetzt genau war, daran kann ich mich nicht erinnern.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wissen Sie, ob das vor dem Gespräch mit Herrn Staatssekretär war zur (akustisch unverständlich)?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Das war ja die Frage, die Sie gestellt hatten. Daran kann ich mich jetzt nicht genau erinnern.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ist das ein regelmäßiger Vorgang, dass das LKA im Ministerium ermittelt?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich denke, nicht.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Von wem wird man denn dann informiert als Minister, wenn das LKA im Ministerium ist?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Von Herrn Staatssekretär.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Und wann hat er Sie informiert?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Als das ... In den Tagen. In dem Moment, als Herr Staatssekretär das erfahren hat, dass sich das LKA bei uns angemeldet hat vor dem Hintergrund des Artikels in der „BILD“-Zeitung, hat er mich dann auch informiert. Ich kann mich aber heute nicht an den Tag erinnern.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Bei der zweiten Strafanzeige, die vier Wochen später ungefähr – am 18.08.2006 haben Sie gerade gesagt – erstattet worden ist: Wie kam es zu dieser Strafanzeige?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Das war ja die Strafanzeige ... Ja, wie kam es dazu? Ich kann Ihnen nur den Grund sagen. Da ging es um das Thema „Verschwinden der Festplatte“. Es ist festgestellt worden, dass Herr Dr. Friedrich seine dienstliche Festplatte mit in den Urlaub genommen hat. Dann ist da Strafanzeige erstattet worden. Mehr kann ich da nicht zu sagen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wer hat Sie dann über den Stand der strafrechtlichen Ermittlungen auf dem Laufenden gehalten, oder sind Sie anschließend darüber informiert worden?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Sporadisch habe ich mich darüber informiert, insbesondere natürlich durch den Staatssekretär.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Es gab dann eine Kommission „Amtshilfe“. Was wissen Sie darüber?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Da kann ich nichts zu sagen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Es ist oder soll nach bisherigen Zeugenaussagen eine Kommission sein aus drei Mitarbeitern Ihres Hauses.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Aber ich habe die Arbeit ... Ich kann zu der Arbeit dieser Kommission nichts sagen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ist Ihnen denn bekannt, dass in Ihrem Hause eine solche Kommission gearbeitet hat?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich habe das jetzt in den Unterlagen festgestellt – das ist richtig –, aber ich habe damals die Arbeit dieser Kommission nicht verfolgt und nicht begleitet.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wann haben Sie festgestellt, dass es eine solche Kommission gibt?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Als ich das Protokoll gelesen habe oder möglicherweise auch eher. Aber das war für mich nicht besonders wichtig und nicht besonders entscheidend.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Können Sie mir das mal jahresmäßig, monatlich ...

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein, kann ich Ihnen nicht ... Überhaupt nicht. Ich habe mich um die einzelnen Abläufe im Haus nicht gekümmert. Ich habe die Vorgänge in regelmäßigen Gesprächen mit dem Staatssekretär besprochen. Aber ich habe mich nicht um die einzelnen Vorgänge im Haus selbst gekümmert.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Hat der Herr Staatssekretär Ihnen mal berichtet, dass es eine Kommission „Amtshilfe“ gibt?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Daran kann ich mich nicht erinnern.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Standen Sie mit Mitgliedern der Kommission mal direkt in Kontakt?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wissen Sie, wer überhaupt Mitglied dieser Kommission war?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Hat es während der strafrechtlichen Ermittlungen Kontakt zwischen Ihnen und Mitarbeitern des LKA gegeben?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein. Ich habe... Das konnte ich neulich ja auch in der Presse lesen. Es hat nie irgendwelche Gespräche meinerseits gegeben mit einem Staatsanwalt, mit dem Oberstaatsanwalt, mit dem LKA. Ich habe mit keinem gesprochen.

Ich habe neulich in der „NRZ“ gelesen die Frage des Abgeordneten Robert Orth von der FDP:

Ob es politischen Einfluss gegeben habe, nannte der Generalstaatsanwalt Steinforth ehrenrührig. Er lasse sich nicht instrumentalisieren, sondern handelte nach Recht und Gesetz. Alles andere wäre eine Bananenrepublik.

Das ist sicherlich so. Zwischen mir als Minister, dem LKA und/oder – ich will das mal umfassender sagen – den Justizbehörden hat es nie einen Kontakt gegeben.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Gab es mal Kontakt zum Justizministerium?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Haben Sie mal mit Herrn Staatssekretär Söffing oder Frau Ministerin Müller-Piepenkötter über den Vorgang gesprochen?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Mit Herrn Wolf als Innenminister?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Staatssekretär Brendel oder Palmen?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Gut. Das waren zunächst meine Eingangsfragen. Es haben jetzt die Kolleginnen und Kollegen aus den Fraktionen Gelegenheit, an Sie weitere Fragen zu stellen. – Die erste Wortmeldung hat Herr Kollege Remmel.

Johannes Remmel (GRÜNE): Herr Minister, der Staatssekretär hat hier vor dem Untersuchungsausschuss ausgesagt ausweislich des Ausschussprotokolls vom 05.02.2010, Seite 4 – ich zitiere –:

Herr Vorsitzender, das will ich gerne tun. Lassen Sie mich mit der Vorgeschichte beginnen, denn so eine Kündigung kommt ja nicht aus heiterem Himmel, sondern es gibt Entwicklungen, die letztlich dazu führen, dass eine solche Kündigung ausgesprochen wird.

Welche Art von Entwicklungen haben Sie diesen Zusammenhang wahrgenommen?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ja, Herr Abgeordneter Remmel. Sie kennen ja die Vorgänge. Ich will sie gerne noch mal nennen. Es gab, was Herrn Friedrich angeht – das war wohl auch der Grund, weshalb er sich bei mir immer wieder erkundigt, ob er noch mein Vertrauen hat –, immer wieder Punkte, wo er durch seine Arbeitsweise sich unterschieden hat von allen anderen Abteilungsleitern, z. B. durch entsprechende Alleingänge, dass bestimmte politische Dinge ohne Beteiligung der Hausspitze oder der Öffentlichkeitsarbeit selber an die Presse gegeben worden sind. Das Thema der Dozententätigkeit spielte damals eine Rolle an der RWTH Aachen, dass es nicht richtig angezeigt war bei uns im Haus. Dass eine Broschüre zur Abwasserabgabe

herausgegeben wurde von der Abteilung, ohne dass es mit der Hausspitze und der Abteilung „Öffentlichkeitsarbeit“ abgesprochen war.

Das waren immer so Punkte, die aber offensichtlich Herr Dr. Friedrich viele Jahre im Haus so praktiziert hat und die er als etwas Natürliches angesehen hat. Er hatte wohl offensichtlich diese Möglichkeit, im Gegensatz zu den anderen Abteilungsleitern, bei der früheren Hausspitze selber mehr Dinge allein zu entscheiden, ohne dass es hier eine Rückkopplung insbesondere mit der Hausspitze gegeben hat. Das waren so Punkte, die immer wieder eine gewisse Rolle gespielt haben. Aber das hat ja nicht dazu geführt, dass wir uns von Herrn Dr. Friedrich getrennt haben.

Johannes Remmel (GRÜNE): Sie haben gerade Dozententätigkeit und Broschüre Abwasserkonzept erwähnt. Was war das genau? Wann sind Sie durch wen informiert worden? Mit wem haben Sie darüber gesprochen, dass es da ein Problem oder Probleme gibt?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Es war damals – zu der Zeit – umstritten, ob diese Dozententätigkeit an der RWTH Aachen ordnungsgemäß im Haus angezeigt worden ist. Das war wohl nicht der Fall. Was war der andere Punkt?

Johannes Remmel (GRÜNE): Das war Ihr Punkt. Sie hatten gesagt: Broschüre Abwasser.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Da gab es eine Broschüre Abwasserbeseitigung. Da ist es auch ein normaler Vorgang, dass, wenn sie herausgegeben wird, das mit der Hausspitze abgesprochen wird. Bei allen anderen Abteilungen läuft das so. Aber das sind an sich mehr kleine Punkte. Das hat vielleicht immer zu dieser atmosphärischen Störung ein bisschen beigetragen, dass Herr Dr. Friedrich eine besondere Rolle als Abteilungsleiter gespielt hat. So ist das offensichtlich gewesen. Aber das waren ja Sachen, die nicht im Zentrum standen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Gibt es noch weitere Punkte, die Sie erreicht haben im Zusammenhang mit dem Verhalten von Dr. Friedrich vor seiner Suspendierung? Sie haben Abwasserbroschüre, Dozententätigkeit genannt.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein. Das sind Punkte ... Ich bin auch als Minister nicht jeden Tag im Haus unterwegs und suche hinter solchen Geschichten her. Diese Punkte hinterher waren für uns entscheidend, dass wir uns von Herrn Dr. Friedrich trennen konnten, die dann zur Strafanzeige geführt haben und zur Kündigung. Das sind die entscheidenden Punkte. Alles andere spielt eigentlich keine Rolle.

Johannes Remmel (GRÜNE): Nee. Herr Staatssekretär hat gesagt, es gab Entwicklungen, die dann dahin geführt haben. Wörtlich zitiert aus dem Protokoll.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Trotzdem bleibe ich bei meiner Aussage, die ich gerade gemacht habe: Das waren die entscheidenden Punkte, dass wir uns von Herrn Dr. Friedrich getrennt haben. Das andere habe ich eben ausreichend dargestellt, dass Herr Dr. Friedrich von sich wohl offensichtlich das Gefühl hatte, dass er sehr eigenmächtig diese Abteilung leitet, auch bei diesem einen Punkt, wo er entgegen dem Votum der beiden Referatsleiter die Aufträge vergeben hat. Das sind alles Dinge, die eine Rolle gespielt haben. Das ist hier nicht richtig ... Das ist offensichtlich das, was Herr Dr. Schink meinte.

Johannes Remmel (GRÜNE): Hat es über die Arbeit von Herrn Dr. Friedrich Beschwerden von außerhalb gegeben, die bei Ihnen gelandet sind, und haben Sie vielleicht entsprechende Gespräche geführt?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Es hat immer mal Beschwerden bei mir gegeben, aber das hat bei mir nicht zu irgendwelchen Konsequenzen geführt. Ich habe mir das angehört. Das hat auch mein Bild von Herrn Dr. Friedrich ein Stück geprägt, dass er wohl Probleme hatte, innerhalb seiner Abteilung mit den Menschen entsprechend klarzukommen – deswegen war da auch ein besonderes Klima –, aber auch, dass er außerhalb des Hauses einige Schwierigkeiten hatte. Aber das haben andere Leute auch, diese Probleme.

Johannes Remmel (GRÜNE): Hat Herr Professor Bode vom Ruhrverband Sie angeschrieben, angesprochen?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein. Kann sein, dass es da mal einen Brief gegeben hat. Ich weiß, dass er insbesondere mit den Verbänden in Nordrhein-Westfalen offensichtlich seit vielen Jahren auf Kriegsfuß stand. Aber das hat bei mir letztlich alles überhaupt keine Rolle gespielt. Es sind diese beiden, drei Punkte, die ausschlaggebend sind, weshalb wir uns von Herrn Dr. Friedrich getrennt haben, und nicht irgendwelche Briefe oder irgendwelche Vorhaltungen oder irgendwelche klimatischen Verstimmungen, die es zwischen Dr. Friedrich und Verbänden oder Organisationen in Nordrhein-Westfalen gegeben hat.

Johannes Remmel (GRÜNE): Hat Herr Hörsgen von Gelsenwasser AG Sie angesprochen oder das Haus angeschrieben?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein. Das kann ich Ihnen nicht sagen, ob es einen Brief von Herrn Hörsgen gibt. Den kenne ich nicht. Das ist aber alles völlig unbedeutend. Es gibt zwei, drei Punkte, weshalb wir uns von Herrn Dr. Friedrich getrennt haben; alles andere nicht.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich möchte hier einführen MUNLV, Band 7, Blatt 26. Hier schreibt Herr Hörsgen an Herrn Dr. Friedrich, aber Herrn Staatssekretär zur Kenntnis. Ich zitiere:

Sie können sicher nachvollziehen, dass Unterstellungen und falsche Darstellungen, wie sie in der Zusammenfassung und insbesondere ab Seite 10 des Briefes zu lesen sind, eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Ihnen als Verfasser des Schreibens kaum mehr möglich erscheinen lassen.

Ist das Ihnen vorgetragen worden?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich weiß, dass Herr Dr. Friedrich zu den Wasserverbänden in Nordrhein-Westfalen ein sehr schlechtes Verhältnis hatte.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ist denn auch das Schreiben oder Ansinnen von Herrn Bode Ihnen vorgetragen worden?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich weiß, dass Herr Dr. Friedrich zu allen Wasserverbänden in Nordrhein-Westfalen ein schlechtes Verhältnis hatte.

Johannes Remmel (GRÜNE): Wie sah es denn zu den Landwirtschaftsverbänden aus?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Das kann ich nicht beurteilen. Mit denen habe ich ... Das kann ich ... Die haben sich ... Da habe ich keine Kenntnisse, ob es da auch ein schlechtes Verhältnis gegeben hat. Es gab damals immer das Thema bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie, wie Nordrhein-Westfalen da vorgeht. Da hat es sicherlich auch Diskussionen mit den Landwirtschaftsverbänden in Nordrhein-Westfalen gegeben. Aber das ist ja völlig unbedeutend.

Johannes Remmel (GRÜNE): Haben die Landwirtschaftsverbände Sie denn angesprochen oder angeschrieben?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein, und wenn auch? Was soll das?

Johannes Remmel (GRÜNE): Ja, Sie haben ja selber das Stichwort genannt: Umsetzung ...

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ja, ich kann nur sagen – und ich kann es noch fünfmal sagen –: Herr Dr. Friedrich hat zu diesen Verbänden traditionell schlecht kommuniziert, ein schlechtes Verhältnis gehabt. Das ist nicht so einfach für so ein Haus. Aber ich bin zunächst einmal auch jemand, der so ist: Wenn es Kritik von Verbänden an Abteilungsleitern oder Mitarbeitern des Hauses gibt, stelle ich mich vor die Mitarbeiter des Hauses.

Das habe ich in den vergangenen Tagen in anderen Zusammenhängen auch gehabt, weil ich zunächst einmal meinen Mitarbeitern im Haus, auch den Abteilungsleitern, vertraue. Da haben Verbände auch ihre ganz eigenen Interessen. Sie wollen natür-

lich auch durch Protest oder durch ganz bestimmte Ziele, die Sie erreichen wollen, auch erreichen, dass ihre Verbände möglichst wenige Auflagen bekommen.

Aber das interessiert mich doch alles gar nicht. Das nehme ich zur Kenntnis, und hinterher muss politisch entschieden werden, welche Umweltpolitik und Wasserpolitik wir in Nordrhein-Westfalen machen.

Deswegen ist für mich der Brief eines Verbandsvorsitzenden ... Ich nehme das zur Kenntnis, aber das beeindruckt mich nicht besonders. Ich weiß nur – das kann ich noch einmal sagen, schriftlich und mündlich, Sie haben Briefe zitiert –, dass es wohl ein ganz schlechtes Verhältnis war. Es sind führende Verbandsvertreter – ich war noch gar nicht Minister – bei mir gewesen und haben mich immer vor Dr. Friedrich gewarnt. Ich kannte Dr. Friedrich überhaupt nicht zu diesem Zeitpunkt. Ich gebe Ihnen das so wieder, wie ich das erlebt habe. Aber das hat mich alles nicht beeindruckt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Hat es denn Gespräche mit Vertretern der Landwirtschaft über Herrn Dr. Friedrich gegeben?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein, sind mir nicht bekannt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Hat es denn Gespräche mit Vertretern aus dem politischen Bereich gegeben?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Die Landwirtschaft hat in dem Zusammenhang eigentlich überhaupt keine Rolle gespielt, soweit ich mich daran erinnern kann.

Johannes Remmel (GRÜNE): Zum Thema Umsetzung EU-Wasserrahmenrichtlinie?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein. Wir haben jetzt eine gute Lösung gefunden, wie wir die Wasserrahmenrichtlinie in Nordrhein-Westfalen umsetzen. Nordrhein-Westfalen hat jetzt eine Vorreiterrolle bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie. Kein anderes Bundesland ist so weit wie wir. Wir haben die finanziellen Mittel deutlich angehoben. Das haben wir aber auch alles gemacht, nachdem Herr Dr. Friedrich nicht mehr im Haus war. – Ich hätte es auch mit Dr. Friedrich gemacht, wenn er noch da gewesen wäre.

Johannes Remmel (GRÜNE): Hat es Gespräche von Vertretern, Kolleginnen und Kollegen aus dem politischen Raum über Herrn Dr. Friedrich gegeben?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Als ich in das Haus kam, haben mir natürlich einige gesagt: Da musst du besonders aufpassen.

(Zuruf von der CDU: Müntefering!)

– Nein, mit Herrn Müntefering habe ich nicht gesprochen, Herr Abgeordneter.

(Zuruf von der CDU: Entschuldigung! – Zuruf von Gerd Stüttgen [SPD])

Es war aber alles nicht entscheidend, natürlich. Ich habe eben schon darauf hingewiesen: Als ich Minister wurde, kannte ich Herrn Dr. Friedrich nicht. So.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich frage einmal ...

(Zuruf)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Kollege Remmel ist an der Reihe, Fragen zu stellen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ausschussprotokoll 14/674, 09.06.2008. Hier wird der Kollege Heinrich Kemper zitiert.

(Zuruf: Seite?)

– Seite 29:

Ich versuche, der Sachlage noch einmal ein bisschen auf den Grund zu gehen und eine politische Bewertung zu vollziehen. Mit Herrn Dr. Friedrich ist jemand aus dem fachlichen Bereich eliminiert worden, der immerhin der Vorsitzende der Länderarbeitsgemeinschaft Wasser war und damit ganz wesentlich mitbestimmt hat, was in Deutschland in Bezug auf die EU-Wasserrahmenrichtlinie gemacht worden ist und was nicht.

In diesen Kreisen spricht man jetzt von der sogenannten Nach-Friedrich-Ära. Deshalb muss klar werden, was für eine Person das war. Aus welchen Gründen hat dieser Mensch denn die Vergaben manipuliert oder gesteuert? Ich sage einmal gesteuert, um mich nicht selbst in ein Problem zu bringen. Ich sehe zwei Möglichkeiten: Entweder er wollte ein bestimmtes fachliches Ergebnis bekommen, weil man ansonsten keine Dinge steuert, oder er wollte sich persönlich bereichern. Nehmen wir die zweite Alternative heraus. Das Verfahren wird klären, in welche Richtung es geht.

Durch die Vergabe an bestimmte Institute bekommt man bestimmte Sachverhalte hin. Darauf deutet bei Herrn Dr. Friedrich in der fachlichen Bewertung auch in der Allgemeinheit der Wasserwirtschaft in Deutschland vieles hin. Das heißt: Das Ministerium muss rückschauend sehen, welche Richtung Herr Dr. Friedrich damals eingeschlagen hat und ob es heute vielleicht eine andere Richtung gibt, die wir einschlagen.

Ich will ein Beispiel nennen: Der allgemeine kooperative Gewässerschutz durch die Kooperation von Landwirtschaft und Wasserwirtschaft ist von Herrn Dr. Friedrich zum Erstaunen aller auf der zehnjährigen Jahrestagung grundsätzlich infrage gestellt worden. Alle waren konsterniert. Sie wurde seinerzeit von Minister Matthiesen eingesetzt und von Bärbel Höhn als Problemlösung hoch gelobt. Dann kommt der Abteilungsleiter Friedrich und sagt: Liebe Leute, das ist nicht der Stein des Weisen. Ich werde erst einmal ein Gutachten machen, damit wir in Zukunft wissen, ob das denn

richtig ist. Das bekommt vor dem jetzigen Hintergrund für mich plötzlich einen ganz anderen Hautgout.

Das könnte ich noch auf die Veränderung bei MAPRO und die europäische Wasser-rahmenrichtlinie ausweiten. Auf der großen Wassertagung 2006 in Berlin hat Dr. Friedrich aus dieser Position sogar vorgetragen.

Hat Herr Kemper mit Ihnen über Herrn Dr. Friedrich gesprochen?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter Rimmel, Herr Kemper ist ein frei gewählter Abgeordneter. Er kann erklären, was er will. Es gibt 200 Abgeordnete hier im Landtag von Nordrhein-Westfalen. Dazu gehört auch der Abgeordnete Kemper. Mehr kann ich dazu gar nicht sagen.

(Zuruf von der CDU: Genau!)

Johannes Rimmel (GRÜNE): Ich möchte zitieren MUNLV Band 2, Blatt 80 ff. Das ist ein Schreiben von Herrn Ellerbrock an Sie, Herr Minister.

(Zuruf: Oh!)

Ich möchte hier den letzten Absatz zitieren:

Im Vorgriff auf weitere Ansätze zu daraus ableitbaren Fragen begrüße ich es, wenn Sie diesen gesamten Themenkomplex im Sinne einer zwingenden Selbstreinigung des Hauses nachdrücklich, rasch, transparent, grundlegend und vorbehaltlos offen aufgreifen werden.

Dabei muss meines Erachtens auch deutlich werden, welches Netzwerk innerhalb und außerhalb des Hauses solche jetzt offensichtlichen Unkorrektheiten initiiert, gedeckt und so erst möglich gemacht hat und welche Positionen diese Handelnden heute noch innehaben. Dies muss offenkundig werden, weil Überlegungen zur weiteren parlamentarischen Behandlung in jedem Fall dann weiter reifen, wenn eine falsche Information des Parlaments konkreter wird oder die von mir vermutete, dem Zweck der Abwasserabgabe widersprechende und somit unstatthafte Mittelverwendung der Abwasserabgabe bzw. unkorrekte Gutachtenvergabe greifbar werden.

Was haben Sie mit dem Brief von Herrn Ellerbrock, der Ihnen nachweislich der Unterlage hier am 29. Juni 2006 zugegangen ist, gemacht?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich habe ihn mit Interesse zur Kenntnis genommen. Herr Ellerbrock ist ein sehr erfahrener Abgeordneter, aber auch er ist ein freier Abgeordneter und kann erklären, was er möchte.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Wie haben Sie denn auf den Brief reagiert?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Indem ich ihn zur Kenntnis genommen habe.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Haben Sie den Brief denn beantwortet?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein.

Johannes Remmel (GRÜNE): Leider liegt uns die Antwort nicht von Ihrem Haus übersandt vor, aber Herr Ellerbrock war so freundlich, uns die Antwort zur Verfügung zu stellen. Deshalb kann ich hier kein Aktenzeichen angeben. In der Antwort führen Sie aus ...

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Das stimmt nicht!)

– Bitte?

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Wo führt der Minister das denn aus?)

– Herr Schink. Ja, ja, bitte, bitte!

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Kollege Remmel, Sie müssen bitte genau ...Herr Schmitz ...

(Zurufe von Wolfgang Schmitz [CDU])

– Ja, ich bin doch gerade dabei, die Sache aufzuklären. Also, zitieren Sie vielleicht, Herr Remmel, wer da genau schreibt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Aber es muss ja ...

(Zuruf: Vielleicht zeigen Sie dem Minister einmal den Brief!)

– Moment. Der Staatssekretär hat hier im Ausschuss gesagt, der Antwortentwurf ist im Ministerbüro gemacht worden. Er hat es dann unterschrieben. Und ich zitiere aus diesem Brief, der offensichtlich im Ministerbüro gemacht worden ist und den der Staatssekretär dann unterschrieben hat.

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Das ist doch wieder eine Unterstellung! Ich protestiere dagegen! Wo steht, dass er offensichtlich aus dem Ministerbüro gemacht wurde?)

Herr Minister Uhlenberg und ...

(Zurufe: Welche Seite?)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Vielleicht ...

(Zuruf: Wo steht, dass der offensichtlich im Ministerbüro gemacht wurde?)

Das müsste Herr Kollege Remmel dann aus dem Protokoll der letzten Sitzung zitieren.

Johannes Remmel (GRÜNE): Dann streichen Sie den Vorhalt wieder. Dann zitiere ich nur aus dem Brief. Das habe ich schon einmal getan:

Herr Minister Uhlenberg und ich sind jedoch sehr gern bereit, Ihnen vorab einige Aspekte des Problems in einem persönlichen Gespräch zu erläutern. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie sich wegen eines Termins mit meinem Büro in Verbindung setzen könnten.

Hier eben haben Sie gesagt, Sie haben darauf nicht geantwortet. Hier gibt es eine Antwort, und deshalb frage ich: Wie sind Sie mit dem Brief von Herrn Ellerbrock umgegangen? Haben Sie mit Herrn Ellerbrock über diese Fragestellung gesprochen? Es ist eine interessante Frage, weil in ...

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Die Frage ist doch schon beantwortet worden!)

– Nein, die ist eben nicht beantwortet – ... dem Brief von Herrn Ellerbrock sozusagen die Blaupause für die späteren Ermittlungen und Untersuchungen ...

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ja, Herr Kollege Rimmel, jetzt machen wir mal keine Wertungen.

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Das sind doch alles Unterstellungen!)

Herr Uhlenberg, Sie haben die Frage von Herrn Kollegen Rimmel gehört. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich habe den Brief nicht beantwortet – erstens. Zweitens. Ich führe ständig Gespräche mit Abgeordneten des Landtags von Nordrhein-Westfalen: Mit Herrn Ellerbrock, mit allen, auch mit Ihnen, Herr Rimmel. Wenn Sie ein Gespräch haben möchten, kriegen Sie es bei mir auch.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Hat Herr Ellerbrock mit Ihnen über den Sachverhalt gesprochen?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich habe im Zusammenhang mit dem gesamten Vorgang sicherlich auch einmal mit Herrn Ellerbrock darüber gesprochen. Das ist doch lebensnah.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Was haben Sie mit Herrn Ellerbrock gesprochen?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich habe Herrn Ellerbrock damals sicherlich mitgeteilt, dass wir uns von Herrn Dr. Friedrich trennen.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Der Vorgang ist ja nach der Trennung passiert, vor der Strafanzeige.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Das habe ich Herrn Ellerbrock dann mitgeteilt. Ich rede regelmäßig mit Herrn Ellerbrock. In dem Zusammenhang werde ich ihm das mitgeteilt haben. Selbstverständlich.

Johannes Remmel (GRÜNE): Dass Sie eventuell überlegen, eine Strafanzeige zu stellen?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein, das habe ich ja gerade nicht gesagt. Sie haben mir gerade etwas in den Mund gelegt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Nein, aber ..

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich habe Herrn Ellerbrock natürlich nicht gesagt, dass wir eine Strafanzeige stellen, sondern ich habe mich mit Herrn Ellerbrock über Punkte unseres Hauses unterhalten, wie ich das mit anderen Abgeordneten auch tue. Aber er ist natürlich auch Koalitionspartner, und von daher führe ich auch mit Herrn Ellerbrock regelmäßig Gespräche.

Eine gute, vertrauensvolle Zusammenarbeit, aber jeder hat seine Aufgabe: Der Minister hat seine Aufgabe. Der Staatssekretär hat seine Aufgabe. Der Abgeordnete hat seine Aufgabe. Ich finde es sehr wichtig, dass ich eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Koalitionsfraktionen habe. Aber ich strebe auch eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit allen anderen Abgeordneten an. Zu mir kommen auch regelmäßig Abgeordnete insbesondere auch der Sozialdemokraten, die bestimmte Wünsche haben, was den Wahlkreis angeht. Mit denen führe ich natürlich auch Gespräche.

Johannes Remmel (GRÜNE): Warum ist uns der Antwortbrief nicht übermittelt worden?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Das weiß ich nicht. Ich habe keinen Brief geschrieben. Dazu kann ich jetzt auch nichts sagen.

(Zuruf: Herr Dr. Schink hat geantwortet!)

Johannes Remmel (GRÜNE): Na ja, aber Ihr Haus hat ja eine Vollständigkeitserklärung abgegeben.

(Zuruf: Herr Dr. Schink war das!)

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Der Staatssekretär hat dann den Brief beantwortet. Sie haben dann am Freitag über diesen Punkt gesprochen. Ich habe den Brief nicht geschrieben. Deswegen kann ich jetzt nichts dazu sagen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Er ist auch nicht im Ministerbüro geschrieben worden?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein.

Johannes Remmel (GRÜNE): Sie haben ihn auch gar nicht zur Kenntnis bekommen?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich habe den Brief nicht zur Kenntnis genommen. Es steht auch nichts Besonderes drin. Es steht nur drin, dass wir mit Herrn Ellerbrock reden. Ich rede regelmäßig mit Herrn Ellerbrock. Diese Woche reden wir wohl nicht miteinander, aber wir treffen wir uns sehr oft, gerade dienstags vor der Fraktionssitzung, um über die parlamentarische Woche gemeinsam miteinander zu reden.

Johannes Remmel (GRÜNE): Jetzt kann ich es wieder nur sinngemäß ... Aber ich suche das jetzt gern heraus. Dann müssen wir die Sitzung kurz unterbrechen. Herr Staatssekretär hat hier ausgeführt ...

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Nein! Heraussuchen und vorlesen! Ihr „sinngemäß“ kennen wir. Heraussuchen!)

Der Staatssekretär hat hier ausgeführt, dass der Brief im Ministerbüro registriert worden sei.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ja, da steht drin, dass wir mit Herrn Ellerbrock reden wollen. Das können Sie heraussuchen oder nicht. Ich rede ...

(Zurufe)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Kollege Remmel, ja, Herr Uhlenberg, einen Augenblick, Herr Schmitz auch. Einen Augenblick Ruhe. Herr Remmel, vielleicht können Sie die Stelle doch einmal heraussuchen, ehe das hier jetzt im Geschrei weitergeht.

Johannes Remmel (GRÜNE): Mir war nicht so klar, dass es da unterschiedliche Aussagen gibt. Deshalb habe ich das jetzt nicht ... Ich dachte, das wäre ...

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Keine Wertung einer Zeugenaussage!

(Zuruf: Geschrei ist Wertung! – Zuruf von Wolfgang Schmitz [CDU])

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ihre Zwischenrufe ...

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Wenn Sie es nicht machen, muss ein anderer aufpassen!)

Johannes Remmel (GRÜNE): Auf Seite 151 ...

(Zuruf: 150?)

– 151. Da antwortet Herr Staatssekretär Schink:

Herr Remmel, die Frage ist, ob wir sämtliche Akten des Hauses daraufhin hätten durchsehen müssen, ob in irgendeiner Weise Schriftstücke vorhanden sind. Wir haben uns sehr intensiv darum bemüht, dass wir alle Vorgänge, die den Untersuchungszeitraum betreffen, zur Verfügung gestellt haben. Es mag sein, dass ein Schreiben im Ministerbüro übersehen worden ist. Das will ich nicht ausschließen.

So und ...

(Zuruf: Weiterlesen! Weiterlesen! Weiterlesen!)

Aber ich möchte betonen, dass dies nicht geschehen ist, um gegenüber dem Untersuchungsausschuss irgendein Schriftstück zu unterdrücken.

Aber er hat auf das Ministerbüro verwiesen. Deshalb frage ich Sie: Kann es sein, dass das Schreiben im Ministerbüro auffindbar sein könnte?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Das kann ich nicht beurteilen. Ich kann Ihnen nur das Ergebnis, dass ich mit Herrn Ellerbrock ein Gespräch führen wollte, mitteilen; aber das sind regelmäßige Gespräche, die stattfinden. Ich bekomme von Herrn Ellerbrock sehr viele Briefe, sehr viele wertvolle Anregungen für die politische Arbeit in Nordrhein-Westfalen. Die werden möglichst alle beantwortet. Vielleicht wird der eine oder andere Brief nicht beantwortet, weil ich mich zwischendurch wieder mit Herrn Ellerbrock unterhalten habe. Das ist eine ganz normale vertrauensvolle Zusammenarbeit unter Koalitionspartnern.

Johannes Remmel (GRÜNE): Gut, es geht ja auch nur darum, noch einmal zu erfragen, welche Gespräche und Vorhaltungen über die Dinge, die das Haus erreicht haben bzw. die im Haus herumgegeistert sind, mit Herrn Dr. Friedrich im Vorfeld seiner Suspendierung und Kündigung stattgefunden haben. Die Landwirtschaftsverbände wenden sich an Sie, der Ruhrverband, die GELSENWASSER AG; Sie haben selber gesagt, es habe Gerüchte im Haus gegeben. Ist Herr Dr. Friedrich denn von Ihnen einmal mit diesen Sachverhalten konfrontiert worden?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter Remmel, als ich Minister wurde, habe ich natürlich deutlich gemacht, dass ich einen anderen Politikstil habe, was die Politik in Nordrhein-Westfalen angeht. Als meine verehrte Vorgängerin mich eingeführt hat, habe ich ein kurzes Wort an das Haus gerichtet und gesagt, dass ich auf Kooperation setze, auch im Bereich der Umweltpolitik. Ich glaube, es war für das Haus auch notwendig, dass ich meine Politik erst einmal dargelegt habe, wie es auch zu meiner politischen Erfahrung, zu meinem politischen Hintergrund und zu meiner Persönlichkeitsstruktur passt. Ich habe allen Abteilungsleitern immer wieder deutlich gemacht, dass ich hohe Umweltziele habe, dass ich der Auffassung bin, dass man Umweltstandards nicht senken darf, aber dass, um diese Umweltstandards zu erzie-

len, um eine gute Umweltpolitik in Nordrhein-Westfalen zu machen, auch die Zusammenarbeit mit allen Beteiligten für mich sehr wichtig ist.

Ich glaube, dass wir eher zu guten Umweltergebnissen kommen ... Das hat dazu geführt, dass ich den Dialog Umwelt und Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen auf den Weg gebracht habe. Wir haben in Nordrhein-Westfalen eine neue Luftreinhaltepolitik begründet, wir haben den Luftreinhalteplan Ruhrgebiet auf den Weg gebracht, wir haben die Umweltzonen eingerichtet. Das Thema Wasser hat natürlich in all den Jahren – wir haben uns ja im Ausschuss öfter über das Thema unterhalten – im Ausschuss und in der Öffentlichkeit immer eine große Rolle gespielt. Wir hatten damals die PFT-Problematik, die inzwischen gelöst ist. Ich habe damals ein schweres Erbe übernommen im Bereich der Umweltpolitik.

Zu meinem politischen Stil gehört es, dass jeder seine Interessen wahrnimmt – das gilt für die Verbände, das gilt aber auch für unser Haus –, aber dass man auch möglichst oft miteinander redet und dass eine permanente Auseinandersetzung nach meinem Verständnis nicht dazu beiträgt, dass man eine gute Politik machen kann. Das sind Grundsätze, die ich immer wieder auch mit Herrn Dr. Friedrich, aber auch mit allen Abteilungsleitern besprochen habe.

Johannes Remmel (GRÜNE): Herr Minister, ich hatte Sie danach gefragt: Der Staatssekretär hat hier im Ausschuss davon gesprochen, dass es vor der Suspendierung Entwicklungen gegeben habe. Sie haben eben ausgeführt, dass Ihnen bestimmte Punkte – Nebentätigkeit, Abwasserkonzept – auch zur Kenntnis gebracht worden sind. Uns liegen Dokumente vor, dass es Interventionen vonseiten des Ruhrverbandes, von GELSENWASSER, von den Landwirtschaftsverbänden gegeben hat.

Ich frage Sie: Haben Sie in den Gesprächen mit Dr. Friedrich diese Fragestellungen thematisiert? Haben Sie ihn damit konfrontiert? Denn der Eindruck, der uns vermittelt worden ist – sowohl durch Herrn Dr. Friedrich als auch durch seinen Rechtsbeistand –, ist, dass das Gespräch am 20.4. in einer aus meiner Sicht harmonischen Stimmung vonstatten gegangen ist.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ja, aber ich meine, ich hätte das schon mehrmals dargestellt, Herr Abgeordneter Remmel. Auf der einen Seite haben Verbände ein ganz bestimmtes Interesse, und sie wollen das natürlich immer wieder ins Ministerium hineinbringen. Aber es war in der Tat eine besondere Situation – anders als in den anderen Abteilungen –, dass es ein besonders schlechtes Verhältnis zwischen den Verbänden in Nordrhein-Westfalen und Herrn Dr. Friedrich gab. Aber das war letztlich alles nicht entscheidend. Das hat sicherlich Auswirkungen auf das Klima gehabt. Aber das war nicht der Grund, weshalb wir uns von Herrn Dr. Friedrich getrennt haben.

Johannes Remmel (GRÜNE): Also frage ich Sie ganz konkret: Haben Sie in dem Gespräch am 20.4. Herrn Dr. Friedrich mitgeteilt, dass es Momente gibt, die Sie zweifeln lassen, weiter mit ihm zusammenzuarbeiten?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Allein die Tatsache, dass wir uns öfter über unser Vertrauensverhältnis unterhalten haben – diese Gespräche sind nicht von mir, sondern von Herrn Dr. Friedrich ausgegangen, dass er mich immer wieder gefragt hat: Habe ich denn noch Ihr Vertrauen? –, ist ja eine besondere Situation, und die ist offensichtlich darin begründet, dass Herr Dr. Friedrich selber das Gefühl hatte, dass es an einigen Ecken Probleme gibt; das hat ja zu diesen Gesprächen geführt.

Aber ich war immer wieder bereit – bis diese wirklich gravierenden Vorgänge passiert sind, die dazu geführt haben, dass wir uns von Herrn Dr. Friedrich trennen mussten; das war ein schmerzlicher Schritt –, mit Herrn Dr. Friedrich vertrauensvoll zusammenzuarbeiten. Es gibt schon auch einmal mit anderen Abteilungsleitern Diskussionen über den einen oder anderen Punkt – aber doch nicht in der Größenordnung, die hinterher zu der Trennung geführt hat.

Johannes Remmel (GRÜNE): Was war denn konkreter Gesprächsinhalt am 20.4.?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Der konkrete Gesprächsinhalt war – das Gespräch hat, glaube ich, gar nicht lange gedauert, wenn ich mich heute noch daran erinnern kann –, dass Herr Dr. Friedrich sich vor dem Hintergrund der Fakten, die damals vorlagen, vergewissert hat, ob er noch mein Vertrauen hat.

Johannes Remmel (GRÜNE): Und was haben Sie geantwortet?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Das hatte er zu dem Zeitpunkt noch. Die Punkte, die dazu geführt haben, dass wir uns von Herrn Dr. Friedrich getrennt haben, sind dann später aufgetaucht. Nicht wesentlich später, aber das hat sich nach diesem Gespräch ergeben. Ich hätte gerne – wie ich strukturiert bin – auch mit Herrn Dr. Friedrich – wie mit allen anderen Abteilungsleitern, wie mit allen anderen Referatsleitern – eine ganze, volle Wahlperiode zusammengearbeitet. Von mir ist da nicht irgendetwas quergeschossen oder auf den Weg gebracht worden, was dazu beiträgt, dass wir uns von Herrn Friedrich trennen mussten, sondern das waren eben diese drei Punkte, die sich dann herausgestellt haben – da war er in der Tat als Abteilungsleiter nicht mehr tragbar –, aber nicht diese Punkte mit der Wasserwirtschaft und den Verbänden. Ich bekomme jeden Tag Briefe von Verbänden, die mit irgendeiner Linie des Hauses nicht einverstanden sind. Das gehört zum täglichen Geschäft, und das nehme ich auch nicht besonders ernst.

Johannes Remmel (GRÜNE): Gab es einen Auftrag von Ihnen oder dem Staatssekretär an die Abteilung I, bestimmte Punkte zu Herrn Friedrich zu sammeln?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Von mir nicht, nein.

Johannes Remmel (GRÜNE): Waren Sie über einen solchen Auftrag informiert?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein.

Johannes Remmel (GRÜNE): Es hat keinen Auftrag gegeben, von dem Sie Kenntnis hatten, eine bestimmte ...

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Wir haben in der Abteilung I ein Referat, das für das Personal zuständig ist, und dieses Referat kommt seinen Aufgaben auch im Zusammenhang mit einzelnen Personalien nach. Aber ich habe keinen Auftrag gegeben.

Johannes Remmel (GRÜNE): Am 27.4. oder ab diesem Zeitpunkt – also ein paar Tage nach dem Gespräch am 20.4. – gibt es einen Arbeitsauftrag an Herrn Dr. Günther von Herrn Schink, arbeitsrechtliche Schritte zu prüfen. Sind Sie darüber informiert worden?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ja, das waren die Punkte, die dann ... Ich bin dann im Umfeld darüber ... Ich habe das ja am Anfang deutlich gesagt: Ich bin über diese Punkte informiert worden, die dann dazu beigetragen haben, dass wir uns von Herrn Dr. Friedrich trennen mussten.

Johannes Remmel (GRÜNE): Aber da ist ja ein Zeitraum dazwischen: 27.4., die Suspendierung erfolgt dann am 16.6., und am 18.6. ist Ihnen der uns bekannte zweiseitige Vermerk zugestellt worden. Ich frage ganz konkret: Haben Sie im April schon von der Einleitung arbeitsrechtlicher Schritte gegen Herrn Dr. Friedrich gewusst?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Daran kann ich mich nicht erinnern. Nein. Aber ich bin dann sicherlich in dem Zusammenhang – ich kann mich heute nicht mehr auf den Tag festlegen – vom Staatssekretär über diese Vorgänge informiert worden. Wenn diese Vorgänge vor dem 20.4. – als ich das Gespräch mit Herrn Dr. Friedrich geführt habe – gewesen wären, dann hätte ich ihn sicherlich schon darauf aufmerksam gemacht und ihm nicht in dem Maße das Vertrauen ausgesprochen, wie ich es damals noch hatte. Aber, wie gesagt, es gab immer so ein ... Deswegen hat er mich ja immer gefragt, ob er noch mein Vertrauen hat, weil er offensichtlich vor dem Hintergrund bestimmter Vorgänge, die er kannte, die ich aber damals noch gar nicht kannte, selber unsicher war.

Johannes Remmel (GRÜNE): MUNLV, Band 6, Blatt 382; das ist ein Vermerk von Herrn Dr. Günther:

Am 27.4.2006 hat der Staatssekretär eine Rücksprache angeordnet. In der Folge wurde das damalige Referat I-4 vom Staatssekretär ...

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Warten Sie bitte einmal ganz kurz; wir wollen gerne mitlesen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Also, noch einmal: Am 27.4.2006 hat der Staatssekretär eine Rücksprache angeordnet. In der Folge wurde das damalige Referat I-4 vom Staatssekretär gebeten, arbeitsrechtliche Schritte – insbesondere eine Freistellung von AL IV zur Prüfung seiner Tätigkeiten – vorzubereiten. Die Prüfungen führten schließlich mit vom Staatssekretär unterzeichneten Schreiben vom 16.6.06 zur Freistellung usw.

Noch einmal die Frage: Sind Sie nach dem 27.4. – das waren immerhin fast anderthalb Monate bis zum 16.6. – von Herrn Staatssekretär oder einem Mitarbeiter Ihres Hauses über die Vorbereitungen zur Freistellung von Herrn Dr. Friedrich informiert worden, oder ist darüber mit Ihnen gesprochen worden?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich habe über alle Vorgänge mit Herrn Staatssekretär Dr. Schink gesprochen und nicht mit anderen. Weil Sie gesagt haben: oder anderen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Also ausschließlich mit Herrn Staatssekretär, aber auch während dieser Zeit? Sie sind also schon vor dem 16.6. umfassend informiert gewesen?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich bin immer informiert gewesen, ja.

Johannes Remmel (GRÜNE): Umfassend informiert?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich bin informiert gewesen über die Schritte. Es zeichnete sich dann eben diese Entwicklung ab. Ich werfe ja den Mitarbeitern meines Hauses, auch dem Staatssekretär, nicht vor, dass er diese Ermittlungen angestellt hat oder diesen Schritt vorbereitet hat. Denn wenn jemand einen Regelverstoß innerhalb eines Hauses begeht – was das Thema Landesrechnungshofschreiben angeht; so etwas unterschlägt! –, dann ist die Vertrauensbasis erschüttert. Oder wenn jemand einen Einstellungsbetrug auf den Weg bringt – und das als Abteilungsleiter – und eine Festplatte verschwinden lässt ... Da möchte ich mich heute noch einmal beim Staatssekretär und bei allen bedanken, dass sie die Dinge in dieser Form auf den Punkt gebracht haben, was dann eben zur Suspendierung und hinterher zur Entlassung von Herrn Dr. Friedrich geführt hat.

Ich kann mir überhaupt nicht vorstellen, dass jemand, der Abteilungsleiter ist, der eine B7-Stelle in einem solchen Haus hat, eine besondere Verantwortung und eine der bestbezahlten Positionen, die in Nordrhein-Westfalen zu vergeben sind, so als Abteilungsleiter arbeitet. Deswegen mache ich Herrn Staatssekretär Dr. Schink, der Kontakt hat mit Mitarbeitern des Hauses, auch keine Vorwürfe, sondern ich unterstütze alles das, was sie in dem Zusammenhang gemacht haben, und finde es auch richtig.

Johannes Remmel (GRÜNE): War denn zu diesem Zeitpunkt auch schon die Frage Frau Delpino im Raum?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich habe mit Frau Delpino über diese Punkte nie gesprochen. Dazu kann ich nichts sagen. Ich kann Ihnen sagen, wann wir die Strafanzeige gegen Dr. Friedrich auf den Weg gebracht haben. Aber mit diesem täglichen Geschäft, Herr Abgeordneter, hatte ich nichts zu tun. Ich habe mich immer wieder mal informieren lassen. Bedauerlicherweise, muss ich sagen, hat es einen solchen Vorgang bei uns im Hause gegeben. Wir haben uns ja nicht darüber gefreut, dass es diese Auseinandersetzung mit Herrn Dr. Friedrich gegeben hat. Mich hat das auch belastet; das darf ich an dieser Stelle einmal sagen. Wenn jemand 54 Jahre alt ist – ich glaube, das war das damalige Alter von Herrn Dr. Friedrich – und wir uns von ihm trennen müssen, dann bedeutet das eine enorme Zäsur, auch für ihn persönlich; das ist mir doch alles klar. Das ist doch nichts, worauf man sich freut oder was man im Rahmen irgendeiner politischen Auseinandersetzung herbeisehnt.

Da habe ich ein anderes Verständnis vom Umgang mit Menschen. Ich bedaure es sehr, dass es in diesen fünf Jahren zu dieser Auseinandersetzung und zur Trennung von Herrn Dr. Friedrich gekommen ist. Aber es musste dazu kommen. Es gibt dazu überhaupt keine Alternative. Ich kann zu dem einzelnen Tag heute nichts mehr sagen. Ich bin immer informiert worden. Herr Staatssekretär Dr. Schink ist ein hochqualifizierter Beamter, einer der besten Staatssekretäre, die es innerhalb dieser Landesregierung gibt, der einen Job wahrnimmt, den bei meiner verehrten Vorgängerin zwei Staatssekretäre wahrgenommen haben. Ich darf an dieser Stelle einmal sagen, dass ich sehr froh bin, dass ich ihn damals zum Staatssekretär berufen habe und der Herr Ministerpräsident zugestimmt hat. Sie haben ihn Freitag hier erlebt. Das war doch für ihn auch nicht einfach. Das ist doch nicht gemacht worden, um einen Menschen hinzurichten, sondern damit dieses Haus und auch die Abteilung IV arbeitsfähig bleiben; darum ging es doch.

Johannes Remmel (GRÜNE): Sie haben eben auf die Frage des Vorsitzenden sinngemäß erläutert, dass Sie im Zusammenhang mit dem Vermerk 18.6. auch informiert worden sind über die erfolgte Vergabe ...

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein, das habe ich nicht gesagt. Ich habe eben bei der Frage des Vorsitzenden gesagt, dass es im Vorfeld, an dem Wochenende, ein Telefongespräch zwischen dem Staatssekretär und mir gegeben hat. Daraufhin habe ich Herrn Staatssekretär Dr. Schink gesagt – das ist eine Art oder Marotte von mir, weil man in einem Haus sehr viel Papier bekommt; Sie bekommen zu irgendeinem Vorgang jedes Mal zehn Seiten –, dass meine Bitte ist, ob er nicht einmal auf zwei Seiten die wesentlichen Argumente aufschreiben könnte.

Wenn ich abends Reden bekomme, will ich auch keine 30 Seiten haben, sondern fünf Seiten mit einigen Punkten; dann komme ich schon alleine klar. Es ist eine Arbeitsweise von mir, dass ich sage: Schreibt das mal auf zwei Seiten zusammen.

Und Herr Dr. Schink hat damals in dem Vermerk vom 18.06. das aufgeschrieben, was zu dem damaligen Zeitpunkt für ihn wichtig war bzw. was wichtig war und was eben zu dem Schritt „Trennung von Dr. Friedrich“ geführt hat.

Johannes Remmel (GRÜNE): Jetzt noch einmal ganz genau: Sie haben gesagt, das Telefonat habe am Wochenende stattgefunden.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich müsste jetzt meinen Kalender von 2006 herausholen. War das nicht ... Oder war das Feiertag? War es Fronleichnam?

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Feiertag! Fronleichnam!)

Ich wollte diesen Vermerk gerne – das habe ich eben auch schon ausgeführt – im Hinblick auf die Kabinettsitzung haben, die Dienstag stattfindet – für den Fall, dass das ein Thema ist. Aus diesem Vermerk geht ja auch hervor, dass Herr Staatssekretär Dr. Schink die Staatskanzlei über diesen Vorgang informiert hat, dass er also auch beabsichtigte, den damaligen Chef der Staatskanzlei, Herrn Grosse-Brockhoff, darüber zu informieren.

Johannes Remmel (GRÜNE): Wann war die Suspendierung?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Da muss ich in den Unterlagen nachgucken. Das kann ich Ihnen jetzt nicht sagen. Das war in den Tagen.

(Lothar Hegemann [CDU]: Das weiß Herr Remmel doch selber!)

Da müssen wir einmal kurz unterbrechen. Dann kann ich Ihnen aus den Unterlagen genau sagen, wann die Suspendierung war.

(Der Zeuge nimmt Einblick in seine Unterlagen.)

Das kann jetzt ein bisschen dauern. Ich habe auch nicht mehr alle Unterlagen dabei. – Am 16.06.06. Wenn meine Unterlagen, die ich handschriftlich zusammengetragen habe, stimmen, hat es am 16.06.06 die Freistellung von Herrn Dr. Friedrich für zwei Monate gegeben.

Johannes Remmel (GRÜNE): Und dann hat Herr Schink Sie angerufen ...

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ja.

Johannes Remmel (GRÜNE): ... und Sie über die Suspendierung informiert, ...

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ja.

Johannes Remmel (GRÜNE): ... und dann haben Sie den Vermerk in Auftrag gegeben?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ja.

Johannes Remmel (GRÜNE): Das heißt: Vor der Suspendierung hat Herr Schink nicht mit Ihnen gesprochen?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich habe immer ... Ich habe, glaube ich, heute schon fünfmal erklärt, dass ich in allen wesentlichen Punkten ... Gerade wenn es sich um die Suspendierung eines Abteilungsleiters handelt, spricht der Staatssekretär doch mit dem Minister. Das ist doch völlig klar.

Johannes Remmel (GRÜNE): Und vor der ...

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich habe gesagt, dass ich über jeden entscheidenden Punkt – nicht über jede Detailfrage, die da im Haus gelaufen ist; darum habe ich mich natürlich nicht gekümmert; aber über das, was hinterher die Person von Dr. Friedrich angeht, als es um die Frage der Freistellung geht oder als es um die Frage der Strafanzeige geht oder als wir uns dann endgültig von Herrn Dr. Friedrich getrennt haben – informiert war.

Johannes Remmel (GRÜNE): Sie waren vor der Suspendierung vollumfänglich informiert?

(Lothar Hegemann [CDU]: Das ist eine Suggestivfrage!)

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Aber selbstverständlich.

(Weiterer Zuruf von Lothar Hegemann [CDU])

Johannes Remmel (GRÜNE): Okay; ist ja in Ordnung. Das war vom Zeitpunkt her unklar. Deshalb habe ich nachgefragt.

Ich würde gerne noch einmal auf die Vergabe MAPRO zu sprechen kommen. Sie haben dazu eben ausgeführt, dass Sie im Zusammenhang mit der Suspendierung von Herrn Staatssekretär darüber informiert worden sind. Ist das richtig?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Bitte?

Johannes Remmel (GRÜNE): Sie haben gesagt, dass Sie im Zusammenhang mit der Suspendierung einen zweiseitigen Vermerk bekommen haben und darin auch über den Vorgang MAPRO informiert worden sind.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Das ist richtig, ja. Ich bin darüber informiert worden, ja.

Johannes Remmel (GRÜNE): Was genau aus Ihrer Erinnerung ist an Informationen ...

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Das waren die Punkte, die ich eben schon einmal genannt habe: dass es diese Vergabe gegeben hat und dass Herr Dr. Friedrich das mit wissenschaftlichen Arbeiten begründet hat; deswegen hätte keine europaweite Ausschreibung stattfinden müssen. Bei dem Gespräch, das er dann mit Dr. Schink geführt hat, hat er dem Herrn Staatssekretär gegenüber aber unterschlagen, dass zwei Referatsleiter aus der Abteilung IV dem so nicht zugestimmt haben. Das wusste Herr Dr. Schink nicht. Es hat natürlich zu einem deutlichen Vertrauensverlust beigetragen, dass er das noch mal mit der wissenschaftlichen Ausrichtung dieses Auftrages begründet hat, aber verschwiegen hat, dass zwei Referatsleiter, nämlich die zuständigen Referatsleiter, das so nicht mitgezeichnet haben.

Johannes Remmel (GRÜNE): Gut. – Dann würde ich Ihnen gerne etwas aus dem Ausschussprotokoll vom 09.06.2008 vorlesen. Auf Seite 18 wird Herr Staatssekretär Schink mit folgender Aussage zitiert:

Von der Vergabe Mapro weiß ich erst seit April 2006, als diese Vorwürfe zu mir gekommen sind. Ansonsten hat es eine Vorlage oder auch eine intensive Diskussion und Erörterung zu dieser Frage mit mir nicht gegeben.

Ist diese Aussage im Ausschuss mit Ihnen abgestimmt gewesen?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ob eine Aussage von Herrn Dr. Schink mit mir abgesprochen war?

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Können Sie etwas näher ans Mikrofon gehen? Dann kann der Stenografische Dienst Sie besser verstehen.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ja, gerne; Entschuldigung. – Ich gehe davon aus, dass der Vorgang so richtig ist, wie ihn Dr. Schink geschildert hat. Aber nicht jede Aussage im Ausschuss – insbesondere wenn ich bei Ausschusssitzungen nicht dabei bin; meistens bin ich ja dabei; ich bin aber nicht immer dabei – wird mit mir abgesprochen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Aber warum hat Herr Dr. Schink im Ausschuss nicht die Wahrheit gesagt?

(Unruhe von der CDU)

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Herr Dr. Schink sagt grundsätzlich die Wahrheit. Ich arbeite jetzt viereinhalb Jahre mit Herrn Dr. Schink zusammen. Er hat immer die Wahrheit gesagt.

(Lothar Hegemann [CDU]: Wertungen können Sie im Plenarsaal vortragen, Herr Remmel!)

Johannes Remmel (GRÜNE): Aber ausweislich der Zeugenaussage von Herrn Dr. Schink und ausweislich der Information vom 18.06. weist Herr Schink ja darauf hin, dass er an der Vergabe MAPRO schon im Oktober/November beteiligt war, und hier sagt er im Ausschuss:

Von der Vergabe Mapro weiß ich erst seit April 2006, als diese Vorwürfe zu mir gekommen sind.

Deshalb frage ich Sie schon: Ist eine solche Linie, eine solche Kommunikation im Ausschuss gegenüber dem Parlament mit Ihnen abgestimmt gewesen?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Also, nicht jede Aussage von Dr. Schink ist mit mir abgesprochen, insbesondere im Ausschuss, ob ich dabei bin oder ob ich nicht dabei bin. Grundsätzlich gehe ich aber davon aus, dass Dr. Schink immer die Wahrheit sagt, und das nach bestem Wissen und Gewissen.

Herr Remmel, der entscheidende Punkt ist doch nicht, ob das drei Tage vorher oder später geschehen ist, sondern der entscheidende Punkt war damals, dass diese Vergabe ohne entsprechende Ausschreibung erfolgt ist und dass die entscheidenden Referatsleiter dem nicht zugestimmt haben und dass Herr Dr. Friedrich bedauerlicherweise – das hat ja zu diesen Zerwürfnissen geführt – Herrn Dr. Schink nicht mitgeteilt hat, dass die Referatsleiter dagegen waren. Das war doch der entscheidende Punkt. Ob das drei Tage vorher oder hinterher war, ist für mich relativ unbedeutend.

Der Vorgang als solches ist das Entscheidende. Das spricht auch für den Stil, wie Herr Dr. Friedrich offensichtlich die Abteilung geführt hat – das war die ganzen Jahre das Problem –, und zwar im Haus selber, aber auch im Umgang mit anderen Menschen. Daran ist er wahrscheinlich auch gescheitert. Auf der einen Seite ist er ja ein intelligenter Mensch, der auch eine Menge weiß. Bei solchen Dingen war das dann eben als Abteilungsleiter auf die Dauer schwierig.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ist es denn richtig, dass Herr Schink schon ein halbes Jahr vorher – so steht es jedenfalls in dem Vermerk von Herrn Schink an Sie – an der Vergabe MAPRO beteiligt war?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Danach müssen Sie Dr. Schink fragen. Ich bin Minister. Ich bin für die politische Linie des Hauses verantwortlich. Ich mache das in Kooperation mit meinen engsten Mitarbeitern und mit den Abteilungsleitern. Ich kann Ihnen jetzt doch nicht sagen – das interessiert mich letztlich auch überhaupt nicht –, ob dann in der Woche oder in der Woche Herr Dr. Schink eine Aussage dazu macht. Herr Dr. Schink war doch den ganzen Freitag hier. Danach müssen Sie ihn selber fragen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Das ist aber doch wesentlich für die Frage der Suspendierung; das haben Sie ja eben selber gesagt. – Ich darf noch einmal aus dem Schreiben von Herrn Dr. Schink an Sie zitieren:

Im Zusammenhang mit der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie ist an die Universität Aachen, Herrn Prof. Dr. Pinnekamp, durch Herrn Dr. Friedrich ein Auftrag zur Begleitung des Monitoring-Prozesses vergeben worden (MAPRO). Die Universität Aachen hatte für drei Unteraufträge Ingenieurbüros eingeschaltet. Zum Zeitpunkt der Vergabe hatte ich Zweifel, ob die Vergabe ohne Ausschreibung erfolgen kann. Nach Rücksprache mit der Abteilung I, Herrn Pudenz, und mit Herrn Dr. Friedrich ist die Vergabe erfolgt, weil die wissenschaftliche Begleitung ... Der Vergabe habe ich seinerzeit zugestimmt.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ja, richtig.

Johannes Remmel (GRÜNE): Das war im Oktober 2005. Und im Ausschuss erklärt Herr Dr. Schink ein halbes Jahr ...

(Harald Giebels [CDU]: Wann war das im Ausschuss?)

– Im Ausschuss am 09.06.2008. Dort erklärt er: Von der Vergabe Mapro weiß ich erst seit April 2006 ...

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich kann Ihnen jetzt diese Daten alle nicht bestätigen. Darum geht es mir auch gar nicht. Ich kann Ihnen nur sagen, dass Herr Schink von Herrn Dr. Friedrich offensichtlich nicht darüber informiert worden war, dass diese Vergabe ohne Zustimmung dieser beiden Referatsleiter auf den Weg gebracht worden ist. Herr Dr. Schink war dann sehr erstaunt, dass Herr Dr. Friedrich ihm das nicht mitgeteilt hatte.

Johannes Remmel (GRÜNE): Würden Sie denn zustimmen, dass es objektiv falsch ist, was der Staatssekretär dem Ausschuss ...

(Zuruf von Wolfgang Schmitz [CDU])

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein, natürlich nicht. Herr Dr. Schink hat das am vergangenen Freitag genau richtig dargestellt. Deswegen ist die von Ihnen herausgegebene Pressemitteilung, in der es heißt, Herr Dr. Schink habe gelogen, auch falsch und eine Unverschämtheit.

Johannes Remmel (GRÜNE): Dann frage ich Sie auch noch zu einem zweiten Punkt. Sie sagten eben ja selber, dass Sie im Zusammenhang mit der Nebentätigkeit informiert worden sind. Haben Sie Kenntnis davon, dass die Frage der Nebentätigkeit von Herrn Staatssekretär in einem ersten Durchgang so entschieden worden ist, dass eine Nebentätigkeitserlaubnis erteilt werden sollte?

(Holger Ellerbrock [FDP]: Das stimmt doch nicht!)

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, ich habe mich als Minister um das Thema Nebentätigkeiten nie gekümmert.

Johannes Remmel (GRÜNE): Haben Sie denn mit Herrn Dr. Schink die Aussage im Ausschuss vom 03.06. bezüglich der Nebentätigkeit erörtert?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Alles, was Herr Dr. Schink im Ausschuss gesagt hat, war richtig. Aber ich habe mich um den Vorgang Nebentätigkeiten selber überhaupt nicht gekümmert. Das fällt in die Zuständigkeit des Staatssekretärs.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich darf hier aus Ausschussprotokoll 14/670 vom 03.06.2008 zitieren: Ob der Lehrauftrag an der Universität ...

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Remmel, die Seitenzahl, bitte.

Johannes Remmel (GRÜNE): Seite 14. – Dort heißt es:

Ob der Lehrauftrag an der Universität Aachen bezahlt gewesen ist oder nicht, entzieht sich meiner Kenntnis. Denn eine Anzeige darüber an unser Haus durch den ehemaligen Abteilungsleiter ist nicht erfolgt.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Wenn Herr Dr. Schink das gesagt hat, ist das so richtig.

Johannes Remmel (GRÜNE): Am 13. Februar 2006 – MUNLV, Band 1, Blatt 84 ff. – erfolgt von Herrn Friedrich eine Anzeige der Nebentätigkeit. Er zeigt an – einschließlich des entsprechenden Dokuments –, dass diese Nebentätigkeit unentgeltlich erfolgt. Dieses Schreiben ist von Herrn Dr. Schink paraphiert. Im Ausschuss sagt Herr Dr. Schink aber, dass sich das seiner Kenntnis entzieht. Hat Herr Dr. Schink auch hier die Unwahrheit gesagt?

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Was heißt „auch“? Das ist eine Frechheit! –
Weitere Zurufe von CDU und FDP)

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Herr Dr. Schink hat noch nie die Unwahrheit gesagt. Das habe ich eben ganz klar zum Ausdruck gebracht. Und noch einmal: Ich habe mich als Minister um das Thema Nebentätigkeiten nicht gekümmert. Sie können Herrn Schink noch einmal fragen. Aber Sie hatten ja am Freitag schon die Möglichkeit. Auch in dieser Frage hat Herr Dr. Schink alles so wiedergegeben, wie es war.

Johannes Remmel (GRÜNE): In dem Schreiben vom 18.06.2006 berichtet Herr Dr. Schink Ihnen gegenüber auch über sogenanntes kollusives Zusammenwirken. Ich zitiere:

Angesichts der Häufung der Vergabe an bestimmte Ingenieurbüros und Universitätsinstitute liegt der Verdacht eines kollusiven Zusammenwirkens nahe, dem jetzt während der Suspendierung näher nachgegangen werden soll. Bekannt ist aber auch, dass Herr Dr. Friedrich erhebliche finanzielle Probleme hatte, die von einem Tag auf den anderen beseitigt waren.

Wie würden Sie uns „kollusives Zusammenwirken“ erklären?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich würde das so erklären, dass es da einige Vorgänge im Zusammenhang gegeben hat, die vom Haus weiter überprüft worden sind.

Johannes Remmel (GRÜNE): Was ist ein kollusives Zusammenwirken?

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Sind wir hier in einem juristischen Seminar? Das hat Herr Schink doch erklärt! – Weitere Zurufe von der CDU)

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Das ist ein Zusammenwirken von verschiedenen Vorgängen, die dazu beitragen, dass es ein gewisses Misstrauen gegen einen Mitarbeiter des Hauses gab. Das war letztlich aber auch überhaupt nicht entscheidend. Herr Abgeordneter, was die Frage angeht, weshalb wir uns von Herrn Dr. Friedrich getrennt haben, waren die Punkte entscheidend, die ich eben schon einmal genannt habe. Diese Punkte hier haben dann letztlich ja keine Rolle gespielt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Warum erwähnt der Staatssekretär in einem Schreiben, in dem es um die Suspendierung geht, kollusives Zusammenwirken im Zusammenhang mit den finanziellen Problemen von Herrn Friedrich?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Weil es die nach seinem Verständnis damals wohl gegeben hat und damit das überprüft wird. Es kann doch nicht sein, Herr Abgeordneter Remmel, dass man solchen Vorgängen, die aus dem Haus kommen, nicht nachgeht, nur weil jemand grüner Abteilungsleiter in einem Ministerium ist, während so etwas selbstverständlich wäre, wenn er einer anderen Partei angehören würde. Das kann ja nicht sein. Es kann ja nicht sein, dass jemand, wenn er ein grüner Abteilungsleiter ist, unter Denkmalschutz gestellt wird.

Auch hier sind die Mitarbeiter des Hauses – das war für sie sicherlich auch nicht einfach – bestimmten Anwürfen und Vorgängen gegen Herrn Dr. Friedrich nachgegangen. Das war ihre Pflicht.

Johannes Remmel (GRÜNE): Das ist selbstverständlich; darum geht es ja auch gar nicht.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Für die Arbeit, die in diesem Zusammenhang geleistet worden ist, möchte ich mich bei den Mitarbeitern jetzt auch noch einmal sehr herzlich bedanken.

Der Grund, weshalb wir uns von Herrn Dr. Friedrich getrennt haben, waren aber die anderen Punkte. Das war auch ein schmerzlicher Prozess. Das waren aber die Punkte, die ich eben schon einmal genannt habe. Ich kann nichts dafür, dass es im

Zusammenhang mit Herrn Dr. Friedrich immer wieder Hinweise und Gerüchte gegeben hat. Ich habe die nicht in die Welt gesetzt. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Na ja, grüne Abteilungsleiter, Menschen mit grünem Parteibuch sollten besonders geprüft werden; da bin ich mit Ihnen einer Meinung.

(Zurufe von der CDU)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Kollege Remmel, wir machen keine Erörterung. Sie dürfen Fragen an den Zeugen stellen, und alle hören zu.

Johannes Remmel (GRÜNE): In Ordnung. – Aber hier geht es ganz konkret um Hinweise für kollusives Zusammenwirken im Zusammenhang mit erheblichen finanziellen Problemen von Herrn Dr. Friedrich. Ich zitiere Herrn Dr. Schink aus dem Ausschussprotokoll vom 03.06.2008. Darin führt Herr Dr. Schink aus: Denn nach unseren damaligen Erkenntnissen, ...

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Sagen Sie uns bitte die Seitenzahl, Herr Remmel.

Johannes Remmel (GRÜNE): Seite 6. – Denn nach unseren damaligen Erkenntnissen, die wir heute auch nicht wesentlich weiter fortentwickelt haben – dazu werde ich aber gleich etwas sagen –, gab es für die Frage eines Korruptionsverdacht keine Anhaltspunkte, die eine Strafanzeige gerechtfertigt hätten.

(Zuruf von der CDU: Ja!)

Deshalb noch einmal: Wie kommen Sie auf der einen Seite dazu, zur Kenntnis zu nehmen, dass es offensichtlich kollusives Zusammenwirken im Zusammenhang mit finanziellen Problemen,

(Lothar Hegemann [CDU]: Das hat er doch gar nicht gesagt!)

andererseits aber zum damaligen Zeitpunkt offensichtlich keine Korruptions...

(Zuruf von Wolfgang Schmitz [CDU])

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, wenn mir der Staatssekretär einen Vermerk schickt, nehme ich ihn zur Kenntnis. Sie stellen mir die Frage, wieso ich dazu komme, den zur Kenntnis zu nehmen. Natürlich nehme ich den zur Kenntnis.

(Lothar Hegemann [CDU]: Manche können nichts zur Kenntnis nehmen! – Wolfgang Schmitz [CDU]: Manche wollen nichts zur Kenntnis nehmen!)

Ich nehme den zur Kenntnis. Ich darf noch einmal die beiden Punkte nennen, weshalb wir uns von Herrn Dr. Friedrich getrennt haben. Das waren der Einstellungsbruch und das Verschwinden der Festplatte.

Johannes Remmel (GRÜNE): Aber dann waren Korruptionssachverhalte zu diesem Zeitpunkt ...

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich kann zu Korruption überhaupt nichts sagen. Mich hat das nie beschäftigt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Aber in so einem Vermerk an Sie steht, dass es kollusives Zusammenwirken ...

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Das ist richtig.

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Das hat doch mit Korruption nichts zu tun!
– Weitere Zurufe)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Augenblick mal. Herr Kollege Schmitz, das war keine unzulässige Frage von Herrn Remmel.

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Das war überhaupt keine Frage!)

Deswegen darf ich Sie bitten, Herrn Remmel die Fragen ungestört vortragen zu lassen. Ich habe nicht den Eindruck, dass der Zeuge Ihrer Mithilfe bei der Beantwortung der Fragen bedarf.

(Lothar Hegemann [CDU]: Ich glaube es auch nicht! Der ist gut!)

– Ja, eben. – Herr Hegemann, für Sie gilt auch dieser Appell. Sie können sich gleich melden, wenn Sie selbst Fragen stellen möchten.

(Lothar Hegemann [CDU]: Tue ich auch! – Lothar Hegemann [CDU] meldet sich.)

– Aber jetzt ist noch Herr Kollege Remmel dran.

Johannes Remmel (GRÜNE): In dem Vermerk steht: kollusives Zusammenwirken im Zusammenhang mit finanziellen Problemen.

Die Frage war: Wie kann es dann sein, dass ein Vertreter Ihres Hauses, der Staatssekretär, im Ausschuss erläutert, dass es keinerlei Hinweise für Korruption gibt.

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Und was ist die Frage?)

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Das ist genauso, wie es der Staatssekretär gesagt hat. Die hat es auch nicht gegeben.

Johannes Remmel (GRÜNE): Es gab keinerlei Hinweise für Korruption?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein.

Johannes Remmel (GRÜNE): Und warum schreibt der Staatssekretär dann „kollusives Zusammenwirken“?

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Das hat doch nichts mit Korruption zu tun!
Das sind Unterstellungen!)

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Weil er im Vorfeld ... Weil es Hinweise gegeben hat. Denen ist offensichtlich der Staatssekretär nachgegangen. Das hat sich nicht erhärtet. Ich habe gerade noch einmal die Punkte genannt, derentwegen wir uns von Herrn Dr. Friedrich getrennt haben.

Herr Dr. Friedrich sieht das ja offensichtlich genauso, wenn ich mir noch einmal die Pressemitteilung vom 25.10.2006 vor Augen führe, in der er gesagt hat:

Dr. Harald Friedrich begrüßte die Einigung. Diese lässt aus seiner und der Sicht des Umweltministeriums keinen Spielraum mehr für politische Spekulationen im Zusammenhang mit der Beendigung des Dienstverhältnisses.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich darf zitieren aus dem Ausschussprotokoll 14/1015.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ist das aus dem Untersuchungsausschuss?

Johannes Remmel (GRÜNE): Das ist aus dem Untersuchungsausschuss, Datum 04.12.2009, Seite 46.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Einen kleinen Augenblick bitte, Herr Kollege.

(Das Protokoll wird herausgesucht.)

Sagen sie uns bitte noch einmal die Seitenzahl.

Johannes Remmel (GRÜNE): Seite 46.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Danke. – Bitte sehr, Herr Kollege Remmel.

Johannes Remmel (GRÜNE): Hier führt der Zeuge Richter aus: Deswegen gab es auch diese recht intensive Kommunikation zum MUNLV und die Bitte, auch tatsächlich die Unterstützung dann beizubehalten. Ich hatte nie, muss ich ganz ehrlich sagen ... Ich hatte auch nicht unbedingt das Gefühl, dass das MUNLV eine andere Ausrichtung in dem Fall hatte. Das Gefühl hatte ich nicht, nein.

Dann frage ich: Haben Sie sich denn zu einem späteren Zeitpunkt gewundert, dass das MUNLV zumindest in der öffentlichen Darstellung von Korruptionsvorwürfen nichts mehr wissen wollte?

Der Zeuge Richter antwortet: Ja, sicher. Also, wir sind alle sehr verwundert gewesen; das kann ich also durchaus sagen. Ich war sehr überrascht, zumal ich natürlich die Gespräche mit Herrn Dr. Günther ja auch mitbekommen habe. Und ich habe Ihnen ja gesagt: Letztendlich hat man im Ministerium selbst schon in der Anfangsphase, bevor dieser Sachverhalt an das Landeskriminalamt weitergereicht wurde, den Herrn Bayram in einem Personalgespräch auf diesen Volvo hin angesprochen. Also, man hatte offensichtlich schon die Vermutung, dass dort gegebenenfalls irgendwelche Vorteile – wie auch immer, in Form von Sachzuwendungen – erfolgt sind. Also insofern sicherlich nicht, nein.

In der Vernehmung des Zeugen Duve, Ausschussprotokoll 14/1017 vom 07.12.2009, ...

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Einen kleinen Augenblick bitte; das müssen wir erst heraussuchen.

(Das Protokoll wird herausgesucht.)

Bitte sehr, Herr Kollege Remmel.

Johannes Remmel (GRÜNE): Meine Frage war: Hatten Sie den Eindruck, dass dieser Sachverhalt oder diese Beschreibung oder Charakterisierung der Verdachtsmomente den Mitarbeitern des MUNLV nicht klar war?

Darauf antwortet Herr Duve klar: Nein, den Eindruck hatte ich nicht, insbesondere nicht bei Herrn Dr. Günther. Ich bin mir sicher, dass wir offen darüber gesprochen haben, dass wir eine Anzeige nach § 12 Korruptionsbekämpfungsgesetz schreiben mussten. Selbst wenn das nicht konkret benannt worden ist, muss es Herrn Dr. Günther klar gewesen sein.

Herr Minister, ich frage Sie: Warum hat das MUNLV Sachverhalte, die auf Korruption hinweisen, an die Ermittlungsbehörden weitergegeben?

(Karl Kress [CDU]: Das muss es doch! – Wolfgang Schmitz [CDU]: § 12 Korruptionsbekämpfungsgesetz! – Weitere Zurufe)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Meine Herren, ich muss doch bitten. Das war eine Frage an den Herrn Minister und nicht an die Abgeordneten der CDU-Fraktion. Halten Sie sich doch bitte mit der Beantwortung zurück und hören erst einmal, was der Minister dazu sagt.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, ich weiß, dass wir uns von Herrn Dr. Friedrich getrennt haben wegen des Einstellungsbetrugs und des Verschwindens der Festplatte. Andere Vorgänge kenne ich nicht.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ist Ihnen bekannt – ich zitiere aus JM, Band 1, Blatt 51 – ... Hier gibt Herr Günther eine Mail an Herrn Zenker und führt darin aus – 10. August 2006 –:

Es gibt Hinweise/Verdachtsmomente, dass Herr Dr. Friedrich angeblich gemeinsam mit seiner Lebensgefährtin eine Wohnung in Frankreich rund eine Woche genutzt haben soll (Vermerk über Angaben einer Mitarbeiterin der Abt. IV folgt) und dort ein Ehepaar, das einen Auftrag über rund 300.000 € erhalten hatte, besucht hat. Er soll ferner nach Angaben der Mitarbeiterin von einem Gutachterbüro angeblich ein Fahrzeug für rund sechs Wochen gestellt bekommen haben, als sein Fahrzeug defekt war (konkrete Angaben zu Fahrzeugtyp, Farbe, Gutachterbüro usw. wurden gemacht). Ausweislich einer Mail besteht ferner unter anderem der Anschein, dass sich der AL von einem ...

Vorsitzender Thomas Kutschaty: „Unter Umständen“ heißt es, Herr Kollege Remmel.

Johannes Remmel (GRÜNE): Immer das Gleiche.

... Ausweislich einer Mail besteht unter Umständen der Anschein, dass sich der AL von einem Mitarbeiter eines Gutachterbüros einen Fachvortrag hat schreiben lassen (der Tagungsband wird gerade zur Abklärung von hiesiger Bücherei besorgt).

Hatten Sie Kenntnis davon, dass Mitarbeiter Ihres Hauses – hier: Herr Dr. Günther – Korruptionsvorwürfe bzw. Verdachtsmomente an das LKA weitergegeben haben?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, wir haben uns schon in früheren Ausschusssitzungen über das Thema immer wieder unterhalten. Ich möchte mich auch heute noch einmal bei den Mitarbeitern des Hauses sehr herzlich bedanken, weil sie vor dem Hintergrund des Antikorruptionsgesetzes,

(Beifall von Holger Ellerbrock [FDP])

das die rot-grüne Regierung kurz vor der Landtagswahl noch verabschiedet hat, den Dingen nachgegangen sind. Das habe ich damals schon im Parlament – nicht im Untersuchungsausschuss, aber im Fachausschuss – deutlich gemacht. Das haben die Mitarbeiter pflichtgemäß getan.

Aber wir haben uns von Herrn Dr. Friedrich getrennt, weil es einen Einstellungsbruch gegeben hat und weil die Festplatte verschwunden war.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich frage noch einmal: Ist es Ihnen zur Kenntnis gebracht worden, dass solche Korruptionsvorwürfe an das LKA weitergegeben worden sind? Und zu welchem Zeitpunkt?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein, das ist mir nicht bekannt. Ich habe mich nie darum gekümmert.

Johannes Remmel (GRÜNE): Gab es einen Auftrag, solche Korruptionsvor...

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein, natürlich nicht. Der Minister hat nie einen Auftrag gegeben.

Johannes Remmel (GRÜNE): Dann frage ich Sie, ob Sie denn das Korruptionsbekämpfungsgesetz, § 12, kennen.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich habe wesentliche Punkte dabei. Ich kann Ihnen auch einiges aus dem Korruptionsbekämpfungsgesetz vorlesen. Ich habe den Eindruck, dass die Mitarbeiter des Hauses dieses Korruptionsbekämpfungsgesetz auch als Grundlage ihrer Arbeit genommen haben.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich frage Sie als Minister, ob Sie diese Korruptionsbekämpfungsgesetz, weil Sie ja immer zitieren, kennen.

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Das hat er doch beantwortet! – Zuruf von der CDU: Vorlesen! – Weitere Zurufe – Der Vorsitzende räuspert sich.)

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich kenne jetzt diesen § 12 nicht. Aber noch einmal: Die Mitarbeiter des Hauses, die dafür zuständig waren, haben ihre Pflicht getan. Ansonsten habe ich mich um das Thema Korruption überhaupt nicht gekümmert.

Johannes Remmel (GRÜNE): Dann lese ich das Korruptionsbekämpfungsgesetz, § 12, an dieser Stelle vor. Da heißt es in Absatz 1: Liegen Tatsachen – Tatsachen! – vor, die Anhaltspunkte für Verfehlungen nach § 5 Abs. 1 darstellen können, zeigt die Leiterin oder der Leiter einer Stelle nach § 1 usw. diese dem Landeskriminalamt an.

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Das müssen wir doch mal kontrollieren! – Lothar Hegemann [CDU]: „Können“!)

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Wenn das dann geschehen ist, ist es ja in Ordnung. Aber das hat mich als Minister überhaupt nicht beschäftigt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Sind denn von Ihrem Haus Tatsachen an das Landeskriminalamt gegeben worden?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, das fällt nicht in die Zuständigkeit des Ministers. Ich kann Ihnen das jetzt nicht sagen, was da zwischen Mitarbeitern des Hauses und den Justizbehörden verhandelt worden ist. Ich habe überhaupt keinen Kontakt dazu gehabt – weder zu Justizbehörden, zur Staatsanwaltschaft, zum Oberstaatsanwalt, zum LKA ... Da hat es zwischen diesem Bereich und mir überhaupt keine Gespräche gegeben.

Johannes Remmel (GRÜNE): Aber in diesem Gesetz steht: „zeigt die Leiterin oder der Leiter einer Stelle“. Wer ist denn die Leiterin oder der Leiter?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Der Minister nicht.

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Herr Vorsitzender! Können wir bitte mal nachlesen, was in § 12 genau steht?)

Johannes Remmel (GRÜNE): Ja bitte, ich kann Ihnen das zur Verfügung stellen. Das wird ja immer hier zitiert.

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Dann müssen Sie uns mal Gelegenheit geben, noch einmal nachzulesen; dann können wir dazu Stellung nehmen!)

– Bitte. Ich kann das gern auch allen ...

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Besteht Einvernehmen darüber, dass ich diesen § 12 vorlese?

(Holger Ellerbrock [FDP]: Gern! – Wolfgang Schmitz [CDU]: Bitte schön! – Weitere Zurufe)

Herr Kollege Remmel, können Sie mir den Gesetzestext zur Verfügung stellen? Darauf war ich jetzt nicht vorbereitet.

(Die Unterlagen werden an den Vorsitzenden gegeben. – Referent Prof. Dr. Andreas Jurgeleit [CDU-Fraktion]: Es wird bestritten, dass das der Gesetzestext ist! – Wolfgang Schmitz [CDU] nimmt beim Vorsitzenden Einblick in die Unterlagen. – Weitere Zurufe)

Meine Damen und Herren, ich lese vor aus dem „Gesetz- und Ordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen“, Nr. 1, vom 4. Januar 2005. § 12 des Korruptionsbekämpfungsgesetzes trägt die Überschrift „Anzeigepflicht“. Absatz 1 lautet:

Liegen Tatsachen vor, die Anhaltspunkte für Verfehlungen nach § 5 Abs. 1 darstellen können,

(Zurufe von der CDU: Können!)

zeigt die Leiterin oder der Leiter einer Stelle nach § 1 Abs. 1, die Hauptverwaltungsbeamtin oder der Hauptverwaltungsbeamte einer Gemeinde oder eines Gemeindeverbandes, die Verantwortliche oder der Verantwortliche einer sonstigen der Aufsicht des Landes unterstellten Körperschaft, Anstalt und Stiftung des öffentlichen Rechts (§ 1 Abs. 1 Nr. 2), diese dem Landeskriminalamt an. Das Gleiche gilt für die Prüfung zuständige Mitglied des Landesrechnungshofs, die Leiterinnen oder Leiter der kommunalen Rechnungsprüfungsämter und die Leiterin oder den Leiter der Gemeindeprüfungsanstalt, wenn bei den Prüfungen Anhaltspunkte nach Satz 1 festgestellt werden; in diesem Fall ist in der Regel die Leiterin oder der Leiter der betroffenen Behörde oder Einrichtung über die Anzeige unverzüglich zu unterrichten.

Ich lese Ihnen noch Absatz 2 vor:

Soll eine Unterrichtung nach Absatz 1 Satz 2 letzter Satzteil nicht erfolgen, weil Zweifel an der Unbefangenheit der Leiterin oder des Leiters vorliegen und diese/dieser für Aussagegenehmigungen zuständig wäre, ist die oberste Aufsichtsbehörde für die Erteilung der Aussagegenehmigung zuständig.

So weit das Zitat des § 12.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Können Sie auch § 5 vorlesen? Dann haben wir das umfassend! In Abs. 1 steht etwas von Betrug und von Subventionsbetrug. Wenn das in Frage kommen könnte, kann man das als Verfehlung öffentlich erörtern!)

– Ich habe nicht vor, hier allgemeine Rechtsfortbildungen zu machen.

(Zurufe)

Ich habe auch die Schwierigkeit, dass § 5 mir jetzt nicht vorliegt.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Darf ich das vielleicht vorlesen? – Heiterkeit – Zuruf von der SPD: Wir sind doch nicht in der Grundschule!)

– Wir wollen die ganze Sache nicht ins Lächerliche ziehen.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Nein, im Ernst, da ist ja die Verweisung!)

– Wenn Ihnen der Text vorliegt, geben Sie ihn bitte zu mir. Dann lese ich das auch vor.

(Die Unterlagen werden an den Vorsitzenden gegeben.)

Was möchten Sie jetzt noch zitiert haben?

(Holger Ellerbrock [FDP]: § 5 Abs. 1 – das war der Verweis!)

Die Überschrift von § 5 lautet „Verfehlung“. Ich zitiere:

Eine Verfehlung im Sinne dieses Gesetzes liegt vor, wenn durch eine Person (§ 4 Abs. 3 Nr. 1) im Rahmen einer unternehmerischen Betätigung

1. Straftaten nach §§ 331–335, 261 (Geldwäsche, Verschleierung illegalen Vermögens), 263 (Betrug), 264 (Subventionsbetrug), 265b (Kreditbetrug), 266 (Untreue), 266a (Vorenthalten/Veruntreuen von Arbeitsentgelt), 298 (illegale Absprachen bei Ausschreibungen), 299 (Bestechung/Bestechlichkeit), 108e (Abgeordnetenbestechung) StGB und nach § 370 der Abgabenordnung,
2. nach §§ 19, 20, 20a und 22 des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen,
3. Verstöße gegen § 81 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), ...

(Holger Ellerbrock [FDP] winkt ab.)

– Reicht das?

(Holger Ellerbrock [FDP]: Das kommt ja nicht in Frage!)

Jetzt haben Sie eine umfassende Kenntnis bekommen, Herr Zeuge, über die Gesetzeslage. Bitte schön, Herr Remmel, jetzt können Sie die Frage dazu stellen.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: In dem Korruptionserlass ist auch zu lesen:

Alle Stellen haben die Strafverfolgungsbehörden auf deren Ersuchen insbesondere bei der Vorbereitung von Durchsuchungen und Beschlagnahmungen sowie bei Bedarf einzelfallorientiert und auch mit fachkundigem und geeignetem Personal zu unterstützen. – Das habe ich auch dort gelesen.

Ich möchte noch einmal deutlich machen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des MUNLV, das Landeskriminalamt und die Staatsanwaltschaft alle erbetenen Informationen erteilt haben. Dazu waren sie auch nach dem Korruptionsgesetz Nordrhein-Westfalen aus dem Jahre 2005 und dem Runderlass des Innenministeriums und allen Landesministerien zur Verhütung und Bekämpfung von Korruption in der öffentlichen Verwaltung vom 26.04.2005 verpflichtet. Ich darf noch einmal darauf hinweisen.

Ich bin der Überzeugung, dass meine Mitarbeiter das insgesamt gewissenhaft und aufrichtig gemacht haben. Das haben nach meinen Informationen auch die bisherigen Befragungen im PUA ergeben. Die Auswertung der Informationen, ihre rechtliche Bewertung und Schlussfolgerung ist ausschließlich Sache unserer unabhängigen Polizei und der Justizbehörden.

Es gab – das darf ich noch einmal sagen; gerade in dem Zusammenhang ist mir das aber sehr wichtig – keine politischen Gründe für die Entlassung von Dr. Friedrich. Das hat Dr. Friedrich auch in der gemeinsamen Presseerklärung vom 25.10. selber angeführt. Es gab auch nie irgendeine politische Einflussnahme von mir oder meinem Haus auf die Ermittlungen und Entscheidungen von Polizei und Justiz. Das widerspricht auch völlig meinem Amtseid und meinem Amtsverständnis.

Im Übrigen darf ich auch noch einmal auf die Aussage von Herrn Generalstaatsanwalt Steinforth in der „NRZ“ vom 26.01.2010 verweisen, wo er das ja nun wirklich klargestellt hat.

Johannes Remmel (GRÜNE): Wir haben hier § 12 des Korruptionsbekämpfungsgesetzes. Da steht einerseits etwas von Tatsachen und andererseits, dass der Leiter einer Behörde – ich vermute, der Leiter des Ministeriums sind Sie – solche Weitergaben macht. Ich zitiere aus dem Ausschussprotokoll vom 04.12.2009, Ausschussprotokoll 14/1015, Seite 25. Hier frage ich den Zeugen Zenker bezogen auf die Weitergabe von Sachverhalten durch das MUNLV:

Projekte – ist klar, dazu gab es ja auch entsprechende Vermerke. Aber dass es sozusagen einen Hinweis gab, weitere Verdachtsmomente zu nennen, die insbesondere den Korruptionsverdacht untermauern, also eine Aufforderung, eigene weitere Recherchen im MUNLV anzustellen?

Zeuge Zenker antwortet hier: Nein, ist mir nicht bekannt. –

Ich frage Sie deshalb: Warum haben Sie, das MUNLV, ohne Aufforderung eigene Ermittlungen im Hause angestellt – beispielsweise die Befragung von Herrn Bayram – und aus eigenem Antrieb Verdachtsmomente,

(Karl Kress [CDU]: Fünf Jahre zu spät!)

die sich allerdings nicht bestätigt haben, weitergegeben?

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Die Frage geht an Herrn Uhlenberg.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, ich kann noch einmal wiederholen, was ich eben gesagt habe – damit ist die Frage auch beantwortet –, dass meine Mitarbeiter im Rahmen des Korruptionsbekämpfungsgesetzes und der einschlägigen Vorschriften, auch des Innenministeriums, ihrer Pflicht nachgegangen sind und dass es von mir nie irgendeine politische Einflussnahme oder irgendwelche Gespräche gegeben hat. Sie haben die Frage jetzt mir als Minister gestellt. Ich sage Ihnen noch einmal: Ich habe an keiner Stelle und an keinem Ort irgendein Gespräch mit irgendeiner Behörde geführt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ja, aber das Korruptionsbekämpfungsgesetz ist extra so formuliert, damit es nicht irgendwie ein Anschwärzen von Mitarbeitern der Vorgesetzten gibt, dass der Leiter der Behörde die Sachverhalte weitergibt. Ich frage Sie als Leiter der Behörde: Warum haben Sie die Sachverhalte nicht von sich aus weitergegeben, sondern Mitarbeiter? Hatten Sie Kenntnis davon?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich glaube, dass es richtig war, dass der Chef des Ministeriums – der Staatssekretär ist Chef der Verwaltung, der Minister ist der Chef des gesamten Hauses – sich nicht in einen solchen Prozess begibt und dass die dafür zuständigen Mitarbeiter, die auch gegenüber dem Minister und dem Staatssekretär unabhängig sind, diesen Fall bearbeitet haben. Ich hätte es als völlig fatal und völlig falsch angesehen, wenn ich mich als Minister in diesen Prozess eingeklinkt hätte. Deswegen habe ich das nie getan. Es hat für mich auch überhaupt keinen Anlass gegeben, das zu tun, weil die Gründe, weshalb wir uns von Herrn Dr. Friedrich getrennt haben, andere sind.

Johannes Remmel (GRÜNE): Waren Sie denn darüber informiert, dass Ermittlungen in Ihrem Hause im Vorfeld der Strafanzeige stattfinden, ...

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich habe ...

Johannes Remmel (GRÜNE): ... beispielsweise die Vernehmung von Herrn Bayram durch Herrn Günther oder die PC-Durchsuchung? Waren Sie über diese Vorgänge informiert?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich habe mitbekommen, nachdem dieser Artikel in der „Bild“-Zeitung stand, dass sich das Landeskriminalamt bei uns im Haus gemeldet hat, ja.

Johannes Remmel (GRÜNE): Waren Sie über eigene Ermittlungen im Haus informiert?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Bitte?

Johannes Remmel (GRÜNE): Waren Sie über eigene Ermittlungen im Haus, nicht durch das Landeskriminalamt, durch Herrn Günther oder wen auch immer beispielsweise über die hausinterne Vernehmung von Herrn Bayram informiert?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein, darüber war ich nicht informiert. Ich habe mir hinterher das Ergebnis vortragen lassen, weshalb wir uns von Herrn Dr. Friedrich trennen. Die Punkte habe ich eben genannt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Nochmals: Als Leiter der Behörde waren Sie über die Korruptionsvorwürfe, die im Haus ermittelt worden sind und die dann weitergegeben worden sind, informiert?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Es hat immer wieder Hinweise gegeben, was Herrn Dr. Friedrich angeht. Aber ich habe dem nie eine besondere Bedeutung beigemessen. Die Gründe, weshalb wir uns von Herrn Dr. Friedrich getrennt haben, haben nichts mit Korruption zu tun, sondern das sind die beiden Punkte, die ich jetzt schon mehrmals genannt habe.

Aber wenn es da irgendwelche Vorwürfe gegeben hat, dass man denen auch nachgegangen ist: Was erwarten Sie denn eigentlich von mir?

Johannes Remmel (GRÜNE): Na ja, im Korruptionsbekämpfungsgesetz steht extra, dass der Leiter der Behörde diese Vorgänge an das Landeskriminalamt weitergibt, ...

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ja, der Leiter der Behörde ...

Johannes Remmel (GRÜNE): ... um etwas ganz Bestimmtes zu verhindern, nämlich dass es Anschwärmungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, ...

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ja.

Johannes Remmel (GRÜNE): ... von Abteilungsleitern und so etwas gibt. Das ist bewusst so gemacht. Sie muss ich nun ansprechen als Leiter der Behörde.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich habe überhaupt keinen Zweifel, Herr Abgeordneter, dass die Mitarbeiter des Hauses, insbesondere in dem Bereich von Dr. Günther, hier angemessen gearbeitet haben.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Vielen Dank, Herr Kollege Rimmel, für Ihre Fragen. – Als Nächster hat sich Kollege Ellerbrock gemeldet.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Minister, Sie sprachen eben einen Vorgang an: Landesrechnungshof. Wenn eine Anfrage des Landesrechnungshofs in Ihr Haus kommt – wissen Sie, wie die bearbeitet wird?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ja. Der normale Vorgang ist natürlich, Herr Abgeordneter Ellerbrock, dass dies direkt dem Staatssekretär mitgeteilt wird.

Holger Ellerbrock (FDP): Habe ich denn jetzt das Handeln von Herrn Dr. Friedrich so zu verstehen, dass er eigenmächtig eine besondere Art der Verwaltungsvereinfachung vorgenommen ...

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Ellerbrock!

Holger Ellerbrock (FDP): Hat Herr Dr. Friedrich im Vorgriff auf eine von Ihnen beabsichtigte Verwaltungsvereinfachung als Beschuldigter zu Recht die Anfrage des Landesrechnungshofs eigenständig ohne Einschaltung der zuständigen Referate und des Staatssekretärs selbst beantwortet?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Mit welcher Intention Herr Dr. Friedrich das getan hat, Herr Abgeordneter Ellerbrock, kann ich natürlich nicht sagen. Aber er hat es nicht mitgeteilt.

Holger Ellerbrock (FDP): Ist es ein übliches Verfahren, dass man solche Verwaltungsvereinfachungsgedanken schon umsetzt?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich weiß nicht, ob Herr Dr. Friedrich besonders im liberalen Sinne Ihrer politischen Arbeit das Thema Verwaltungsvereinfachung auf seiner politischen Agenda hat. Das kann ich mir kaum vorstellen. Das ist für mich auch nicht so wichtig. Für mich ist nur entscheidend, dass er das der Hausspitze nicht mitgeteilt hat. Das ist schon ein besonderer Vorgang: Da gibt es ein Schreiben des Landesrechnungshofs, und das wird nicht weitergegeben. Das war einer der gravierenden Punkte.

Holger Ellerbrock (FDP): Ja, okay. – Ist Ihnen bekannt, dass es im Zusammenhang mit dem Vorhalt des Kollegen Rimmel hinsichtlich der Nebentätigkeit ein Schreiben gab, auf dem der Staatssekretär anfangs die Zustimmung vermerkt hatte, der

Staatssekretär aber in der Aussage letzten Freitag deutlich gemacht hat und nachweisen konnte, dass er diese Zusage unverzüglich zurückgenommen hatte, nachdem ihm Vorkommnisse im Hause bekannt waren, die auf Unkorrektheiten abzielten, die es ihm unmöglich machten, eine so globale Zustimmung zu geben? Ist Ihnen das bekannt?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ja, das war ja das Problem, Herr Abgeordneter Remmel, dass es immer wieder Vorgänge gegeben hat, bei denen der Staatssekretär in den ersten Gesprächen mit Herrn Dr. Friedrich nicht vollständig informiert worden ist, sondern es bedurfte immer einiger Hinweise aus dem Haus. Daraufhin hat es dann weitere Gespräche mit Herrn Dr. Friedrich gegeben. Die waren etwas vollständiger.

Holger Ellerbrock (FDP): Billigen Sie denn auch heute noch die Art der Amtshilfe bzw. die nach § 12 Antikorruptionsgesetz in Kombination mit diesem § 5, den unser Vorsitzender eben dankenswerterweise vorgelesen hat, notwendige Zusammenarbeit Ihres Hauses mit dem LKA? Billigen Sie das auch angesichts der heutigen Situation noch?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich kann das überhaupt nicht beurteilen, weil ich nie Kontakt zum LKA gehabt habe. Deswegen kann ich auch die Form oder die Intensität der Zusammenarbeit überhaupt nicht beurteilen.

Holger Ellerbrock (FDP): Der Abgeordnete Remmel hat ein Schreiben von mir in Zusammenhang mit der Verwendung der Abwasserabgabe, das ich an Sie geschickt hatte, eingeführt, das durch ein Büroversehen hier nicht beigegeben ist. Ist Ihnen aus unseren Gesprächen – ich sage jetzt ganz bewusst: aus unseren Gesprächen –, die wir geführt hatten, bekannt, dass wir immer deutlich gemacht haben oder dass mir daran gelegen war, hier vollständig, vorbehaltlos, offen und sachlich an der Aufklärung mitzuarbeiten? Sehen Sie das auch als Maßnahme von mir, dass ich das dem Kollegen Remmel und auch dem Herrn Staatssekretär zur Kenntnis gegeben habe?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ach, Herr Abgeordneter Ellerbrock, das machen Sie besser mit dem Abgeordneten Remmel aus. Was soll ich dazu sagen?

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Ich wäre gern dabei gewesen!)

Holger Ellerbrock (FDP): Können wir machen. – Dann ist noch eine ... Nein, das hebe ich mir für gleich auf. Erst einmal Schluss. Danke.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Vielen Dank, Herr Ellerbrock. – Als Nächster ist dann Herr Gatter dran.

Stephan Gatter (SPD): Herr Minister, Sie haben jetzt immer wieder die zwei Gründe betont, warum sich das Ministerium von Dr. Friedrich getrennt hat, ...

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ein bisschen lauter.

(Zuruf: Mikro!)

Stephan Gatter (SPD): ... warum sich das Ministerium von Dr. Friedrich getrennt hat. Sie haben sehr deutlich diesen Einstellungsbetrug genannt. Können Sie mir einmal sagen, was Einstellungsbetrug ist?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ja, wie das in diesem Zusammenhang offensichtlich gelaufen ist, dass Herr Dr. Friedrich mit der Kandidatin für ein ganz bestimmtes Amt im Vorfeld ein Telefongespräch geführt hat, sie auch über bestimmte Kriterien informiert hat, die bei der Einstellung und bei dem Verfahren, das damit verbunden ist, notwendig sind.

Stephan Gatter (SPD): Als Nichtjurist habe ich nachgefragt, ob es überhaupt Einstellungsbetrug im juristischen Sinne gibt. Mir ist gesagt worden: Ja, das gibt es, wenn man sich – ich nenne ein Beispiel – für ein Krankenhaus bewirbt, man eine Unterlage vorlegt, dass man Arzt wäre, und sich danach herausstellt, dass man kein Arzt ist. Dann wäre das Einstellungsbetrug.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Aha.

Stephan Gatter (SPD): Wo ist denn in diesem Fall irgendetwas vorgelegt worden, was nicht gestimmt hat?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Wenn ein Abteilungsleiter im Rahmen eines Einstellungsverfahrens durch intensiven Kontakt mit demjenigen, der sich um eine Stelle bewirbt, dazu beiträgt, dass er nicht mehr die gleichen Chancen und Voraussetzungen hat wie die anderen Bewerber, und von daher auch ein solches Einstellungsverfahren, das schon eine bestimmte Bedeutung in einem Haus hat, beeinflusst, dann halte ich das schon für sehr problematisch. Das darf ein Abteilungsleiter nicht tun. Ein Minister muss immer davon ausgehen können, dass ein Einstellungsverfahren, das von einem Abteilungsleiter durchgeführt wird, auch objektiv durchgeführt wird. Das war in diesem Fall nicht gegeben.

Das hatte dazu geführt, dass die Person, die davon betroffen war, damit nicht leben konnte. Sie hat sich hinterher im Hause, also beim Staatssekretär bzw. bei Herrn Dr. Günther – das kann ich jetzt nicht genau sagen – gemeldet und gesagt: Das ist für mich keine Basis für eine langjährige und langfristige Zusammenarbeit hier im Haus.

Stephan Gatter (SPD): Ist Ihnen aus diesem Arbeitsgerichtsprozess das Schreiben des Anwalts von Dr. Friedrich, Wille, in dem Rechtsstreit Dr. Friedrich gegen das Land Nordrhein-Westfalen bekannt? Das sind diese berühmten 35 Seiten, die bei der Vernehmung von dem Zeugen Wille eine Rolle gespielt haben. Kennen Sie die?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein, ich kenne das Schreiben nicht.

Stephan Gatter (SPD): Dann möchte ich gerne einmal aus diesem Schreiben zitieren. Wir suchen gerade mühsam; aber wir alle wissen, wovon wir reden.

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Was wollen Sie denn fragen?)

Dabei möchte ich thematisieren, um noch einmal auf diesen Einstellungsbetrug zurückzukommen: Die Zeugin Delpino, die auch Zeugin in diesem Untersuchungsausschuss war, hat einen Brief an den Herrn Staatssekretär geschrieben. Den möchte ich einmal ganz kurz zitieren. Das hatten wir auch gestern das letzte Mal schon:

Sehr geehrter Herr Dr. Schink, nach Auskunft von Herrn Dr. ...

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Gatter, da bräuchte ich jetzt aber doch die Fundstelle.

Stephan Gatter (SPD): Das ist Seite 9.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ist das aus dem Schreiben von Rechtsanwalt Wille?

Stephan Gatter (SPD): Das ist aus dem Schreiben von dem Rechtsanwalt.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Das ist dann MUNLV 3, Seite 509 ff.

(Karl Kress [CDU]: Ist das die parteiliche Stellungnahme von Herrn Wille?)

Stephan Gatter (SPD): Nein, was ich jetzt vorlesen möchte, ist das Schreiben von Frau Delpino an Herrn Dr. Schink. Ich habe es hier drin nur als Kopie. Aber entschuldigen Sie bitte, wir haben uns schon so oft über dieses Schreiben unterhalten, dass wohl keiner mehr bestreiten wird, dass es dieses Schreiben gibt.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Es ist also in diesen Schriftsatz von Rechtsanwalt Wille eingebaut?

Stephan Gatter (SPD): Im Schriftsatz von Rechtsanwalt Wille ist es auf der Seite ... Also in den Akten ist es Seite 9.119.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Danke.

Stephan Gatter (SPD): Sehr geehrter Herr Dr. Schink, nach Auskunft von Herrn Dr. Günther heute Nachmittag scheint ein strafrechtliches Verfahren gegen Herrn F. momentan nicht eingeleitet werden zu können. Er „sammelt“ mit Frau Wender und Frau Meyer-Mönnich allgemeine Verfehlungen. Eine abschließende Bewertung konnte er mir noch nicht mitteilen. Hierzu dient ja auch das Gespräch mit Ihnen heute Morgen um 11 Uhr. Falls Sie nach Durchsicht der gesammelten Unterlagen der Meinung sind, dass es vielleicht zu wenig sein könnte, gebe ich Ihnen noch folgende Information: Bei dem AC-Verfahren

– AC-Verfahren ist die Abkürzung für, das habe ich noch einmal nachgesehen, Assessment-Center-Verfahren –

gibt Herr Dr. F. die Interviewfragen- und Antworten vorher weiter. Dies geschah in meinem Falle am Abend vor dem Auswahltermin 14.06.2004. Er rief mich zu Hause an und diktierte mir sowohl die Fragen wie auch die gewünschten Antworten. –

Das ist also das, was Sie mit dem Fall meinen, dass es einen Einstellungsbetrug gegeben hat. Ist Ihnen von Ihrem Staatssekretär oder von irgendjemandem wenigstens inhaltlich gesagt worden, wie die Erwiderung von dem Vertreter, dem Anwalt von Dr. Friedrich, darauf war?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein, ich habe mich dann um diese Detailfragen nicht gekümmert. Aber es ist doch völlig klar, dass der Anwalt Herrn Dr. Friedrich in Schutz nimmt. Aber für mich als Minister ist einfach klar, wenn jemand auf diese Art und Weise Mitarbeiter einstellt, dass er nicht mehr das Vertrauen der Hauspitze als Abteilungsleiter haben kann. Das ist doch der entscheidende Punkt.

Stephan Gatter (SPD): Ja, das ist okay. Aber da Sie so massiv diesen Einstellungsbetrug benennen, möchte ich doch schon ganz gerne wissen, ob auch klar ist, dass es eben kein Einstellungsbetrug war, weil es nämlich gar kein Assessment-Center-Verfahren gewesen ist, sondern ein normales Vorstellungsgespräch.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Aber es kann trotzdem nicht sein, dass jemand als Abteilungsleiter einem Kandidaten im Gegensatz zu den anderen vorher bestimmte Fragen zuschickt und dazu beiträgt, dass es kein geordnetes Einstellungsverfahren mehr gibt. Das geht einfach nicht in so einem Haus. Herr Abgeordneter, wenn sich das herumspricht, macht das jeder. Dann können Sie den Laden auflösen. Ich kenne diese 35 Seiten nicht; aber meine Lebenserfahrung sagt, dass so etwas im Haus nicht geht.

Stephan Gatter (SPD): In diesem Schreiben stellt der Rechtsanwalt auch klar, dass es übrigens auch ein Gespräch zwischen Dr. Friedrich und Dr. Büther gegeben hat, bei dem ihm die gleichen Sachen gesagt worden sind wie Frau Delpino.

Mich interessiert dabei nur Folgendes: Sie kennen das Schreiben nicht. Man kann bewerten und einschätzen, wie man will, was ein Anwalt macht. Das darf und tue ich hier nicht. Aber dieses Schreiben ist zum Beispiel auch nicht den Ermittlungsbehörden gegeben worden, sondern erst auf Nachfrage des Generalstaatsanwaltes, der sagte: Hallo? Wieso sind nicht auch entlastende Dokumente in die Ermittlungsakten aufgenommen worden? – Denn wenn man das liest – und das würde ich Ihnen empfehlen: lesen Sie es noch einmal –, ist vielleicht dieser massive Vorwurf des Einstellungsbetrugs nicht mehr ganz so krass, wie er hier in der Öffentlichkeit dar ...

(Zuruf)

– Welche Zwischenfrage war das jetzt?

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Kommen Sie mal zu Ihrer Frage, Herr Gatter.

Stephan Gatter (SPD): Ich möchte einfach zu der Frage kommen, ob Sie diesen harten Begriff „Einstellungsbetrug“ nach juristischer Bewertung aufrechterhalten. Denn er ist in der Öffentlichkeit dargestellt worden.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich bin kein Jurist.

Stephan Gatter (SPD): Ich auch nicht.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Aber ich kann es als Minister nicht akzeptieren, dass ich das Gefühl habe, dass Abteilungsleiter Damen und Herren bei uns im Haus für eine ganz wichtige Position einstellen und die vorher ungleich behandelt werden: Dem einen schickt man die Fragen zu und informiert ihn und andere nicht. Das geht einfach nicht. Deswegen kann ich das als Minister nicht akzeptieren.

Das hat ja offensichtlich auch Herr Dr. Friedrich selber erkannt. Sonst hätte er dem Vergleich mit diesen 75.000 € auch nicht zugestimmt, denn die 75.000 €, die wir gezahlt haben – das muss man auch einmal sagen –, waren nicht viel Geld. Er hat offensichtlich selber eingesehen, dass er sich da falsch verhalten hat. Sonst hätte er es ja nicht getan.

Stephan Gatter (SPD): Diese Bemerkung ist wie die Münze mit zwei Seiten: Man kann auch genauso daraus schließen, dass Sie als Ministerium eingesehen haben, dass man sich mit Dr. Friedrich einigen müsste, weil die Vorwürfe nicht korrekt sind. Deswegen ...

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Das ist eine Einigung gewesen. Wie das dann in einem solchen Verfahren ... Ich bin selber bei einem solchen arbeitsrechtlichen Verfahren noch nie dabei gewesen. Das ist eine Einigung gewesen: Ein Abteilungsleiter, der eine B7-Stelle hatte und, ich glaube, monatlich mit 7.500 € nach Hause gegangen ist,

hat bei einer langen beruflichen Perspektive 75.000 € bekommt, die er zu versteuern hatte. Dass Dr. Friedrich dem zugestimmt hat, macht ja auch einiges deutlich.

Stephan Gatter (SPD): Bei diesem schweren ... Bei dem Vorwurf oder der Feststellung des Einstellungsbetruges gibt es ja immer zwei: Denjenigen, der den Betrug aktiv begeht, indem er zum Beispiel Sachen weitergibt, und denjenigen, der einen Nutzen von diesem Betrug hat.

Nun ist hier im Ausschuss dargestellt worden, dass der Staatssekretär und der Mann für Recht und Ordnung in diesem Ministerium, Dr. Günther, sagten, Frau Delpino wäre nicht Täter, sondern Opfer. Deswegen wären keine disziplinarrechtlichen Maßnahmen gegen sie erwogen worden. – Ist das auch Ihre Meinung?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ja, das ist auch meine Auffassung. Frau Delpino ist auch hier gewesen. Ich denke, Sie haben sie und den Vorgesetzten oder den zuständigen Referatsleiter Dr. Günther auch dazu befragt. Ich glaube: Das ist so richtig.

Stephan Gatter (SPD): Sie sind sicher, dass man, wenn man nicht auch gegen sie ermittelt, nicht gegen Vorschriften verstößt?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Das kann ich nicht beurteilen. Das ist eine juristische Frage. Sicherlich hat Frau Delpino am Anfang auch Fehler gemacht; das ist doch völlig klar. Wenn ich mich zunächst auf so ein Verfahren einlasse, ist das nicht in Ordnung, nur: Sie ist geständig. Sie konnte mit dieser Situation – sie hat einen Fehler begangen – nicht leben und hat sich offenbart.

Stephan Gatter (SPD): Kennen Sie sich in den Vorschriften des Disziplinarrechts in Ihrem Ministerium gut aus?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Überhaupt nicht.

Stephan Gatter (SPD): Dann haben Sie vielleicht etwas gemeinsam mit Ihrem Abteilungsleiter I, der auch erst sagte, er hätte davon keine Ahnung von.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, ich bin kein Verwaltungsfachmann.

Stephan Gatter (SPD): Das macht Sie ja auch so sympathisch.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich bin Landwirtschaftsmeister, ich bin Landwirt, ich bin erfahrener Politiker; ich nehme das mal für mich in Anspruch, ohne überheblich zu sein. Das ist mein Ding. Ich habe als Landwirt meinen Betrieb geführt, ein kleines mittelständisches Unternehmen. Aber ich habe nie im Rahmen von Verwaltung gear-

beitet; das ist mir auch ein bisschen fremd geblieben. Aber inzwischen kenne ich die Vorgänge im Haus. Ich musste auch erst lernen, als ich kam.

Stephan Gatter (SPD): Da Sie gerade sagten, Sie sind ein politisch denkender Mensch – was ja auch korrekt ist –: Wie schätzen Sie denn die Tatsache ein – wenn es eine Frist von zwei Jahren für eine bestimmte Meldung von Unregelmäßigkeiten gibt und einem, wenn man diese zwei Jahre überschreitet, nichts mehr passieren kann –, dass die Offenbarung von Frau Delpino nach zwei Jahren und zwei Tagen kam?

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Welche Frist ist das denn?)

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich kann das jetzt nicht beurteilen. Aber wenn man eine Sünde begangen hat, ist es umso besser, wenn man schnell zum Beichten geht. Das erleichtert; dann kann man besser schlafen.

(Heiterkeit)

Stephan Gatter (SPD): Okay. Aber da wir gerade bei dem Stichwort „Sünden und Beichten“ sind: Sie haben sich eben wie auch schon einmal im Plenum sehr bei den Mitarbeitern Ihres Ministeriums dafür bedankt, dass sie bestimmte Gerüchte an das LKA weitergegeben haben, und sich dabei auf das Antikorruptionsgesetz berufen. Das ist die eine Seite der Medaille.

Die andere Seite der Medaille ist – einmal ganz abstrakt formuliert –: Man hat zwar den Vorschriften oder den Möglichkeiten des Antikorruptionsgesetzes Rechnung getragen, aber durch die Vorwürfe, die sich danach als völlig haltlos erwiesen, einen relativ großen Apparat in Bewegung gesetzt. Ich meine jetzt ganz konkret den Vorwurf Smart, Laptop, Reise, also alles Sachen, die auch unter Korruption gelaufen sind.

Jetzt einmal ganz abstrakt die Frage: Sind Sie Ihren Mitarbeitern denn auch dankbar, dafür, dass sie das gemacht haben, nachdem Sie gesehen haben, was für ein Riesenaufwand betrieben worden ist – mit 270 Beamten usw., das alles kennen wir ja unterdessen – und dass dabei am Schluss in diesen Fragen überhaupt nichts herauskommt?

(Zuruf von Karl Kress [CDU])

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, ich darf noch einmal wiederholen, dass die Mitarbeiter bei mir im Haus richtig gehandelt haben. Ich sage aber auch gerne: Ich habe auch nicht damit gerechnet, was das Ganze für Auswirkungen hatte. Ich habe nie mit einer Verhaftung von Herrn Dr. Friedrich gerechnet. Ich kann mich noch gut an den Tag erinnern: Ich war in Paderborn und habe ein Rückhaltebecken eröffnet, als der Anruf kam: Dr. Friedrich ist verhaftet worden. – Wir waren zusammen, glaube ich, in Paderborn bei dem Rückhaltebecken.

Für mich war der Vorgang Friedrich nach dieser gemeinsamen Erklärung vom 25.10.2006 abgeschlossen. Das andere war zwei Jahre später. Ich habe da gar nicht

mehr dran gedacht. Als ich den Anruf bekam, Dr. Friedrich ist verhaftet worden, habe ich mich gewundert. Ich kenne alle diese Dinge nicht im Zusammenhang mit Korruption. Ich habe mich nie darum gekümmert.

Mir oder uns ist ja auf der einen Seite immer der Vorwurf gemacht worden, da ist zu viel gemacht worden, bis hin zu der gewissen Kritik, die Sie gerade angeführt haben, was das Einstellungsverfahren angeht. Das hätte man auch anders sehen können. Ich sehe es anders.

Auf der anderen Seite ist gesagt worden: Eigentlich tut ihr da gar nicht genug als Ministerium. In diesem Spannungsfeld haben wir uns bewegt. Ich würde noch einmal eine Pressemitteilung der SPD-Landtagsfraktion vorlesen, wenn ich das darf, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Bitte.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Die SPD sieht weiterhin eine Reihe ungeklärter Fragen. So war die Leitung des Ministeriums offensichtlich im Umgang mit einer vom Landesrechnungshof weitergeleiteten anonymen Anzeige überfordert.

– Wir hätten also mehr machen sollen. –

Die Sondersitzung hat gezeigt, dass der inzwischen inhaftierte Abteilungsleiter wohl unter besonderem Schutz des Ministers stand und steht. –

Das ist eine Mitteilung der SPD-Landtagsfraktion vom 09.06.2008 mit dem Bild der Abgeordneten Schulze. Was soll ich eigentlich alles machen? Auf der einen Seite wirft man mir vor: Ihr macht zu viel. Auf der anderen Seite wird gesagt: Der Abteilungsleiter stand und steht unter dem besonderen Schutz des Ministers.

Ich glaube, das war eine harte Zeit. Ich hoffe, dass mir so etwas ... Ich will das jetzt nicht für das gesamte Haus vertiefen. Aber ich glaube, dass die Entscheidung, uns von Herrn Dr. Friedrich zu trennen – vor dem Hintergrund dieser beiden Punkte, die ich jetzt mehrmals genannt habe – richtig war. Mehr kann ich dazu eigentlich gar nicht sagen.

Stephan Gatter (SPD): Ach, wissen Sie, Herr Minister: Das ist jetzt etwas dumm. Denn ich darf Ihnen jetzt nicht die Antwort auf Ihre Frage geben, weil Sie die Pressemitteilung zitiert haben. Dann meinen die Kollegen wieder, ich würde hier unzulässigerweise Bewertungen abgeben. Das können wir vielleicht nachher in einem Vieraugengespräch machen. Dann kann keiner sagen, ich hätte irgendetwas bewertet oder sonst etwas. Unterdessen habe ich gelernt, wie die Kollegen da agieren.

Aber mich interessiert noch eine Frage: Ist es eigentlich üblich, dass ... Herr Dr. Schink hat es gestern gemacht, und Sie haben eigentlich auch so etwas angedeutet, dass es doch ein etwas gestörtes Verhältnis zwischen Dr. Friedrich und Mitarbeitern, Wasserverbänden und anderen Beispielen gab. Ist es eigentlich üblich, dass bei einem gestörten Arbeitsklima in Ihrem Ministerium Handakten über Kollegen geführt werden? – Ich will auch beweisen, warum ich das meine: Frau Frotscher-

Hoof hat hier im Untersuchungsausschuss ausgesagt – das ist ihre Vernehmung vom 06.11.2009, Seite 100 –, dass sie gegen Dr. Friedrich Verfehlungen gesammelt hat und zwar auf Empfehlung des Abteilungsleiters I hin.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Das kann ich nicht beurteilen. Ich habe keine solche Akte angelegt.

Stephan Gatter (SPD): Meinen Sie, dass das zum Beispiel auch etwas ist, was vom Antikorruptionsgesetz oder der Vorschrift gedeckt wird?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich glaube, dass das Antikorruptionsgesetz auch gerade in dieser Situation von den Mitarbeitern des Hauses erwartet hat, dass alle Vorgänge, die im Zusammenhang mit Vorgängen, die nicht in Ordnung sind, aufgeführt werden. Stellen Sie sich mal vor, die machen das nicht, was wir dann für eine Debatte haben. Man muss sich ja immer die Alternative vorstellen.

Stephan Gatter (SPD): Das Problem dabei ist, dass ich jetzt einen Begriff einbringen muss, über den wir uns sehr trefflich streiten, nämlich „sammeln“. Einige Zeugen haben davon geredet, dass gesammelt worden ist, andere Zeugen haben das massiv bestritten, dass überhaupt gesammelt worden ist, geschweige denn dass es Anweisungen zum Sammeln gegeben hat. Ich habe gerade Frau Delpino zitiert: Sie redete auch von „sammeln“ in ihrem Schreiben an den Staatssekretär. Haben Sie etwas von diesem Sammeln gewusst oder gehört?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein.

Stephan Gatter (SPD): Dann höre ich jetzt auf, um den anderen Kollegen auch Möglichkeit zu geben, vor der Mittagspause Fragen zu stellen. Dann würde ich nachher darauf zurückkommen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Vielen Dank, Herr Gatter. – Als nächstes ist Herr Hegemann dran.

Lothar Hegemann (CDU): Herr Minister, ist Ihnen bekannt, dass in den letzten Legislaturperioden, vor 2005, von verschiedenen Fraktionen Klage darüber geführt worden ist, dass Anfragen und Schriftwechsel mit dem Hause, damals unter der Leitung von Frau Höhn, nicht beantwortet oder erst auf Drängen des Landtagspräsidenten beantwortet wurden? Und ist Ihnen in der Zwischenzeit bekannt, dass das daran lag, dass angeblich Herr Dr. Friedrich die Freigabe für solche Schreiben nicht gegeben hat an Abgeordnete?

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Kollege Hegemann, ich muss diese Frage als unzulässig rügen, da Sie sich auf eine Zeit bezieht, die außerhalb unseres Untersuchungszeitraums liegt, wie Fragen von Frau Höhn beantwortet worden sind.

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Darin besteht doch ein Zusammenhang!)

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich kann nicht antworten. Ich möchte keinen Fehler machen. Herr Vorsitzender, Sie haben die Frage kritisiert.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ich habe diese Frage gerügt.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich bin zum ersten Mal in meinem Leben in einem Untersuchungsausschuss. Deswegen weiß ich nicht, ob ich etwas ...

Wolfgang Schmitz (CDU): Ich halte die Frage für zulässig. Dann müssen wir eine Pause machen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Dann müssen wir unterbrechen und darüber abstimmen. Wir unterbrechen kurz die Sitzung. Herr Uhlenberg, ich darf Sie bitten, kurz vor die Tür zu gehen.

(Es schließt sich ein nichtöffentlicher Sitzungsteil – siehe nöAPr 14/231 – an.)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Meine Damen und Herren, wir setzen unsere öffentliche Beweisaufnahme fort. Herr Uhlenberg, die zu Beginn der Sitzung gemachten Belehrungen hinsichtlich Ihrer Rechte und Pflichten als Zeuge gelten natürlich auch nach der Unterbrechung weiter. Herr Kollege Hegemann hat Gelegenheit, an Sie Fragen zu stellen. Bitte sehr, Herr Hegemann.

Lothar Hegemann (CDU): Herr Minister, haben Sie mit Herrn Dr. Friedrich während des Untersuchungszeitraums über die Tatsache gesprochen, dass er sich in früheren Jahren bei Briefen, Anfragen von Abgeordneten vorbehalten hat, abzuzeichnen, bevor sie an die Abgeordneten rausgehen? Haben Sie mit Herrn Dr. Friedrich darüber mal gesprochen?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, Sie haben gerade die Frage gestellt: während des Untersuchungszeitraums. – Was meinen Sie damit? Ich habe, seit Herr Dr. Friedrich bei uns aus dem Haus ausgeschieden ist und auch schon einige Wochen und Monate vorher, mit ihm keinen Kontakt mehr gehabt. Ich habe mit ihm auch nicht darüber gesprochen, dass die Beantwortung von Briefen und Kleinen Anfragen vor dem Regierungswechsel offensichtlich länger gedauert hat, als das heute der Fall ist. Darüber habe ich mich mit ihm nicht unterhalten, nein. Ich war ja davon ausgegangen, wenn ich ins Haus komme, dass das besser wird.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Noch weitere Fragen, Herr Hegemann? – Dann ist Herr Kollege Rimmel jetzt dran.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Ich würde gerne aufrufen Staatskanzlei Band 5 Blatt 5. Auf Seite 3 eines Gutachtens, das das MUNLV in Auftrag gegeben hat bei der Firma Freshfields – also nicht von der Staatskanzlei, sondern das Gutachten vom MUNLV – steht:

In den Jahren 2003 bis 2006 soll es zu Unregelmäßigkeiten bei der Verwendung aus Mitteln der Abwasserabgabe durch das Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (im folgenden Landesministerium) gekommen sein. Aufgrund erster Anhaltspunkte hierzu wurden Ende des Jahres 2005 interne Ermittlungen im Landesministerium aufgenommen.

Welche Kenntnisse hatten Sie von den ersten internen Ermittlungen Ende des Jahres 2005 in Ihrem Ministerium? Welche Kenntnis davon haben Sie?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Zunächst, Herr Abgeordneter Rimmel, haben Sie persönlich großen Wert darauf gelegt, dass die Arbeit dieses Untersuchungsausschusses erst ab dem Jahr 2005 beginnt. Sie haben gerade zitiert: 2003 bis 2006. – Das möchte ich zunächst einmal sagen. Es wäre vielleicht auch interessant gewesen, den Zeitraum vorher ein bisschen zu untersuchen. Aber es hat wohl bestimmte Gründe gegeben, weshalb Sie darauf keinen Wert gelegt haben.

Ich kann zu diesen Vorwürfen überhaupt nichts sagen. Ich kann Ihnen nur sagen, dass Herr Staatssekretär den Präsidenten des LANUV angewiesen hat, bis zum 18. Februar einen Bericht dazu vorzulegen. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Darum geht es gar nicht. Hier steht:

Aufgrund erster Anhaltspunkte hierzu wurden Ende des Jahres 2005 interne Ermittlungen im Landesministerium aufgenommen.

In einem Gutachten, das Sie selbst in Auftrag gegeben haben, also Ihr Haus, steht, dass es bereits seit Ende 2005 hausinterne Ermittlungen gegen Herrn Dr. Friedrich gibt. Ich will wissen, welchen Kenntnisstand ...

(Referent Prof. Dr. Andreas Jurgeleit [CDU-Fraktion]: Falscher Vorhalt!)

– Ich lese das noch einmal vor:

Aufgrund erster Anhaltspunkte hierzu wurden Ende des Jahres 2005 interne Ermittlungen im Landesministerium aufgenommen.

Deshalb frage ich den Minister, welche Kenntnis er von der hausinternen Ermittlung Ende des Jahres 2005 hat.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich habe keine Kenntnisse.

Johannes Remmel (GRÜNE): Das heißt, es haben hausinterne Ermittlungen gegen einen Abteilungsleiter stattgefunden ...

(Unruhe von der CDU)

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein. Das steht auch nicht drin in dem Text.

Johannes Remmel (GRÜNE): ... zu Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit der Verwendung von Mitteln der Abwasserabgabe stattgefunden, ohne dass Sie davon Kenntnis hatten?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Aber hier ist gerade durch die Herren deutlich gemacht worden, dass der Text anders ist, als Sie ihn gerade vorgelesen haben.

Johannes Remmel (GRÜNE): Nein, den Text habe ich genauso vorgelesen, wie er hier steht.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Und noch mal: Ich habe eben darauf hingewiesen, dass der Staatssekretär vor dem Hintergrund der Vorwürfe, die Herr Dr. Friedrich wohl neulich im Untersuchungsausschuss getan hat, was das Vergabeverfahren angeht, während seiner Amtszeit – ich war ja noch gar nicht da –, ... dass das bei uns im Hause aufgearbeitet wird. Ich hatte davon keine Kenntnis.

Johannes Remmel (GRÜNE): Das wird hier doch ganz klar. Der Landesrechnungshof bekommt anonyme Hinweise, Landeskriminalamt, staatsanwaltschaftliche Ermittlungen – die ganze Geschichte wird am Anfang ausgebreitet. Ich kann das auch alles noch mal vorlesen. Aber hier steht: Ende des Jahres 2005 interne Ermittlungen im Landesministerium.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Davon ist mir nichts bekannt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich frage den zuständigen Minister, ob er davon Kenntnis hatte, dass es bereits Ende des Jahres 2005 interne Ermittlungen in seinem Ministerium gab.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Sie meinen Freshfields als externer Gutachter! Welche Seite?)

Johannes Remmel (GRÜNE): Seite 3. Staatskanzlei Band 5, Blatt 5. – Ich wollte ja nur fragen ...

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich kann nur sagen: Wenn es Hinweise gegeben hat, dann hoffe ich, dass solche Ermittlungen auch aufgenommen werden.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich frage danach, ob der zuständige Minister von hausinternen Ermittlungen Kenntnis hat. – Sie haben es ja beantwortet.

Dann würde ich gerne noch mal auf den bekannten Vermerk von Herrn Staatssekretär vom 18.06.2006 kommen. Der endet – der ist an Sie adressiert “Lieber Eckhard“-
...

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Das ist MUNLV Band 1 S. 43.

Johannes Remmel (GRÜNE): Auf S. 44 endet der Bericht von Herr Schink – hier unterschrieben mit „Alexander“ –:

Ich habe weiter angeordnet, dass unser Haus nicht aktiv die Vorwürfe gegen Herrn Dr. Friedrich nach außen verbreitet, sondern dann reagiert, wenn es Nachfragen gibt. Dabei ist die Sprachregelung, dass Herr Dr. Friedrich Dienstvergehen begangen hat, die zu einer Suspendierung berechtigen. Erst ab Mittwoch sollten diese Dienstvergehen näher konkretisiert werden.

Haben Sie diese Passage mit Herrn Staatssekretär diskutiert und erörtert?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein, die habe ich mit ihm nicht diskutiert. Ich habe eben geschildert, wie es zu diesem Vermerk gekommen ist, und den hat er mir dann zugeschickt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Haben Sie denn der Anordnung, die der Staatssekretär hier zitiert: Ich habe weiter angeordnet ...

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein, das hat er entschieden. Und ich glaube, dass hat er so richtig entschieden.

Johannes Remmel (GRÜNE): Haben Sie dem widersprochen?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein.

Johannes Remmel (GRÜNE): Haben Sie denn dem Vorschlag „Erst ab Mittwoch sollten diese Dienstvergehen näher konkretisiert werden.“ widersprochen?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein. Ich habe es weder unterstützt noch widersprochen. Und es gab gar keinen Anlass dazu.

Johannes Remmel (GRÜNE): Können wir denn davon ausgehen, dass das, was der Staatssekretär hier vorgeschlagen und angeordnet hat, auch dann tatsächlich umgesetzt worden ist?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Das kann ich heute nicht mehr nachvollziehen. Das weiß ich nicht. Ich habe heute schon mal darauf hingewiesen, dass wir hinterher diese beiden Punkte hatten, weshalb wir uns von Herrn Dr. Friedrich getrennt haben. Das war ein Vermerk, wo mehrere Dinge aufgeführt worden sind. Aber letztlich hat das eben dazu geführt, dass es zwei ganz entscheidende Punkte gab, weshalb es kein Vertrauen mehr gab.

Johannes Remmel (GRÜNE): Wer ist denn für die Öffentlichkeitsarbeit des Hauses verantwortlich?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Für die Öffentlichkeitsarbeit des Hauses gibt es eine entsprechende Abteilung. Aber es ist dann so, wenn Pressemitteilungen herausgegeben werden, dass sie mit dem Minister oder mit dem Staatssekretär abgestimmt werden.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ist die Pressearbeit im Zusammenhang mit Herr Dr. Friedrich mit Ihnen abgestimmt worden?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Mir liegt im Moment auch nur vor diese gemeinsame Pressemitteilung des Umweltministeriums mit Herrn Dr. Harald Friedrich vom 25.10.2006. Das Ergebnis ist mir dann mitgeteilt worden. Ich habe das damals so akzeptiert, bevor es herausgegeben worden ist.

Johannes Remmel (GRÜNE): Herr Minister, ich frage Sie, ob die Pressearbeit – Pressearbeit umfasst ja nicht nur das Herausgeben von Pressemitteilungen, sondern auch andere Kommunikationen ...

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich weiß nicht, was Sie konkret meinen. Ich kann mit Ihrer Frage nichts anfangen.

Johannes Remmel (GRÜNE): In dem Schreiben von Herrn Staatssekretär Schink auf S. 44 ist doch eine klare Anweisung, wie mit Öffentlichkeit umzugehen ist. Ich zitiere das noch mal: Ich habe weiter angeordnet, dass unser Haus nicht aktiv die Vorwürfe gegen Herrn Dr. Friedrich nach außen verbreitet, ...

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ja, das ist doch schön.

Johannes Remmel (GRÜNE): ... sondern dann reagiert, wenn es Nachfragen gibt. Dabei ist die Sprachregelung, dass Herr Dr. Friedrich Dienstvergehen begangen hat, die zu einer Suspendierung berechtigen.

Und das ist die Sprachregelung. Und dann heißt es weiter: Erst ab Mittwoch sollten diese Dienstvergehen näher konkretisiert werden.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich glaube, dass war auch ein anständiger Umgang mit Herrn Dr. Friedrich, dass wir das jetzt nicht befeuert haben. Es hat immer Anfragen bei uns aus dem Haus gegeben oder Anfragen von Ihnen als Abgeordneter in den entsprechenden Ausschusssitzungen. Ich finde, das ist ein sehr guter Vorschlag, wie Herr Dr. Schink das da gemacht hat.

Johannes Remmel (GRÜNE): Das heißt, das ist dann auch so passiert: Erst ab Mittwoch sollten diese Dienstvergehen näher konkretisiert werden. Das heißt, Ihr Ministerium ...

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich weiß gar nicht, ob sie überhaupt konkretisiert worden sind. Sie sind sicherlich dann konkretisiert worden, wenn es Anfragen gegeben hat von der Presse oder zum Beispiel von Ihnen. Darüber haben wir uns mehrmals im Ausschuss unterhalten.

Johannes Remmel (GRÜNE): Sie haben eben die entsprechenden Zeitungsartikel zitiert. „Bild“-Zeitung und ...

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich habe nur einmal die „Bild“-Zeitung heute zitiert – und die „NRZ“ in einem völlig anderen Zusammenhang.

Johannes Remmel (GRÜNE): Auch den „Kölner Stadtanzeiger“.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Hab ich nicht zitiert.

Johannes Remmel (GRÜNE): Den könnte ihn Ihnen auch vorhalten.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Mag ja sein.

Johannes Remmel (GRÜNE): Deshalb frage ich: Ist es auf diese Anordnung zurückzuführen, dass die Dienstvergehen dann auch der Presse weitergegeben worden sind?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein. Wir haben uns ja sehr zurückhaltend aufgeführt, auch was die gesamte Pressearbeit angeht. Daher finde ich es genau richtig, wie es der Staatssekretär vorgeschlagen hat und wie es dann offensichtlich umgesetzt wor-

den ist. Ich habe keine andere Erkenntnis, dass es anders umgesetzt worden ist, was Sie möglicherweise hören möchten, dass es eine aktive Pressearbeit vonseiten unseres Hauses gegeben hat. Die hat es nicht gegeben, sondern es hat dann sicherlich – so vermute ich mal – irgendwann im Laufe der nächsten Zeit auch Nachfragen gegeben: Weshalb ist Dr. Friedrich ausgeschieden? Dann hat man auf diese Dienstvergehen hingewiesen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Und dann sind die weiteren Dienstvergehen auf Nachfrage konkretisiert worden?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Das kann ich Ihnen nicht mehr sagen. Ich mache nicht die Pressearbeit. Es hat dann keine Presseerklärung gegeben. Bei uns rufen jeden Tag Mitarbeiter der Presse an, das geschieht nicht alles schriftlich. Das ist dann sicherlich erläutert worden.

Johannes Remmel (GRÜNE): Aber Sie gehen davon aus, dass das, was der Staatssekretär hier angeordnet und vorgeschlagen hat, dann auch so gemacht worden ist?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Er hat es zumindest so vorgeschlagen. Ob dann der Ablauf so war, dass es auch Nachfragen gegeben hat, kann ich heute nicht beurteilen. Das weiß ich nicht.

Johannes Remmel (GRÜNE): Haben Sie denn Kenntnis davon, dass bestimmte Dienstvergehen an die Presse weitergegeben worden sind?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Davon habe ich keine Kenntnis. Ich will aber auch nicht ausschließen, wenn es eine Nachfrage gegeben hat, dass man das im Sinne des Vermerks von Herrn Dr. Schink zurückhaltend gemacht hat. Es hat sicherlich hinterher noch mal Nachfragen gegeben. Es hat vor allen Dingen auch die Pressemitteilung vom 25.10.2006 gegeben, die ich eben schon einmal genannt habe.

Johannes Remmel (GRÜNE): Es geht um diesen Zeitraum.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Es ist dann sicherlich mitgeteilt worden, dass wir uns von Herrn Dr. Friedrich getrennt haben.

Johannes Remmel (GRÜNE): Stimmt Ihr Pressesprecher so etwas mit Ihnen ab, wenn die generelle Linie ausgegeben wird, im Einzelfall – was weiß ich ...

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Der Pressesprecher stimmt im Grunde alle Vorgänge mit mir oder mit dem Staatssekretär ab.

Johannes Remmel (GRÜNE): Hat der Pressesprecher denn mit Ihnen abgestimmt: Der „Kölner Stadt-Anzeiger“ hat angerufen, oder die „Bild“-Zeitung hat angerufen, die Fragen nach Dienstvergehen hat ...

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Er hat das entweder mit mir abgesprochen – ich kann mich aber an einen solchen Vorgang nicht erinnern, will es aber auch nicht ausschließen –, oder er hat mit dem Staatssekretär darüber gesprochen. Der Staatssekretär ist eigentlich von morgens bis abends im Haus, der Minister ist viel unterwegs. Wenn der Staatssekretär eher erreichbar ist, gerade wenn die Presse Anfragen an unser Haus stellt, dann gibt entweder der Minister die Antwort oder der Staatssekretär. Oft geht der Staatssekretär auch vor die Kamera, wenn ich gerade nicht greifbar bin oder es für die Medien zu aufwendig ist. Sonst mache ich das selber.

Johannes Remmel (GRÜNE): Dann würde ich gerne noch einmal auf die Strafanzeigen kommen. Wie viele Strafanzeigen Ihres Hauses gegen Herrn Dr. Friedrich bzw. in diesem Verfahren sind Ihnen bekannt?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Es gibt in dem Zusammenhang mit der Entlassung von Herrn Dr. Friedrich zwei Strafanzeigen. Wesentlich später ist eine dritte Strafanzeige erfolgt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Wann sind Ihnen die Strafanzeigen zur Kenntnis gebracht worden?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: An dem Tag, als man sie gestellt hat.

Johannes Remmel (GRÜNE): Hat man Ihr Einverständnis eingeholt?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ja.

Johannes Remmel (GRÜNE): Sie haben allen drei Strafanzeigen zugestimmt?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ja.

Johannes Remmel (GRÜNE): Auch der Strafanzeige, die dann 2008 erfolgt ist?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ja.

Johannes Remmel (GRÜNE): Worum ging es bei der dritten?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Die dritte Strafanzeige war gegen Unbekannt im Zusammenhang mit sichergestellten Dokumenten.

Johannes Remmel (GRÜNE): Worum ging es da konkret?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Das kann ich Ihnen heute nicht sagen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Aber Sie haben doch der Strafanzeige zugestimmt. Wenn man eine Strafanzeige stellt, sollte man doch wissen, was darin steht, worum es geht.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Da ging es noch mal um Vorgänge, die geklärt werden mussten. Wenn der Staatssekretär der Auffassung war, dass es zur Klärung der Dinge notwendig ist, eine Strafanzeige zu stellen, habe ich dem zugestimmt; ja.

Johannes Remmel (GRÜNE): Sie haben die Strafanzeige und die Notwendigkeit also nicht näher geprüft, sondern wenn der Staatssekretär sagt: „Wir stellen mal eine Strafanzeige“, dann machen Sie das.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein, so locker geht das natürlich nicht. Eine Strafanzeige ist schon ein entscheidender Vorgang. Wenn eine Strafanzeige gestellt wird, wird schon intensiv geprüft. Da ich aber kein Jurist bin, habe ich mich hier auf die Juristen verlassen, auf Herrn Dr. Schink.

Johannes Remmel (GRÜNE): Haben Sie sich denn jeweils eine Vorlage für die Strafanzeigen machen lassen?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein.

Johannes Remmel (GRÜNE): Also immer: Der Staatssekretär informiert Sie, und Sie sagen dann Ja?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ja.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Nein, nicht immer!)

Bei denen ist das so gewesen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Bei diesen drei Strafanzeigen gab es ...

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich muss einfach mal sagen: Sie können so ein Haus überhaupt nicht führen, wenn Sie auch bei solch gravierenden Dingen dem Staatssekretär nicht vertrauen. Gerade bei einer solchen Frage, wenn es um juristische Dinge geht, habe ich ihm, da ich kein Jurist bin und Herr Dr. Schink ein exzellenter Jurist ist, voll vertraut und vertraue ihm weiterhin voll.

Johannes Remmel (GRÜNE): Aber Sie sehen schon die Letztverantwortlichkeit des Ministers?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Der Minister hat eine hohe Verantwortung. Er führt das Haus gemeinsam mit dem Staatssekretär.

Johannes Remmel (GRÜNE): Es geht um die Frage der Letztverantwortung.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ja, gut, wenn Sie wollen, auch die Letztverantwortung. Ich halte es für richtig, dass die Strafanzeigen gestellt worden sind.

Johannes Remmel (GRÜNE): Sie lassen also Strafanzeigen stellen, ohne dass Sie den Inhalt genau kennen?

(Zuruf von der CDU: Na, na, na! – Wolfgang Schmitz [CDU]: Das war wieder so ein Vorhalt!)

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein, das habe ich nicht gesagt. Sie haben mich gefragt, ob es eine schriftliche Vorlage gegeben hat. Die hat es mir gegenüber nicht gegeben, aber ich habe den Vorgang und den Inhalt natürlich mit dem Staatssekretär besprochen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Dann frage ich bezogen auf JM, Band 1, Blatt 3 ff.; das ist die sogenannte erste Strafanzeige, die vierte in diesem Zusammenhang: Hier wird von Mitarbeitern Ihres Hauses weitergegeben, dass Herr Dr. Friedrich – ich zitiere ...

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Moment!)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Warten Sie noch einen kurzen Augenblick. Es wird noch gewünscht, sich die Fundstelle anschauen zu können. Bitte sehr, Herr Remmel.

Johannes Remmel (GRÜNE): In dem Vermerk – unterschrieben von Herrn Zenker – heißt es:

Dem Beschuldigten wird unter anderem vorgeworfen, wissenschaftliche Forschungsaufträge mit einem Volumen von rund 2,1 Millionen € unter Missachtung der einschlägigen Vergaberichtlinien an die RWTH Aachen bzw. private Institute vergeben zu haben. Nach dem bisherigen Ermittlungsstand wurde dem Beschuldigten nach Aussagen der Zeugin Ministerialrätin Delpino, MUNLV, Referatsleiterin 4-11, hierfür zumindest ein hochwertiges Laptop seitens der RWTH Aachen zur Verfügung gestellt.

Dann heißt es ein paar Sätze weiter:

Während die Zeugin und der Mitarbeiter sich von der Annahme distanzieren, habe der Beschuldigte im Februar/März einen hochwertigen Laptop geliefert bekommen, der allerdings von der RWTH inventarisiert wurde. Auf eine weitere Verquickung zwischen der durch die Auftragserteilung begünstigten Stelle und dem Beschuldigten weist eine Dozentenfunktion an der RWTH Aachen hin, die der Beschuldigte dort angeblich unbezahlt wahrnimmt.

Ein paar Sätze weiter darunter heißt es:

Daneben kommt auch die Gewährung immaterieller Vorteile durch die Wahrnehmung der Vortragstätigkeit an der RWTH Aachen in Betracht, die mit einer Ansehenssteigerung verbunden und karrierefördernd ist.

Weiter heißt es:

Aufgrund erheblichen Umfangs der Vergaben und der sich bereits abzeichnenden Pflichtverstöße ist darüber hinaus zu vermuten, dass der Beschuldigte auch weitere materielle und immaterielle Vorteile erlangt hat.

Hier sind Sachverhalte von Ihrem Haus weitergegeben worden. Nach Korruptionsbekämpfungsgesetz hätten es Tatsachen sein müssen. Haben Sie diese Tatsachen geprüft, bevor sie weitergegeben worden sind?

(Lothar Hegemann [CDU]: Die Tatsachen hätten sein können, heißt es im Gesetz!)

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Das Thema Korruption, Herr Abgeordneter, hat bei mir nie eine Rolle gespielt. Wir haben uns von Herrn Dr. Friedrich wegen des Regelverstößes – das Landesrechnungshofschreiben, das nicht weitergegeben worden ist – und wegen der Themen „Einstellungsbetrug“ und „Verschwinden der Festplatte“ getrennt. Das waren die Gründe – damit habe ich mich befasst –, weshalb wir uns von Herrn Dr. Friedrich getrennt haben.

Johannes Remmel (GRÜNE): Aber warum geben Mitarbeiter Ihres Hauses am 14.07. angebliche Tatsachen an Ermittlungsbehörden weiter – zum Beispiel hochwertiges Laptop, Verknüpfung Dozentenfunktion – und belegen das auch noch mit Zeugenaussagen? Ich frage einfach: Haben Sie als Minister das geprüft, bevor es weitergegeben worden ist?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein, ich habe mich um diesen Vorgang überhaupt nicht gekümmert.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Außerdem steht darin: können!)

Johannes Remmel (GRÜNE): Haben Sie denn später mal versucht, das nachzuvollziehen?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein. Ich habe aber schon mehrmals gesagt, Herr Abgeordneter – auch vor dem Ausschuss –, dass ich davon ausgehe, dass meine Mitarbeiter in einer schwierigen Situation – als das LKA bei uns nachgefragt hat – nach bestem Wissen und Gewissen gearbeitet haben.

Johannes Remmel (GRÜNE): Aber wie kann es denn sein, dass Mitarbeiter Ihres Hauses – Abteilungsleiter oder Referatsleiter – gegenüber der Polizei Korruptionsvorwürfe äußern, und Sie als Minister wissen davon nichts?

(Holger Ellerbrock [FDP]: Wieso weiß er nichts davon?)

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Natürlich weiß ich das. Ich habe mich um diesen Vorgang nicht gekümmert, weil ich den Vorwurf der Korruption ja nie erhoben habe. Die Gründe, weshalb wir uns von Herrn Dr. Friedrich getrennt haben, sind andere.

Johannes Remmel (GRÜNE): Moment.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Wenn Mitarbeiter des Hauses einen Vorwurf erheben, mag aus ihrer Sicht das richtig sein, aber das waren nicht die Gründe, die mich mit Herrn Dr. Schink dazu veranlasst haben, uns von Herrn Dr. Friedrich zu trennen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Noch mal: Sie haben gerade gesagt, Sie wussten davon.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich wusste, dass es solche Vorwürfe gibt; ja.

Johannes Remmel (GRÜNE): Und Sie wussten auch davon, dass Mitarbeiter Ihres Hauses das weitergeben?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein, das wusste ich nicht. Ich habe mich um diese täglichen Dinge überhaupt nicht gekümmert. Aber ich wusste natürlich, dass es solche Vorwürfe gab. Das konnte ich sonntags und bei jeder sich bietenden Gelegenheit in der Presse lesen. Das stand ja auch in der Presse.

Johannes Remmel (GRÜNE): Zu diesem Zeitpunkt schon?

(Lothar Hegemann [CDU]: Wann haben Sie es denn reingegeben?)

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Das kann ich Ihnen heute nicht mehr sagen. Damals, als wir uns von Herrn Dr. Friedrich getrennt haben, und auch später hat das Thema Korruption überhaupt keine Rolle gespielt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Aber Sie wussten, dass Herr Dr. Günther und Frau Delpino bestimmte Korruptionsvorwürfe an die Ermittlungsbehörden weitergegeben haben?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein. Ich habe ja eben deutlich gemacht, dass ich gehört habe, dass das Thema Korruption hier und da genannt worden ist. Aber was im Einzelnen weitergegeben worden ist ... Die Mitarbeiter sind doch unabhängig. Wenn sie mit dem LKA oder mit den Justizbehörden verhandelt haben, habe ich mich doch nicht darum gekümmert. Anschließend würden Sie möglicherweise sagen, ich hätte die Mitarbeiter unter Druck gesetzt. Das sind doch unabhängige Persönlichkeiten. Es sind Juristen. Ich habe mich da völlig rausgehalten.

Johannes Remmel (GRÜNE): Das heißt, Sie kannten Korruptionsvorwürfe, aber Sie haben ...

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein, ich kannte keine Korruptionsvorwürfe; das habe ich eben nicht genannt. Ich habe gesagt, dass das Thema Korruption hier und da mal eine Rolle gespielt hat, aber ich bin dem überhaupt nicht nachgegangen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Das heißt, es gab Gerüchte über Korruption, aber Sie sind dem nicht nachgegangen. Mitarbeiter Ihres Hauses haben die aber an das ...

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Das kann ich nicht beurteilen. Ich bin bei den Gesprächen zwischen den Mitarbeitern des Hauses und den Justizbehörden nicht dabei gewesen. Ich kann Ihnen die Frage nicht beantworten.

Johannes Remmel (GRÜNE): Aber ich habe Ihnen gerade den Vermerk des LKA vorgelesen.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ja, dann mag ja stimmen, was darin steht, aber ich bin bei diesen Gesprächen nicht dabei gewesen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Sie haben das eben schon einmal betont.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Dann brauchen wir das ja nicht noch mal zu machen!)

Ich will noch eine Presseerklärung vom 16.11.2008 verlesen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Sagen Sie uns noch, wo wir die finden?

Johannes Remmel (GRÜNE): Auf der Homepage des Umweltministeriums.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: In den Akten auch irgendwo?

Johannes Remmel (GRÜNE): Da kann ich sie nicht finden, nein.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Dann bitte ich Sie, uns die zur Verfügung zu stellen.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Das machen wir nach der Pause!)

Johannes Remmel (GRÜNE): Sie ist bestimmt in den Akten, aber ich kann sie auch gerne ...

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Es wäre schön, wenn es längere Pressemitteilungen oder -meldungen sind, dass wir sie für jeden hätten.

(Harald Giebels [CDU]: Kann man in der Pause ja kopieren!)

Johannes Remmel (GRÜNE): Vom 16.08.2008; Herr Minister hat das eben aber auch schon im Ausschuss gesagt.

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Wird das jetzt doch vorgehalten, ohne dass wir es haben?)

– Vielleicht beruhigen Sie sich etwas, wenn ich die Passage vorlese. Der Minister hat genau das Gleiche eben hier im Ausschuss gesagt.

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Der Minister ist Zeuge, und Sie sind kein Zeuge! Wenn wir hier zitieren, haben wir uns darüber geeinigt, dass wir das allen zur Verfügung stellen!)

– Dann frage ich den Minister, ob er eben hier im Ausschuss gesagt hat, dass für ihn und den Staatssekretär Dr. Schink die Angelegenheit Friedrich mit der Beendigung des Arbeitsverhältnisses im Oktober 2006 erledigt gewesen ist.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ja.

Johannes Remmel (GRÜNE): Um nichts anderes geht es. Das Gleiche wird in der Pressemitteilung vom 16.01.2008 ausgeführt. Hier steht:

Für ihn wie für seinen Staatssekretär Dr. Schink sei die Angelegenheit ...

(Unruhe bei der CDU – Wolfgang Schmitz [CDU]: Jetzt geht es doch wieder los!)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Remmel! Das brauchen Sie doch jetzt gar nicht mehr vorzuhalten. Sie haben doch die Aussage des Zeugen dazu gehört.

Johannes Remmel (GRÜNE): Okay.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich habe dazu eben auch noch mehr ausgeführt. Ich habe gesagt, dass ich bei dem Besuch in Paderborn völlig überrascht war, als ich den Anruf wegen der Verhaftung von Herrn Dr. Friedrich bekam.

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Vielleicht muss der Zeuge die Aussagen mal singen, dann kommt das besser rüber!)

Johannes Remmel (GRÜNE): Hat es denn – Sie haben das eben sinngemäß ausgeführt, ich frage Sie an dieser Stelle noch mal – Kontakte von Ihnen zu Mitgliedern der hausinternen Ermittlungsgruppe gegeben?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein, nie.

(Zuruf: Hat er auch schon gesagt!)

Johannes Remmel (GRÜNE): Haben Sie in der Sache mit Herrn Dr. Günther oder Herrn Henrich gesprochen?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein.

Johannes Remmel (GRÜNE): Mit denen haben Sie nicht gesprochen?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein. Ich sehe Herrn Henrich oder andere Mitarbeiter eigentlich permanent, aber ich habe mit ihnen nicht über diesen Punkt gesprochen. Ich habe mich da völlig rausgehalten.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich möchte MUNLV, Band 4, Seite 107 einführen. Hier handelt es sich um eine Mail von Herrn Armter (?) an Herrn Henrich und Herrn Günther.

Betreff: Rücksprache mit der Hausspitze am kommenden Montag, 20.11.2006. Sehr geehrter Herr Henrich, sehr geehrter Herr Dr. Günther, Herr Minister bittet um Ihre Teilnahme an einer Rücksprache am kommenden Montag im Rahmen der Lagebesprechung, Uhrzeit gegen 12 Uhr bis 12:30 Uhr. Beginn für Herrn Dr. Günther: auf Abruf. Für eine kurze Bestätigung wäre ich Ihnen dankbar.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Das ist ein ganz normaler Vorgang, dass zur Lage oder im Anschluss an die Lage Mitarbeiter des Hauses noch gebeten werden. Ich bin meistens montags im Haus bei der Abteilungsleiterbesprechung. Dann führe ich vorher noch Gespräche auch mit dem Leiter Ministerbüro und mit dem Staatssekretär. Wenn bei mir noch einige Punkte offen sind auch zu inhaltlichen Fragen, führe ich hinterher gerne Gespräche mit Mitarbeitern des Hauses.

Johannes Remmel (GRÜNE): Das heißt, Sie können sich an dieses Gespräch mit Herrn Dr. Günther und Herrn Henrich auch erinnern?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich kann mich in dieser Zusammensetzung nicht daran erinnern; aber ich will es auch nicht ausschließen. Ich habe natürlich, insbesondere wenn es um Haushaltsfragen geht, immer mit Herrn Henrich gesprochen, weil er als Abteilungsleiter I auch für den Haushalt zuständig ist. Das sind meistens die Punkte; oder wenn es um Personalfragen im Haus ging, dann habe ich diesen Montag schon genutzt, um mit den Abteilungsleitern diese Punkte durchzusprechen.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Abteilungsleiterlagebesprechung ist klar, aber Herr Dr. Günther?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Bitte?

Johannes Rimmel (GRÜNE): Herr Dr. Günther, nimmt der auch an Lagebesprechungen ...

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Und wenn Herr Dr. Günther an Lagebesprechungen teilnimmt, um welche Themen geht es da?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Herr Dr. Günther hat noch nie an einer Lagebesprechung teilgenommen.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Na ja, aber hier wird er ja zu einer Lagebesprechung eingeladen.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Wenn ich mir die Uhrzeit ansehe, war das nach der Lagebesprechung.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Bitte?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Bei der Uhrzeit, die Sie eben vorgelesen haben, war die Lagebesprechung dann schon lange vorbei. Das war nach einer Lagebesprechung.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Ich lese noch einmal vor:

Herr Minister bittet um Ihre Teilnahme nach einer Rücksprache am kommenden Montag im Rahmen der Lagebesprechung. Uhrzeit: gegen 12 Uhr bis 12:30 Uhr, Beginn für Herrn Dr. Günther auf Abruf.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Genau. Es ist so, dass ich morgens im Haus bin. Ich komme, ich führe einmal im Monat ein Gespräch mit dem Personalrat bzw. mit dem Gesamtpersonalrat. Dann habe ich ein Gespräch mit dem Herrn Staatssekretär, um

10 Uhr ist Abteilungsleiterbesprechung, die meistens eine Stunde dauert, und um 11 Uhr ist dann die Lage. Das passt genau von der Uhrzeit, wie Sie es aufgeführt haben, dass das nach der Lage war. Deswegen vielleicht diese Formulierung „im Zusammenhang mit der Lage“. Dann führe ich immer Gespräche mit Mitarbeitern des Hauses, bevor ich mich dann wieder in das schöne Land Nordrhein-Westfalen verabschiede.

Johannes Remmel (GRÜNE): Um was ging es bei diesem Termin, wo Herr Dr. Günther dabei war?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Das kann ich Ihnen heute nicht mehr sagen, das weiß ich nicht.

Johannes Remmel (GRÜNE): Dann zitiere ich aus dem Ausschussprotokoll 14/963, Seite 84. Hier frage ich Herrn Abteilungsleiter Henrich nach diesem Gespräch. Ich frage hier:

Hier geht es insbesondere um ein Gespräch, das Sie und Herr Dr. Günther beim Minister hatten. Ich frage, in welchen Abständen diese Gespräche stattfinden.

Herr Henrich antwortet:

Soviel ich weiß, war einmal Herr Dr. Günther dabei. Da ging es um PFT.

Ich frage:

Am 17. November 2006?

Herr Henrich:

Kann sein. Also, da ging es um PFT und gleichzeitig natürlich auch um die Causa Friedrich, wie das einzuordnen war. Aber wie das im Einzelnen war ...

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ja, ich finde, das ist ja schon eine schöne Erklärung. Sie haben ja damals gemeinsam – Herr Abgeordneter Remmel, ich glaube, Herr Dr. Friedrich war ja Ihr parlamentarischer Berater; gerade zu dem Zeitpunkt kam ja das Thema PFT hoch – mich sehr massiv kritisiert, dass wir mit dem Vorgang PFT in Nordrhein-Westfalen falsch umgehen. Ich habe das Thema „PFT“ ja von der Vorgängerregierung geerbt, wenn ich das noch einmal sagen darf. Wir haben das Problem sauber gelöst inzwischen, und es kann durchaus sein, dass ich in diesem Zusammenhang da auch mit Herrn Günther und mit Herrn Henrich Gespräche geführt habe. Die meisten Gespräche habe ich allerdings in diesem Zusammenhang mit der Abteilung IV geführt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Was hatte Herr Günther denn mit PFT zu tun?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Das kann ich Ihnen heute nicht mehr sagen. Vielleicht habe ich mich mit Herrn Henrich über PFT unterhalten und mit Herrn Günther über etwas anderes. Das ist vier Jahre her.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Aber Herr Henrich erinnert sich ja, dass es um PFT ...

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Dann wird es auch richtig sein.

Johannes Rimmel (GRÜNE): ... und die Causa Friedrich gegangen ist.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Dann wird das so richtig sein. Möglicherweise habe ich noch einmal nachgefragt. Das kann ich Ihnen heute nicht mehr sagen.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Aber Sie haben doch eben gesagt, dass Sie keinen Kontakt mit Mitgliedern der Ermittlungsgruppe hatten.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Das habe ich auch nicht gehabt.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Herr Dr. Günther ...

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich habe aber nie ausgeschlossen, dass ich zwischendurch immer wieder ... Ich habe mit der Ermittlungsgruppe nie Kontakt aufgenommen, aber ich habe doch wöchentlich Kontakt mit Herrn Henrich gehabt. Das ist doch völlig klar.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Es geht um Herrn Dr. Günther.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Mit Herrn Dr. Günther wesentlich weniger. Herrn Dr. Günther sehe ich vielleicht vier- oder fünfmal im Jahr, aber Herrn Henrich sehe ich quasi jede Woche.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Es geht um Dr. Günther. Warum rufen Sie zu einer Lagebesprechung, wo Herr Henrichs sagt, es geht um PFT und Causa Friedrich, Herr Dr. Günther dazu? Herr Günther ist Mitglied der Ermittlungsgruppe. Er ist sogar Chefermittler.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Das kann ich Ihnen heute ... Dass ich nur, weil Herr Günther in dieser Arbeitsgruppe mitgearbeitet hatte, jetzt den vollständigen Kontakt zu ihm abgebrochen habe, ich glaube, das wäre auch überzogen gewesen. Wenn ein Referatsleiter im Haus – Dr. Günther ist ein wichtiger Referatsleiter – mir bei der Wahrnehmung meiner politischen Aufgabe als Minister behilflich sein kann, dann nehme ich ihn selbstverständlich in Anspruch.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ja, aber laut Auskunft von Herrn Henrich ging es um die Causa Friedrich. Was wurde denn da besprochen?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Das weiß ich nicht, das kann ich Ihnen nicht sagen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Aber Sie haben eine Presseerklärung rausgegeben

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Lesen Sie doch noch einmal vor, was er gesagt hat!)

und hier im Ausschuss uns auch noch einmal erzählt, dass für Sie und den Staatssekretär Schink mit Beendigung des Arbeitsverhältnisses die Angelegenheit im Oktober 2006 erledigt war. Und hier im November ausweislich findet eine Lagebesprechung statt, in der es um die Causa Friedrich geht, und zwar auch mit dem Leiter der Ermittlungsgruppe.

(Lothar Hegemann [CDU]: Da müssen Sie richtig zitieren: vielleicht um die Causa Friedrich!)

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Also, ich kann das heute nicht mehr bewerten. Auf der anderen Seite ...

Johannes Remmel (GRÜNE): Da steht nicht „vielleicht“.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Auf der anderen Seite ist es so – das wissen Sie doch, Herr Remmel; Sie wissen das doch besser wie ich –, dass Herr Dr. Friedrich auch Medien immer wieder genutzt hat, um meine Wasserpolitik zu kritisieren. Dass ich das auch innerhalb des Hauses einmal bespreche, halte ich doch für einen ganz normalen Vorgang. Was erwarten Sie denn eigentlich von mir?

Johannes Remmel (GRÜNE): Noch einmal: Was hat Herr Dr. Günther mit der Wasserpolitik zu tun?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Gar nichts.

Johannes Remmel (GRÜNE): Und warum nimmt er dann an der Lagebesprechung zur Causa Friedrich teil?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Vielleicht habe ich mit Herrn Dr. Günther etwas ganz anderes besprochen; ich kann das heute nicht mehr sagen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Waren Sie denn über die Kontakte von Herrn Dr. Günther zum LKA informiert?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein. Ich habe überhaupt keine Kenntnisse gehabt. Ich habe mich um diesen Vorgang überhaupt nicht gekümmert.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich führe ein: MUNLV, Band 33, Blatt ...

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Kollege Remmel, wie viel haben wir denn jetzt noch? Wir wollten jetzt in die Mittagspause gehen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Die Frage würde ich gerne noch zu Ende stellen. Dann können wir gern eine Pause machen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Okay, einverstanden. Bitte sehr!

Johannes Remmel (GRÜNE): MUNLV, Band 33, Blatt 111. – Da geht es um eine Ausschussvorbereitung von Herrn Dr. Günther, und zwar Vorlage für Herrn Minister über Herrn Staatssekretär, über Herrn Abteilungsleiter I, über MB 2, Sitzung des AUNLV vom 10.12.2008, Fragenkatalog der SPD und der Grünen. Hier führt der Herr Günther aus unter III.:

Umsetzung der Erklärung, Zusicherung des MUNLV in der Sitzung des Umweltausschusses vom 10.12.2008: In der Anlage ist der Entwurf für die Beantwortung des Fragenkatalogs und für ein Anschreiben an den Ausschuss beigefügt. Teilweise werden die Fragen nur cursorisch beantwortet, da es kein anerkanntes Interesse der Fragesteller gibt, z. B. jedweden Kontakt des LKA, der Staatsanwaltschaft mit dem MUNLV zu erfahren, zumal es sich um sicher hunderte Routinekontakte mit verschiedenen Personen handelte, ...

Ich frage Sie jetzt noch einmal: Hatten Sie Kenntnis von den hunderten Kontakten von Herrn Dr. Günther mit ...

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Lesen Sie den Satz mal ganz vor, Herr Remmel!)

– Ich habe kein Problem damit:

... Personen handelte, die in der Mehrzahl der Fälle Telefonate, nicht jeweils spezifisch dokumentiert sind.

Also, hatten Sie Kenntnis ...

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein.

Johannes Remmel (GRÜNE): ... von diesen hunderten Kontakten von Herrn Dr. Günther zum Landeskriminalamt?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein, hatte ich nicht.

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Es sind ja nicht hunderte Kontakten von Herrn Dr. Günther!)

Johannes Remmel (GRÜNE): In der Vorbereitung zum Ausschuss ...

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Da steht doch „Routinekontakte“ drin, oder nicht? Sehe ich das falsch?)

– Ja, aber es sind hunderte, hunderte Routinekontakte.

(Weitere Zurufe von der CDU)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Kollege Remmel hat Gelegenheit, Fragen zu stellen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Finden Sie es denn gewöhnlich oder vielleicht ungewöhnlich, dass ein Mitarbeiter Ihres Hauses hunderte Routinekontakte zum LKA hat?

(Rainer Deppe [CDU]: Verschiedene Mitarbeiter! Falscher Vorhalt!)

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Kann ich nicht beurteilen. Das war ein Verfahren, dass das Landeskriminalamt ... Die Justizbehörden haben sich an unser Haus gewandt. Wie intensiv das ist ... Sie sehen ja schon, wie lange eine solche Sitzung wie die heutige dauert. Dass das dann auch hunderte Kontakte und Nachfrage gegeben hat bei einem so gravierenden Vorgang, das ist sicherlich an der Tagesordnung. Aber ich habe mit dem ...

Johannes Remmel (GRÜNE): Wussten Sie denn von diesen Routinekontakten in diesem Umfang?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein.

Johannes Remmel (GRÜNE): Haben Sie denn in der Ausschussvorbereitung zum 10.12.2008 diese Frage mit Herrn Dr. Günther erörtert?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein. Wenn Sie die Ausschussprotokolle noch einmal durchsehen, dann habe ich mich immer vor die Mitarbeiter gestellt, insbesondere auch, was das Thema Korruptionsbekämpfungsgesetz angeht. Sie haben es ja auch damals schon immer hinterfragt, dass sie da ihren Job richtig machen. Ich habe damals keinen Zweifel daran gelassen und tue das heute auch nicht. Aber was da im Detail gelaufen ist, wer welche Kontakte gehabt hat, wie oft die Justizbehörden bei uns im Haus oder Mitarbeiter bei den Justizbehörden gewesen sind, davon habe ich keine Kenntnis.

Johannes Remmel (GRÜNE): Haben Sie denn mit Herrn Dr. Günther über die Kontakte mit der Justiz gesprochen?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein.

Johannes Remmel (GRÜNE): Kein Gespräch?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein. Ich war wirklich der Auffassung: Das ist jetzt nicht Aufgabe des Ministers. Es sind alles unabhängige Persönlichkeiten, und ich wollte da auch keinem Mitarbeiter des Hauses durch mein Nachfragen oder so in Schwierigkeiten bringen oder das Gefühl geben, dass ich mich in irgendeiner Form einklinken will. Ich habe der Sache vertraut und vertraue den Mitarbeitern des Hauses.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Vielen Dank, dann schlage ich vor, dass wir die Sitzung für eine Mittagspause unterbrechen und die Beweisaufnahme um 14 Uhr fortsetzen. – Gut.

(Unterbrechung von 13:10 Uhr bis 14:05 Uhr)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Meine Damen und Herren, wir setzen unsere öffentliche Beweisaufnahme mit Vernehmung des Zeugen Uhlenberg fort. – Herr Uhlenberg, ich erinnere Sie noch einmal an Ihre Rechte und Pflichten als Zeuge.

Wir waren an der Stelle stehen geblieben, wo Herr Kollege Remmel noch Gelegenheit hat, weitere Fragen an Sie zu stellen. – Bitte schön, Herr Remmel.

Johannes Remmel (GRÜNE): Herr Uhlenberg, ich wollte Sie schon die ganze Zeit fragen: Hat Herr Staatssekretär Dr. Schink im Zusammenhang mit seiner Zeugenaussage beim Landeskriminalamt von Ihnen eine Aussagegenehmigung bekommen?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Das kann ich Ihnen heute nicht mehr beantworten, aber wenn das notwendig gewesen wäre, hätte er sie natürlich gekriegt. In der Sache gibt es da doch gar keinen Zweifel. Das ist eine Frage, ob das notwendig ist. Das kann ich jetzt nicht beurteilen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Also ... (akustisch unverständlich)

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Das war aber nicht strittig.

Johannes Remmel (GRÜNE): Bitte?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Das war aber nicht strittig.

Johannes Remmel (GRÜNE): Nein, aber die Frage ist ja: Sind Sie vorher informiert worden und gebeten worden, eine Aussagegenehmigung für Herrn Staatssekretär zu erteilen, und haben vielleicht sich im Vorfeld dann auch über die Zeugenaussage unterhalten, oder hat es da keine Genehmigung einer Zeugenaussage gegeben, weil Sie überhaupt nicht miteinander gesprochen haben?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Also, ich kann das überhaupt nicht mehr nachvollziehen. Wenn das rechtlich notwendig war, dann hat er die bekommen; wenn es nicht notwendig war, dann hat er sie wahrscheinlich nicht bekommen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich frage Sie das deshalb, weil hier für den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss ja sogar Sie eine Aussagegenehmigung des Ministerpräsidenten bekommen haben.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Das ist mir bekannt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Deshalb frage ich Sie, weil für alle anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Zeugenaussagen getätigt haben, ausweislich der Unterlagen solche Zeugenaussagegenehmigungen vorliegen. Vom Staatssekretär liegt mir nichts vor, da liegt uns nichts vor. Vielleicht habe ich es auch in den Akten überlesen. Aber deshalb frage ich Sie noch einmal: Hat es eine Aussagegenehmigung für Herrn Staatssekretär Schink gegeben?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Bei mir ist es ja so gewesen, dass ich einen Brief bekommen habe des Herrn Ausschussvorsitzenden Kutschaty, im Hinblick darauf, dass ich eingeladen werde, und auch an den Ministerpräsidenten wurde geschrieben. Es gab sogar einen Kabinettsbeschluss, dass ich hier heute eine Aussage machen kann. Wie das jetzt rechtlich bei Staatssekretären geregelt ist, kann ich Ihnen nicht sagen; wahrscheinlich auch, ja.

Johannes Remmel (GRÜNE): Nein, nein, es geht nicht um den Ausschuss, sondern es geht um die Vernehmung von Herrn Staatssekretär Schink beim LKA in Sachen Ermittlung Friedrich. Ich meine, immerhin taucht die Zeugenaussage von Herrn Schink als Hauptbegründung nachher im Haftbefehl auf. Deshalb ist das schon nicht unbedeutend: Wie ist das mit der Zeugenaussage von Staatssekretär Schink denn gewesen? Deshalb frage ich: Hat es eine Erlaubnis zur Aussage beim LKA durch Sie als Minister gegeben?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Wenn das LKA da eine Genehmigung vom Minister haben muss, dann hätten die mich angeschrieben, und dann haben sie auch eine bekommen. Ich kann Ihnen das heute nicht mehr sagen, aber in der Sache gibt es doch da überhaupt keinen Zweifel, dass ich die auch ausgestellt hätte.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich gehe davon aus, dass der Staatssekretär Sie wenn, dann bitten muss um eine solche ... Die Frage ist einfach: Hat das stattgefunden? Wenn Sie ... (akustisch unverständlich)

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Also, in diesem Fall bei mir bin ich angeschrieben worden vom Ausschussvorsitzenden, und an den Ministerpräsidenten wurde ebenfalls geschrieben.

Johannes Remmel (GRÜNE): Gut, wenn wir es jetzt nicht klären können, dann wäre es einfach sinnvoll, glaube ich, das zur Vollständigkeit auch noch einmal zu klären, ...

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Gerne.

Johannes Remmel (GRÜNE): ... ob eine solche Aussagegenehmigung denn ergangen ist. Nach unserem bisherigen Kenntnisstand – aber ich will da auch nichts behaupten – ... Vielleicht findet sich dann in den Akten XY, die wir bisher noch nicht durchsucht haben, findet sich das dann. Aber wir haben es bisher nicht finden können. Deswegen haben wir nachgefragt.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Was hat das für Konsequenzen?)

Ich würde Sie gern weiter fragen wollen: JM, Band 11, Blatt 5313.

(Zuruf: 59 ...?)

– 5313, aber ähnlich MUNLV, Band 19, Blatt 126. Bei dem Letzteren handelt es sich um einen Artikel auf wdr.de vom 29.05.2008, und da heißt es zum Schluss:

Die Kampagne gegen Minister Uhlenberg, die 2006 monatelang gefahren wurde, ist heute in sich zusammengebrochen. ... (akustisch unverständlich) Und davor heißt es: Aus Ministeriumskreisen erfuhr wdr.de, dass dort nach der Verhaftung des ehemaligen Beamten Genugtuung herrscht:

Und dann kommt, wie gesagt, dieses wörtliche Zitat:

Die Kampagne gegen Minister Uhlenberg, die 2006 monatelang gefahren wurde, ist heute in sich zusammengebrochen.

In der ersten Fundstelle, die ich genannt habe, einem Artikel von Herrn Schraven, heißt es:

Der Pressesprecher des Umweltministeriums, Markus Fliege, sagte nach der Verhaftung von Harald F. zu Journalisten in Düsseldorf, nun werde die PFT-Berichterstattung im Land in sich zusammenbrechen. Harald F. habe als eine Art Strippenzieher die Informationen in dem Skandal gelenkt.

Ich frage Sie, Herr Minister: Was hat die Verhaftung von Harald F. mit dem PFT-Skandal zu tun in Ihren Augen?

(Lothar Hegemann [CDU]: Gar nichts!)

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nichts. Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun.

Johannes Remmel (GRÜNE): Wie kommt dann Ihr Sprecher dazu?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich kann mir schon vorstellen, was er gemeint hat: Der meint hier diese permanenten Angriffe, die zum Beispiel Sie, Herr Remmel, gegen mich gefahren haben, aber auch ein Teil der anderen Presse, und die eine unerquickliche Verbindung zwischen PFT und Herrn Dr. Friedrich und meiner politischen Arbeit hergestellt haben. Also, wenn einer hier eine Kampagne gefahren hat, Herr Remmel, dann waren Sie es.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich habe ja gar nicht von einer Kampagne gesprochen.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich aber.

Johannes Remmel (GRÜNE): Hier spricht Ihr Sprecher von einer Kampagne im Zusammenhang mit der Verhaftung von Herrn Dr. Friedrich.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Richtig. – Ja, und das ist sicherlich das, was Herr Fliege meinte.

Johannes Remmel (GRÜNE): Mit dieser Meinung stimmen Sie aber nicht überein?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich stimme damit überein, dass Sie eine Kampagne gefahren haben, ja.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich frage Sie, was die Verhaftung mit PFT zu tun hat.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich denke einmal, gar nichts. Das eine war die Verhaftung, und das andere war die Kampagne, die Sie gegen mich gefahren haben.

Johannes Remmel (GRÜNE): Wie kommt dann Ihr Sprecher im Zusammenhang mit der Verhaftung dazu, davon zu sprechen, dass damit die Kampagne gegen den Minister zusammenfällt?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ja, Herr Remmel, weil Sie und einige andere immer diesen Mix hergestellt haben zwischen Dr. Friedrich und PFT und seiner Entlassung aus dem Haus – vielleicht kommen wir darauf gleich noch einmal zu sprechen –, was wirklich unerquicklich und bodenlos war.

Johannes Remmel (GRÜNE): Also, dann hatten Sie ein Interesse an der Verhaftung?

(Lachen von der CDU)

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Herr Remmel, Herr Dr. Friedrich ist doch Ihr Berater. Besprechen Sie diese Frage doch mit Herrn Friedrich. Sie sehen ihn doch öfter als ich. Ich sehe ihn nicht mehr.

Johannes Remmel (GRÜNE): Aber hier macht ein Sprecher Ihres Hauses eine Äußerung nach der Verhaftung von Dr. Friedrich, ...

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Richtig.

(Zuruf von Lothar Hegemann [CDU])

Johannes Remmel (GRÜNE): ... wo er sagt, dass damit die Kampagne zusammenfällt.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Ist sie ja auch!)

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Sie hätten ihn ja fragen können. Vielleicht war er der Hoffnung, dass auch die Kampagne, die Sie persönlich gegen mich gefahren haben, damit ein Stück zusammenbricht. Aber Sie haben ja weitergemacht, ist doch klar.

Johannes Remmel (GRÜNE): Nein, Ihr Sprecher hatte leider keine so guten Erinnerungen wie Sie heute; das muss ich an dieser Stelle einfach einmal loswerden.

Ich würde gerne fragen wollen, ob Sie heute die Sitzung und die Fragen, die sehr dünn waren von der Regierungsseite, ...

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Können Sie ein bisschen lauter sprechen?

Johannes Remmel (GRÜNE): ... ob Sie die Sitzung heute vorbereitet haben oder in Ihrem Haus haben vorbereiten lassen, mit Blick auch auf mögliche Fragen vonseiten der Regierungsfractionen.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein, ich habe Mitarbeiter des Hauses dafür nicht in Anspruch genommen. Ich habe mich natürlich noch einmal ausgetauscht. Am Freitag bin ich extra im Ministerium geblieben, als Herr Staatssekretär Dr. Schink aus dem Ausschuss kam, weil mich das natürlich auch interessiert hat;

(Zuruf von Karl Kress [CDU])

der Leiter des Ministerbüros ist hier. Insofern habe ich da Gespräche geführt, aber mit anderen Mitarbeitern des Hauses nicht.

(Lothar Hegemann [CDU], an Johannes Remmel [GRÜNE] gewandt:
Sprachen Sie eben von Regierungsfractionen?)

Johannes Remmel (GRÜNE): Werden denn üblicherweise in Ihrem Haus Ausschusssitzungen ...

(Lothar Hegemann [CDU]: Haben Sie auch das Wort „Mitarbeiter des Hauses“ benutzt? – Karl Kress [CDU]: ... (akustisch unverständlich)
Regierungsfractionen?)

– Bitte?

(Weitere Zurufe von der CDU und von Holger Ellerbrock [FDP])

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Regierungsfractionen mit Abgeordneten?

Johannes Remmel (GRÜNE): Ja, mit Abgeordneten.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich habe immer mal Kontakt mit Abgeordneten in der letzten Zeit gehabt. Ich habe z. B. mit Ihnen auch Kontakt gehabt, Herr Remmel; am Rande der Grünen Woche habe ich mit Ihnen auch geredet.

Johannes Remmel (GRÜNE): Aber nicht über den Ausschuss. – Aber ich frage noch einmal: Ist es denn üblich, dass bei Ihnen im Haus Ausschusssitzungen auch im Hinblick auf mögliche Fragen der Abgeordneten vorbereitet werden?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein, das ist nicht notwendig. Aber natürlich bereite ich Ausschusssitzungen vor, wenn eine Ausschusssitzung ansteht oder ein Plenum ansteht. Wir haben bei uns im Haus einen Terminreferenten – das ist der Dr. Hausen –, und wenn zum Beispiel ein Plenum ansteht ... Wir haben montagsmorgens die Abteilungsleiterbesprechung, und im Rahmen dieser Abteilungsleiterbesprechung berichtet der Kabinettsreferent darüber, was in der Woche ansteht, ob eine Ausschusssitzung ansteht, welche Tagesordnungspunkte dort anstehen, wenn es ein Plenum gibt, ob montags schon feststeht, durch welche Tagesordnungspunkte unser Haus betroffen ist. Es ist hinterher so, wenn ich mich dann auf die Ausschusssitzung vorbereite – beim Plenum ist das meistens nicht notwendig –, wenn ich mich auf den Ausschuss vorbereite, dass ich mich dann durchaus noch einmal mit Fachleuten meines Hauses kurzschließe, weil – Sie kennen die Breite des Umweltministeriums von den inhaltlichen Themen her – ich hervorragende Fachleute bei mir im Haus habe, auf die ich dann auch gerne Bezug nehme und mit denen ich mich gerne unterhalte, berate.

Johannes Remmel (GRÜNE): Noch einmal: Werden denn konkrete Fragestellungen für Abgeordnete entwickelt, die dann Abgeordnete im Ausschuss stellen?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Für Abgeordnete?

Johannes Remmel (GRÜNE): Ja.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein, um Gottes willen.

(Lothar Hegemann [CDU]: Gehört das zum Untersuchungsauftrag?)

Johannes Remmel (GRÜNE): Dann würde ich gerne ... Ja, es geht um die Frage der politischen Einflussnahme; selbstverständlich.

(Widerspruch von CDU und FDP)

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich weiß, als ich 1980 in den Landtag kam, da wurden damals wohl Reden bei uns im Ministerium für Abgeordnete geschrieben. Aber das gibt es heute nicht mehr.

Johannes Remmel (GRÜNE): Dann frage ich einfach zu MUNLV, Band 33, Blatt 101. Können Sie sich das mal anschauen?

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Dann müssen wir den Ordner mal eben holen. – Herr Ellerbrock.

Holger Ellerbrock (FDP): Ich hatte mich eben zur Geschäftsordnung gemeldet, um den Vorsitzenden zu bitten, dass er den Kollegen Remmel bittet, seine Frage, inwieweit Vorbereitungen bzw. Gespräche und Kontakte – das war hier nicht klar angekommen – mit Mitarbeitern der Regierungsfractionen oder mit Mitgliedern der Regierungsfractionen stattfinden, zu wiederholen. Das möchte ich schon gerne wissen, was da an Zumutungen gefragt wird. Die Frage hätte ich gerne noch mal wiederholt, und zwar wörtlich.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wir können den Kollegen Remmel bitten, die Frage noch mal zu wiederholen. Ansonsten müssten wir es im Protokoll nachlesen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Es geht um Mitglieder, Abgeordnete, Mitarbeiter. Ich habe nach allem gefragt. Das ist doch interessant.

Holger Ellerbrock (FDP): Ich möchte das verstehen, damit der Vorsitzende nicht gleich zu mir sagt, das ist außerhalb des Untersuchungszeitraums oder sonst was. Sie unterstellen, dass ein Mitglied der Regierungsfractionen ...

Johannes Remmel (GRÜNE): Nein.

Holger Ellerbrock (FDP): ... oder ich selbst den Minister auf eine Sitzung vorbereite. Was ist der Inhalt? Ich soll ihn jetzt für eine Sitzung vorbereiten, oder was? Was haben Sie für ein Verständnis vom Umgang zwischen Legislative und Exekutive?

Vorsitzender Thomas Kutschaty: So, das ist aber jetzt Beratung. Herr Remmel hatte eine Frage gestellt. Die habe ich als zulässig erachtet. Wie sich ein Zeuge auf Sitzungen vorbereitet, ist eine Frage, die man stellen darf, weil daraus natürlich auch die Wertigkeit und Glaubwürdigkeit zu beurteilen sind. Das hat was mit unserem Thema hier zu tun, aber ich glaube, die Frage ist gestellt und vom Zeugen beantwortet.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Vorsitzender, ich wollte das nur deutlich machen. Denn wer so was anderen unterstellt, handelt aufgrund des eigenen Erfahrungshorizonts meist selbst so, und das ist problematisch.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Ellerbrock, das nehmen wir jetzt einmal als nicht mehr zu löschende Wortmeldung hier auf. Aber wir machen solche Diskussionen an der Stelle eigentlich nicht.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Das muss früher so üblich gewesen sein! Gab es einen „Untersuchungsausschuss Höhn“, oder was? Das muss ja üblich gewesen sein, dass man sich so vorbereitet hat! Sonst kann man das gar nicht mitbekommen! Sonst würde man gar nicht auf solche Unterstellungen kommen! Kollege, das war der Schuss nach hinten! Elfmeter! Eins! Drin! Klasse! Versenkt!)

Wir warten eben, bis der Ordner aus dem Umweltministerium – nein, nicht aus dem Umweltministerium, sondern der Ordner des Umweltministeriums – geholt worden ist.

(Heiterkeit – Johannes Remmel [GRÜNE]: Wir können den Auszug auch zur Verfügung stellen, wenn Sie es möchten! – Kurze Unterbrechung)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: So, die Akte ist da. Sagen Sie uns bitte noch mal die Seitenzahl, auf die Sie jetzt verweisen möchten, Herr Remmel?

Johannes Remmel (GRÜNE): Das ist MUNLV 33, Blatt 101 ff., zumindest bis 105 oder 106. Das ist lang.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ihr Wunsch war jetzt, dass der Zeuge sich das Schriftstück ansieht?

Johannes Remmel (GRÜNE): Dass er es sich einmal anschaut, ja.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Uhlenberg, würden Sie bitte einmal nach vorne kommen?

(Der Zeuge nimmt beim Vorsitzenden Einblick in die Unterlagen.)

Jetzt Ihre Frage, Herr Remmel.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ob der Minister die Vorbereitung oder den Vermerk identifizieren kann.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich habe das gerade gesehen. Da steht ja nicht bei, von wem diese Fragen kommen. Ich kenne diese Fragen nicht.

Johannes Remmel (GRÜNE): Also, hier steht unter A. Zeitlicher Ablauf, B. Mögliche Fragen CDU ...

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ja, das habe ich gerade gesehen, aber ich kann Ihnen nicht sagen, von wem diese Papiere stammen.

Johannes Remmel (GRÜNE): ... C. Mögliches Statement, D. Mögliche Fragen Rot-Grün. So ist das aufgebaut.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Also, ich kenne die Fragen überhaupt nicht. Ich kann Ihnen nichts dazu sagen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Nehmen Sie so was mit in die Ausschussvorbereitung, oder lassen Sie das Abgeordneten zukommen?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Abgeordneten? – Nein. Es ist so: Wenn ich in die Ausschüsse gehe – das war bei meiner verehrten Vorgängerin genauso wie bei mir –, dann gibt es einen Redeentwurf – die Herren, die neben Ihnen sitzen, wissen das ja –, und dann gibt es Hintergrundinformationen zu einzelnen Bereichen, die in der Diskussion im Ausschuss vertieft eine Rolle spielen können. So wird eine Ausschusssitzung normalerweise vorbereitet.

Johannes Remmel (GRÜNE): Haben Sie denn dieses Papier im Vorfeld einer Ausschusssitzung ...

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich kenne dieses Papier nicht, das Sie da gerade die ganze Zeit ...

Johannes Remmel (GRÜNE): Laut Ausschussprotokoll 14/998 vom 13.11.2009, Seite 41, nachdem ich Dr. Günther mehrfach gefragt habe, ob er da mitgewirkt hat, hat er zumindest zugegeben, dass das teilweise ... Hier frage ich auf Seite 41:

Johannes Remmel (GRÜNE): Sie würden das also möglicherweise der Pressestelle oder dem Ministerbereich zuordnen wollen?

Zeuge Dr. Jörg-Michael Günther: Es kann ja nur aus diesem Bereich stammen.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich kann keinen Beitrag dazu leisten. Wissen Sie, ich weiß auch gar nicht, ob ich an der Ausschusssitzung anwesend war. Das ist ja meistens der Tag der Grünen Woche. Das ist ein Mittwoch. Es kann sein, dass ich dabei war, es kann sein, dass ich nicht dabei war. Also, in diesem Jahr war ich an dem Tag der Januarsitzung nicht dabei. Zu 2009 kann ich nichts sagen. Das weiß ich nicht.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ist es denn üblich, dass zur Ausschussvorbereitung auch Mitarbeiter der CDU-Fraktion an Sitzungen teilnehmen?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein, das hat es noch nie gegeben.

Johannes Remmel (GRÜNE): Nach ...

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich weiß, jetzt kommen Sie auf einen Vermerk zu sprechen. Aber dass da ein Abgeordneter der CDU bei uns im Haus war, daran kann ich mich nicht erinnern. Ich glaube, das muss ein Tippfehler sein.

Die Ausschusssitzung läuft folgendermaßen ab: Es tagt am Dienstag nach der Fraktion der Arbeitskreis der CDU, ab und zu mit dem Koalitionspartner, ab und zu ohne. Und an diesen Sitzungen nehme ich teil. Aber es kommen keine Abgeordneten aus den Koalitionsfraktionen bei uns ins Haus, um Ausschusssitzungen ...

Johannes Remmel (GRÜNE): Mitarbeiter.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Mitarbeiter? – Auch nicht.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Noch nie!)

Johannes Remmel (GRÜNE): Ausweislich des Ausschussprotokolls 14/999 vom 16.11.2009, Seite 171, frage ich Herrn Dr. Günther:

Ich habe nur noch ganz wenige kleine Fragen. Ich hatte Folgendes noch Erinnerung und wollte das nicht aus den Augen verlieren: In der letzten Befragung am Freitag hatten Sie auf eine Frage, bei der es um eine Besprechung beim Minister zur Vorbereitung auf Ausschüsse ging – Sie hatten darauf aufmerksam gemacht, dass es bei dieser Besprechung auch eine ausführliche Vorlage gab, die nicht von Ihnen stammen könne, bei der Sie aber möglicherweise zugearbeitet hätten –, davon berichtet, dass ein CDU-MdL an dieser Besprechung teilgenommen hat. Sie wollten im Laufe der Sitzung noch über den Namen nachdenken. Vielleicht ist er Ihnen ja bis heute eingefallen.

Darauf antwortet der Zeuge Günther:

Ich hatte nach meiner Erinnerung gesagt, ein Fraktionsmitarbeiter. Dieser Fraktionsmitarbeiter ist der aktuelle Abteilungsleiter VI. Ich habe den Namen auch jetzt nach dieser langen Vernehmungszeit nicht präsent; er kann aber einfach recherchiert werden.

Zuruf von der CDU: Dr. Heller!

– Dr. Heller, genau. Der war damals bei der Besprechung im Vorfeld der Sitzung des, glaube ich, Umweltausschusses dabei. Insofern trage ich das hiermit nach.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Das ist richtig. Daran kann ich mich erinnern. Es hat einmal ein Gespräch gegeben mit Herrn Dr. Heller. Dr. Heller war ja Leiter des Büros von Helmut Stahl, und er ist einmal bei uns im Haus gewesen, wo wir eine Vielzahl politischer Fragen besprochen haben. Das ist richtig.

Johannes Remmel (GRÜNE): Gut. – Ist da auch ...

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Aber ich kann mich nicht an einen Abgeordneten erinnern. Das muss ich sagen. Das hat es – glaube ich – auch nie gegeben, dass ein Abgeordneter bei uns im Haus war, um irgendeine Ausschusssitzung vorzubereiten. Wie gesagt, dazu gehe ich immer in den Arbeitskreis, aber es ist richtig – ich kann jetzt nicht mehr genau sagen, wann das war –: Dr. Heller ist einmal im Haus gewesen, wo es um Fragen der Zusammenarbeit zwischen unserem Haus und der CDU-Fraktion ging.

Ich kann das auch begründen. Helmut Stahl ist ein Fraktionsvorsitzender, der insbesondere Umweltfragen gegenüber sehr aufgeschlossen ist. Es gibt immer Abstimmungsbedarf, wenn zum Beispiel Anträge auf den Weg gebracht werden – erst einmal in der eigenen Fraktion. Dann müssen die hinterher natürlich mit dem Koalitionspartner intensiv diskutiert werden, und es kommen auch Initiativen vom Koalitionspartner. Und da ist die intensive Zusammenarbeit mit dem Leiter des Vorsitzendenbüros der CDU-Landtagsfraktion ganz wichtig.

Es gab ja auch im Zusammenhang mit Haushaltskürzungen immer wieder Debatten, und für mich war es natürlich sehr wichtig, dass der Vorsitzende der Regierungsfraktion auf unserer Seite war. Das heißt, dass zur Vorbereitung dieser ganzen Aktivitäten – das Parlament beschließt ja hinterher den Haushaltsplan und nicht die Landesregierung – natürlich der intensive Austausch mit auf der einen Seite Mitgliedern der Regierungsfraktionen und auf der anderen Seite mit dem Büro des Fraktionsvorsitzenden sehr wichtig ist. Ich habe das mit Herrn Stahl oft selber gemacht, aber auch mit Herrn Heller, wenn ich im Landtag war. Einmal ist Herr Heller zu uns ins Haus gekommen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Bei dieser Vorbereitung ging es ausweislich des Herrn Dr. Günther um die Ausschussvorbereitung am 03.06.2008. Da ging es nicht um Umweltfragen, sondern es ging um die Frage der Verhaftung von Herrn Dr. Friedrich. Herr Dr. Günther war bei dem Gespräch ja auch anwesend.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Aber wir haben ...

Johannes Remmel (GRÜNE): Also: Herr Dr. Günther und Sie und Dr. Heller bereiten den Ausschuss vor bezogen auf die Verhaftung von Herrn Dr. Friedrich.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ja, aber in dieser Ausschusssitzung, Herr Remmel, haben die sich mit Herrn Friedrich beschäftigt, aber auch mit vielen anderen Fragen, die ich natürlich auch intensiv mit der Fraktion besprochen habe.

Johannes Remmel (GRÜNE): Deshalb frage ich Sie noch mal nach dem Vermerk, den Sie eben gesehen haben, worin auch steht „mögliche Fragen der CDU“.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich kann Ihnen nicht ...

Johannes Remmel (GRÜNE): Vielleicht ist der Vermerk dann an Herrn Heller weitergereicht worden.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich habe Ihnen ja gesagt, dass ich diese Fragen nicht kenne.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich kann es ja nur vergleichen. Wenn man das Ausschussprotokoll daneben legt, fällt auf, dass mehrere Fragen – mindestens fünf, sechs –, die Ihr Haus offensichtlich aufgeschrieben hat, dann nachher von CDU-Abgeordneten gestellt werden.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Dafür, dass mein Haus diese Fragen erstellt hat, sind Sie ja bisher jeden Beweis schuldig geblieben. Es kann ja auch sein, dass die in der Fraktion erstellt worden sind. Da kann ich hinterher nur hoffen, dass dann, wenn sich jemand die Arbeit gemacht hat, die Fragen dann auch wirklich im Ausschuss gestellt werden.

Johannes Remmel (GRÜNE): Wie kommen die Unterlagen in den Ordner Ihres Hauses?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Da liegen auch schon mal Unterlagen, die ich hinterher mitnehme. Ich kann zu diesen ganzen Fragen, zu diesen vier Zetteln überhaupt nichts sagen. Ich kenne die nicht.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich frage Sie, wie es hier beispielsweise steht. „Mögliche Fragen der CDU“.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ja, ich weiß.

Johannes Remmel (GRÜNE): Welche Verbindungen bestanden zwischen Dr. Friedrich und der RWTH Aachen? Seit wann waren diese bekannt?

Ausweislich des Protokolls 14/670, Seite 11 fragt Herr Ortgies: Ist Ihnen bekannt, ob und seit wann es beispielsweise zwischen der RWTH Aachen und dem Abteilungsleiter Verbindungen gibt? Ist Ihnen dazu etwas bekannt?

Oder hier in der Vorbereitung steht: Für welche Zwecke dürfen Mittel aus der Abwasserabgabe verwendet werden? Wie wurde die Einhaltung der Zweckbindung durch die alte Landesregierung kontrolliert, wie wird sie durch die neue kontrolliert?

Herr Ortgies fragt: Können Sie ungefähr die Beträge beziffern, die zwischen 2003 und 2006 aus dieser Abwasserabgabe an Mitteln vergeben wurden, und hat es nach dem Regierungswechsel eventuell Änderungen gegeben?

Wie erklären Sie sich, dass in Ihrem Haus Fragen an Sie durch CDU-Abgeordnete vorbereitet worden sind?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Das weise ich noch mal zurück. Das haben Sie zum dritten Mal behauptet. Sie haben überhaupt keinen Beweis dafür, dass diese Fragen bei uns im Haus erstellt worden sind.

Mir sind eben vier Seiten gezeigt worden. Ich kenne diese Seiten nicht. Ich habe die noch nie gesehen. Steht auch nicht drunter, dass sie im Umweltministerium erstellt worden sind. Sie sind in der Lage, kompetente Fragen im Ausschuss zu stellen; das kann der Abgeordnete Ortgies auch. So schwer ist es ja nun schließlich nicht, die Fragen zu stellen, die er im Zusammenhang mit der Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie da gestellt hat. Dazu braucht man nicht sehr viel Fantasie, man braucht nicht einmal Experte zu sein.

(Zuruf von Wolfgang Schmitz [CDU])

Johannes Remmel (GRÜNE): Dann müssen Sie uns doch erklären, wie diese Akten ... Wir haben ja nicht die Akten der CDU-Fraktion beschlagnahmt, sondern die Akten sind uns aus den Akten des Umweltministeriums von Ihnen übersandt worden.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich habe die Akte nicht zusammengestellt. Ich kann Ihnen dazu nichts sagen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Sie müssen doch eine Erklärung dafür liefern können, warum eine solche Ausschussvorbereitung in den Akten des Umweltministeriums auftaucht.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich habe hier nur schon mal gesagt, ich kenne diese vier Seiten nicht.

Johannes Remmel (GRÜNE): Dann würde ich gerne abschließend auf die Frage der Vollständigkeit der uns übersandten Unterlagen kommen. Alle anderen Minister – Justizministerin, Innenminister – haben jeweils die Vollständigkeitserklärung unterschrieben. Von Ihrem Haus haben Sie die nicht unterschrieben. Warum?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich kenne den Vorgang nicht. Dass mir das vorgelegt worden ist, dass ich das nicht unterschrieben habe, dazu kann ich nichts sagen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Aber die Vollständigkeit ...

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich weigere mich aber auch nicht, die zu unterschreiben. Ich kann sie ja noch unterschreiben, wenn es notwendig ist. Ich kenne den Vorgang überhaupt nicht.

Johannes Remmel (GRÜNE): Warum hat das bei Ihnen der Staatssekretär unterschrieben und nicht der Minister?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ach so. Mein Gott. Das ist ja vom Haus unterschrieben worden. Dann hat es der Staatssekretär unterschrieben; als Amtschef hat er es dann unterschrieben.

Johannes Remmel (GRÜNE): Sie haben eben zum Beispiel ...

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Das hätte wahrscheinlich im Justizministerium auch der Staatssekretär machen können.

Johannes Remmel (GRÜNE): Wir haben eben zum Beispiel einen Vorgang gehabt, wo ein Schreiben nicht dabei gewesen ist, was offensichtlich aus dem Ministerbüro ...

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Was ich nach wie vor zurückweise, Herr Abgeordneter.

Johannes Remmel (GRÜNE): Dann gibt es auch einen Vorgang, dass der Ausschuss Sie auf unsere Bitte hin noch einmal angeschrieben hat, weil verschiedene andere Vorgänge entweder nicht im Original vorhanden sind oder überhaupt nicht vorhanden sind, von denen man aber erwarten könnte, dass sie vorhanden sind. Wann wird das beantwortet?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Mir ist dieses Schreiben nicht bekannt, dass irgendwelche Unterlagen fehlen. Ich denke auch, dass sich der Ausschussvorsitzende an das Ministerium gewandt hätte, da es möglicherweise dazu führt, dass die Arbeitsfähigkeit dieses Parlamentarischen Untersuchungsausschusses beeinträchtigt ist. Das liegt mir natürlich völlig fern.

Johannes Remmel (GRÜNE): Der Ausschussvorsitzende hat sich doch ans Ministerium gewandt. Das ist schon über zehn Tage her.

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Hat Herr Schink doch beantwortet!)

– Aber ich will das vom Minister wissen, weil es offensichtlich da ein Problem gibt.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Für diese Zusammenstellung und für diesen Bereich ist nicht der Minister zuständig, sondern der Staatssekretär als Amtschef.

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Wieder eine Unterstellung!)

Johannes Remmel (GRÜNE): Also für das Parlament ist nicht der Minister zuständig?

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Für das Parlament ist der Minister zuständig, aber die Vorbereitung dieser Unterlagen für das Parlament macht der Staatssekretär.

(Referent Prof. Dr. Andreas Jurgeleit [CDU-Fraktion]: Der Minister zählt auch nicht die Seiten!)

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Sie wissen ja, dass ich als langjähriger Landtagsabgeordneter, einer der dienstältesten Landtagsabgeordneten in Nordrhein-Westfalen, immer eine besondere Wertschätzung dem Parlament gegenüber an den Tag lege.

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Ja, das stimmt!)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Vielen Dank. – Als Nächstes ist Herr Deppe dran.

Rainer Deppe (CDU): Herr Minister, es ist verschiedentlich angesprochen worden – Herr Kollege Remmel hat es vorhin auch mal kurz erwähnt –, dass die Entlassung des Abteilungsleiters Dr. Friedrich aufgrund seiner Tätigkeit in der PFT-Frage erfolgt sei. Unter anderem hat im Ausschuss für Haushaltskontrolle – Parlamentsprotokoll 14/670 – der Abgeordnete Groth erklärt, dass der ehemalige Abteilungsleiter vor allem für die Wasserverbände und die Unternehmen der Wasserwirtschaft ein Störfaktor gewesen sei.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Nennen Sie uns noch mal die Seiten des Protokolls.

Rainer Deppe (CDU): Protokoll 14/670, Seite 29.

In der „NRZ“ vom 30. Mai wird darüber berichtet, dass der ehemalige Abteilungsleiter vor allem für die Wasserverbände und die Unternehmen der Wasserwirtschaft ein Störfaktor gewesen sei, da er sich dem Kampf gegen PFT verschrieben hatte.

Dann wird weiter ausgeführt, dass man sich im Ministerium gefreut habe. Ich kann das auch vorlesen: Entsprechend triumphal hieß es gestern in Uhlenbergs Umfeld, F. habe hinter der PFT-Kampagne gegen den Minister gesteckt. Dem sei nun die Grundlage entzogen.

Dann die Frage: Womit begründet denn die Landesregierung diese Einschätzung? Gibt es keine Krise mehr, seit der Abteilungsleiter hinter Gittern ist? Gibt es keinen weiteren Handlungsbedarf in der PFT-Frage mehr? Ist das aus der Welt?

Ich frage Sie, Herr Minister, wie sich damals die PFT-Entwicklung aus Ihrer Sicht darstellte und ob der Abteilungsleiter Friedrich wegen der PFT-Frage aus dem Hause entlassen wurde.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Was das Verhältnis, Herr Abgeordneter Deppe, zu den Wasserverbänden angeht, habe ich, glaube ich, schon einiges gesagt. Das war ein sehr gestörtes Verhältnis. Aber das war für mich auch nicht ausschlaggebend. Jeder Abteilungsleiter muss zu Verbänden, die mit seinem Zuständigkeitsbereich zu tun haben, auch ein Stück ein gestörtes Verhältnis haben. Da gibt es ganz unterschiedliche Interessen. Verbände vertreten andere Interessen, wir sind für eine gute Politik in Nordrhein-Westfalen zuständig. Aber da gab es hinterher eine Sprachlosigkeit, was der Lösung der Umweltprobleme in Nordrhein-Westfalen nicht mehr dienlich war. Aber das war für mich kein entscheidender Punkt; das ist wohl schon viele Jahre so gelaufen. Das war dann eben so.

Was das Thema PFT angeht: Das ist in der Tat ein besonders pikantes Thema. Als diese Vorgänge mit diesem Dünger „Terraform“ – nicht zu meiner Amtszeit, sondern in den Jahren 2002 bis 2004 – passiert sind – zwischen 2002 und 2004 sind diese Flächen im Sauerland, im Kreis Soest bis hin nach Ostwestfalen, mit diesem sogenannten Dünger „Terraform“ verseucht worden –, hat das „Westfälische Wochenblatt“ schon darüber berichtet, dass Landwirte unverantwortlich diesen Dünger auf ihre Flächen getan haben.

Ich habe das hinterher gar nicht mehr vertieft. Aber wenn ich dann in der Zeitung lesen konnte oder Herr Remmel erklärt hat, Herr Friedrich sei deswegen nicht mehr bei uns, weil er zu starke Kriterien an die Umweltpolitik und an die Wasserpolitik gelegt hat, dann ist das schlicht und einfach eine Witznummer. Was mich immer nur erschüttert hat: Eine Zeitung hat diesen Quatsch geschrieben, und alle anderen haben es abgeschrieben. Das hat mich bei der ganzen Geschichte immer irritiert.

Also: Der Abteilungsleiter hätte zwischen 2002 und 2004 eingreifen können, als es um PFT ging. Es ist nichts geschehen. Es ist erst etwas geschehen ab dem Jahr 2006, als ich auch auf das Problem aufmerksam gemacht wurde, und zwar mehr oder weniger zufällig. Ich bin im Sommer 2005 in das Haus gekommen, und im Jahr 2006 ist es dann so gewesen, dass Studenten aus Bonn im Sauerland waren und Proben genommen haben, und sie haben dann diesen PFT-Gehalt festgestellt, der schon einige Jahre vorher ausgebracht worden ist.

Das hatte auf der einen Seite die Konsequenzen für die Flächen und für den Möhnesee und für die Gewässer, und auf der anderen Seite haben wir natürlich in Nord-

rhein-Westfalen ein PFT-Problem, wie das in allen anderen Bundesländern oder in ganz Europa der Fall ist, dass Materialien, die PFT-bealstet sind, im Bereich der Industrie eingesetzt werden.

Dann sind wir zielgerichtet vorgegangen, indem wir zunächst einmal die Flächen saniert haben, insbesondere die Fläche in Brilon-Scharfenberg, 10,3 ha. Ich kann mich noch gut erinnern. Ich habe freitagmittags den Finanzminister angerufen und habe gesagt: Ich brauche 1 Million €, um diese Flächen zu sanieren. Wir sind dann systematisch vorgegangen. Im Einflussbereich liegen die Möhne und der Möhnesee. Das war ein großes Problem. Das ist meine Heimat. Ich kenne mich da sehr gut aus. Das hatte auch Auswirkungen auf den Tourismus. Herr Abgeordneter Rimmel hat damals davon gesprochen, das Ganze sei inzwischen eine Kloake. Das hatte natürlich sehr negative Auswirkungen auf Arbeitsplätze und Tourismus in der Region.

Wir haben eine wissenschaftliche Kommission, einen Beirat eingerichtet, der uns beraten hat. Ich habe das Programm „Reine Ruhr“ gestartet. Das heißt, wir haben die Wasserprobleme gelöst. Es gibt nie eine hundertprozentige Sicherheit – das ist auch klar –, weil vor dem Hintergrund der neuen Analyseverfahren immer wieder Schadstoffe gefunden werden können. Aber wir haben alles auf den Weg gebracht, um diese PFT- und die Wasserproblematik in Nordrhein-Westfalen zu lösen –

(Zuruf von Johannes Rimmel [GRÜNE])

sowohl auf den Flächen als auch in den ca. 100 Industriebetrieben, die wir in Nordrhein-Westfalen haben, die schon seit Jahren PFT-Materialien eingesetzt haben und wo vorher eben nichts passiert ist.

Das fand ich dann natürlich besonders pikant, dass es in einer solchen Situation diese enge Zusammenarbeit zwischen Herrn Abgeordneten Rimmel und Herrn Dr. Friedrich gegeben hat. Die Wortmeldungen waren ja deckungsgleich. Jeden Beitrag, den wir damals geleistet haben ... Wenn wir zum Beispiel in Scharfenberg angefangen sind, um diese Fläche zu sanieren, wurde von Herrn Dr. Friedrich und Herrn Rimmel mitgeteilt: Das Ganze würde genau an der falschen Stelle geschehen. Am Möhnesee würde überhaupt nichts gemacht.

Es war also keine konstruktive Kritik mehr im Zusammenhag mit PFT. Ich will das einmal mit meinen Worten sagen: Man wollte über diesen gesamten Vorgang eigentlich den Minister kippen. So ist das auch innerhalb der Grünen diskutiert worden. Man konnte es nicht haben, dass dieser westfälische Landwirt immer noch ein paar Jahre nach 2005 auf einem Sessel saß, auf dem früher die grüne Umweltministerin war. Da war das Thema PFT ein Kampftema geworden.

Aber ich kenne – um Ihre Frage zu beantworten – keinen konkreten Beitrag von Herrn Dr. Friedrich, keinen konstruktiven Beitrag zur Lösung des PFT-Problems. Ich glaube sogar, dass er so kompetent ist, Beiträge liefern zu können. Das hat er aber in der ganzen Zeit nicht getan. Er ist sicherlich Kritiker meiner Umweltpolitik gewesen, aber ich kenne von ihm keinen konstruktiven Beitrag, der über das hinausgeht oder schneller dazu beigetragen hätte, um dieses Umweltproblem in Nordrhein-Westfalen zu lösen. Das Ganze war natürlich dann ein großer politischer Kampf. Da

ging es auch um PFT, aber es sollte natürlich insbesondere beim Minister etwas hängenbleiben.

Wir haben inzwischen das Problem PFT gelöst. Wir haben dort überall einen Zielwert von 100 Nanogramm erreicht, der gesundheitlich duldbare Leitwert von 300 Nanogramm ist erreicht. Ich bin selber auch viele Jahre Oppositionsabgeordneter gewesen und habe auch früher meine Vorgängerin kritisiert. Aber das war schon fast niederträchtig, das muss ich sagen, wie man dort – wenn ich mir heute noch einmal die Presseerklärung von Herrn Remmel vor Augen führe –, wie ich damals angegriffen worden bin, wie man auch dazu beigetragen hat, die Bevölkerung in der Region zu verunsichern. Das hatte mit politischer Auseinandersetzung nur begrenzt etwas zu tun.

Das PFT-Problem in Nordrhein-Westfalen ist gelöst, und zwar ohne Herrn Dr. Friedrich. Ich weiß nicht, weshalb man vor dem Regierungswechsel dieses Problem nicht angepackt hat.

Rainer Deppe (CDU): Darf ich noch einmal eine Nachfrage stellen? Sie hatten eben erwähnt: Schon 2002 ist das Thema in den Medien aufgetaucht. Wissen Sie, das war ja zur Zeit Ihrer Amtsvorgängerin, ob das Thema damals auch schon in der Abteilung IV bei Herrn Dr. Friedrich angesiedelt war?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ja, die Wasserwirtschaft war immer in Abteilung IV zu Hause. Das ist klar. Die Abteilung IV war immer für die Wasserwirtschaft zuständig in der Zeit, als Herr Dr. Friedrich Abteilungsleiter war, auch vorher schon.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Er war dann mal weg, er war dann mal wieder da. Es war immer Sache der Abteilung IV; dort war immer die Zuständigkeit für die Wasserwirtschaft.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Vielen Dank, Herr Kollege Deppe. – Dann ist jetzt Herr Gatter als Nächstes dran.

Stephan Gatter (SPD): Liebe Kollegen, Herr Minister, ich möchte jetzt ganz gern auf einen Aspekt dieses ganzen Verfahrens eingehen, der in letzter Zeit ein bisschen wenig in die Öffentlichkeit gekommen ist. Es geht dabei ja nicht nur um Dr. Friedrich. Es geht ja auch noch um die erkleckliche Anzahl anderer Menschen, die in dieses ganze Verfahren hereingerutscht sind.

Ich möchte noch einmal erinnern: Es gab 13 Tatverdächtige. Von diesen 13 wurden neun beschuldigt wegen des Verdachts des banden- und gewerbsmäßigen schweren Betruges und Untreue sowie Vorteilsnahme. Das alles resultiert aus Gerüchten, die nach dem Antikorruptionsgesetz an das LKA weitergegeben worden sind.

Meine Frage ist jetzt erst einmal ganz konkret: Haben Sie als Ministerium oder Sie als Minister – dabei sind ja auch Firmen gewesen, die vorher für das Ministerium gearbeitet haben, die in dieses ganze Verfahren mit reingeraten sind – noch Kontakt zu

diesen, oder arbeiten sie unterdessen wieder für das Ministerium? Darüber hört man überhaupt nichts. Da sind ja auch Existenzen bedroht worden.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ach, Sie meinen die Institute. Ja, das tat mir auch sehr leid, dass die Institute durch diese gesamte Situation auch in Existenzschwierigkeiten gekommen sind. Ich habe da aber in den letzten Wochen und Monaten nichts mehr gehört. Ich gehe davon aus, dass die Institute aus dieser kritischen Situation, in der sie zumindest drin waren, wieder heraus sind. Andere Erkenntnisse habe ich nicht.

(Zuruf von Holger Ellerbrock [FDP] – Stephan Gatter [SPD]: Sollte das jetzt ins Protokoll, Herr Ellerbrock, oder war das nur so bemerkt?)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Lassen Sie sich nicht irritieren, Herr Gatter. Sie sind dran.

Stephan Gatter (SPD): Ein zweiter Aspekt, den ich noch einbringen möchte, ist: Sie hatten eben in der Beschreibung gesagt, das Ministerium wird von Ihnen und dem Staatssekretär geleitet. Wie meinen Sie das jetzt konkret?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich glaube, ein Minister und ein Staatssekretär haben Aufgaben, die sich gegenseitig ergänzen in der Führung des Hauses, aber sie sind doch ein Stückchen unterschiedlich.

Wenn man Minister wird – so habe ich das zumindest gesehen –, muss man zunächst einmal wissen, was man politisch will, was man inhaltlich in Nordrhein-Westfalen machen will, was man mit einem solchen Ministerium machen will. Die politischen Vorgaben stammen sicherlich vom Minister in einem solchen Haus.

Ich darf noch einmal daran erinnern: Ich habe damals einen Neuanfang im Bereich der Umweltpolitik in Nordrhein-Westfalen gemacht. Ich habe diesen Dialog Umwelt und Wirtschaft gemeinsam auch mit dem Wirtschaftsministerium auf den Weg gebracht. Diese künstlichen Gegensätze zwischen Wirtschaft und Umwelt in Nordrhein-Westfalen, auch zwischen den Häusern Wirtschaft und Umwelt, die wird es immer ein Stück geben, aber so, dass man wenigstens vernünftig miteinander arbeiten kann.

Wir haben viele Dinge gemeinsam auf den Weg gebracht. Ich darf noch einmal an organisatorische Fragen erinnern. Auch die habe ich sicherlich sehr eng gemeinsam mit dem Staatssekretär gemacht: Die Gründung des LANUV, die Reform der Umweltverwaltung, ist in der Zeit umgesetzt worden, eine große Forstverwaltungsreform, wie es sie in der Geschichte von Nordrhein-Westfalen noch nicht gegeben hat.

Wir haben sicherlich auch Probleme am Anfang gehabt bei dem Sparkurs im Zusammenhang mit der Haushaltskonsolidierung. Wir haben den Landesbetrieb Wald und Holz gegründet. Das Thema Luftreinehaltepolitik hat eine große Rolle gespielt, darauf habe ich schon einmal hingewiesen. Wir haben die biologischen Statio-

nen in Nordrhein-Westfalen auf eine sichere finanzielle Grundlage gestellt, sodass sie bis zum Jahre 2010 keine finanziellen Sorgen mehr haben.

Das Thema Biodiversität, Artenvielfalt, hat bei mir eine große Rolle gespielt. Es gibt inzwischen auch ein Lob von den Umweltverbänden, was unsere Umwelt- und Naturschutzpolitik angeht. In der Geschichte von Nordrhein-Westfalen ist noch nie so viel Geld für den Naturschutz ausgegeben worden wie in den Jahren 2009 und 2010. Das sind sicherlich zum großen Teil europäische Gelder, aber sie müssen auch entsprechend kofinanziert werden.

Wir hatten das Thema Wasserqualität, wo wir in der Tat die Baustelle PFT von der Vorgängerregierung geerbt haben mit der entsprechenden Begleitung durch Herrn Remmel. Wir hatten, als ich Minister wurde, diesen großen Gammelfleischskandal, wo noch Tonnen Fleisch gefunden worden sind, die auch vor dem Jahre 2005 in den Regalen lagerten.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Wir haben die gesamte Lebensmittelsicherheit in Nordrhein-Westfalen auf eine neue Grundlage gestellt, die gesamte Lebensmittelkontrolle. Wir haben das Berufsbild des Lebensmittelassistenten eingeführt.

Wir haben dafür gesorgt, dass das komische Verhältnis bei der Landwirtschaft – Nordrhein-Westfalen ist der dritt wichtigste Agrarstandort – zwischen den Landwirtschaftsverbänden und der Landesregierung wieder vernünftig ist. Wir haben die Landwirtschaftskammer gerettet. Die gäbe es heute sonst nicht mehr. Sie muss zwar jedes Jahr 1,5 Millionen € zusätzlich sparen, aber auch da gibt es eine Planungssicherheit. Wir haben die biologische Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen stärker unterstützt, als es in den vergangenen Jahren der Fall war. Ich habe die Allianz für die Fläche auf den Weg gebracht, weil das Thema Flächenversiegelung auch bei der Vorgängerregierung noch überhaupt kein Thema war, dass jeden Tag 15 ha der freien Landwirtschaft entnommen werden.

Ich war Vorsitzender der Umweltministerkonferenz. Wir haben ein neues Hochwasserschutzkonzept auf den Weg gebracht und insbesondere das umgesetzt, was heute Morgen schon einmal eine Rolle gespielt hat: die Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie. Wir hatten 2007 Kyrill. Da sind innerhalb von wenigen Minuten 25 Millionen Bäume umgefallen mit allen Konsequenzen, auch was Existenzsorgen der Waldbauern angeht.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE] – Weitere Zurufe)

Wir haben eine aktive Klimapolitik betrieben, insbesondere auch in unserem Zuständigkeitsbereich, Klimafolgenabschätzung. Das sind nur einige wenige Punkte, die ich nennen wollte.

Um Ihre Frage zu beantworten: Ich weiß nicht, weshalb es hier auf der rechten Seite von mir aus gesehen so unruhig geworden ist.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Nein!)

– Ja, aber Sie müssen das dann auch einmal ertragen, Herr Abgeordneter. So etwas können Sie nur schaffen, wenn Sie das mit einem tüchtigen Staatssekretär machen.

Ich habe dann nach dem Regierungswechsel, als sich das abzeichnete, Herrn Dr. Schink gefragt, ob er bereit sei, Staatssekretär in dem Ministerium zu werden. Ich glaube, wir ergänzen uns. Er ist ein guter Jurist, der die täglichen Dinge im Haus regelt. Ich bilde mir ein, dass ich ein erfahrener Politiker bin. Deswegen können wir auch nach viereinhalb Jahren Arbeit im Umweltministerium in enger Kooperation mit den kompetenten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Umweltministerium diese Erfolgsbilanz vorlegen.

Deswegen – das darf ich vielleicht auch an dieser Stelle noch einmal sagen – schmerzt das eigentlich auch mit Herrn Dr. Friedrich, dieser Vorgang. In diesem Haus arbeiten 400 Leute. Ich vertrage mich mit allen gut. Mit dem einen hat man mehr zu tun und mit dem anderen weniger. Natürlich muss man am Anfang ... Wenn man in ein solches Haus kommt, wird man auch ein bisschen kritisch angesehen. Das dauert auch erst etwas, bis man gegenseitig Vertrauen zueinander bekommen hat. Aber es gibt keinen im Haus, der sagt, dass wir die Kompetenz nicht einfordern, dass es einen Minister gibt, der die Kompetenz im Haus nicht abfragt, der nicht vernünftig mit den Mitarbeitern umgeht. Ich glaube, wir haben ein gutes Klima im Umweltministerium. Darauf möchte ich einmal Wert legen.

Vor diesem Hintergrund – und das können Sie mir wirklich abnehmen – bedauere ich es außerordentlich, dass es einen solchen Vorgang wie Dr. Friedrich gegeben hat. Aber es braucht ja dann auch nicht unbedingt am Minister zu liegen oder an der Hausspitze, wenn so etwas passiert. Es kann ja möglicherweise ein Stück am Abteilungsleiter liegen. Der ist der Einzige in dieser Zeit, der quasi im Unfrieden aus unserem Haus geschieden ist.

Stephan Gatter (SPD): Also, ich gönne Ihnen ja diesen Werbeblock, den Sie gerade gemacht haben. Den gönne ich Ihnen auch deswegen, weil Sie als Minister natürlich auch das Recht haben, sich so darzustellen, wie Sie meinen, gesehen werden zu sollen. Das ist auch unbestritten. Das ist vielleicht die schöne Seite des Ministerdaseins.

Ich komme aber auf die etwas negativere oder etwas anstrengendere Seite des Ministerdaseins: Sie sind aber trotzdem politisch verantwortlich für das Ministerium und nicht der Staatssekretär.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ja, das ist klar, dass der Minister das ist. Sie haben völlig Recht, Herr Abgeordneter. Es gibt schöne Tage. Man muss sich auch an so etwas erst gewöhnen, wenn man in so ein Haus kommt. Dann gibt es ab und zu ganz große Aufregung. Am anderen Tag hat sich die schon wieder erledigt. Ich sage inzwischen: 70 bis 80 % klappen ganz gut, bei 20 % muss man jeden Tag dreimal hingucken, muss man auch ein bisschen mehr kämpfen, gibt es auch Ärger mit allen möglichen Organisationen. Das ist dann so.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Aber nicht mit dem Koalitionspartner!)

Stephan Gatter (SPD): Deswegen habe ich Ihnen auch gerade ohne Kommentar zugehört, als Sie das da gesagt haben.

Ich möchte Sie aber aus einem ganz einfachen Grund noch einmal etwas fragen. Wenn ich jetzt einmal wirklich rekapituliere: Da werden – ich sage es noch einmal, weil es nichts anderes war – Gerüchte weitergegeben von Mitarbeitern Ihres Hauses. Das wird vom LKA begierig aufgegriffen. Daraus entsteht dann so eine Aktion, wie ich sie gerade geschildert habe, auch den 13 anderen gegenüber. Wir können es gern noch einmal ... Es sind teilweise wirklich beeindruckende Zahlen, wie viele Staatsanwälte, wie viele Polizisten, wie oft abgehört worden ist.

Der größte Teil davon hat sich dann danach in Luft aufgelöst. Da muss doch irgend-einer sagen: Hallo, da kann doch in diesem System irgendetwas nicht gestimmt haben? Deswegen komme ich noch einmal auf das Ministerium zurück.

Sind Sie sicher, dass das, was Sie vorhin ausgesagt haben, dass Sie Ihren Mitarbeitern eigentlich dankbar gewesen sind, dass sie die Gerüchte an das LKA weitergegeben haben, auch noch unter dem Aspekt, wenn Sie jetzt betrachten, was dabei herausgekommen ist, richtig war?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich glaube und möchte das noch einmal unterstreichen, dass meine Mitarbeiter das nach bestem Wissen und Gewissen gemacht haben. So.

Was dabei herausgekommen ist? Ich habe das ja am Anfang in einem anderen Zusammenhang gesagt: Dass Herr Dr. Friedrich verhaftet worden ist, davon bin ich doch auch überrascht worden. Aber da würde ich keinen Zusammenhang herstellen zwischen der Verhaftung ... Das müssen aber die Justizbehörden beurteilen. Das kann ich doch nicht beurteilen. Ich will mich auf dieses Glatteis auch gar nicht bewegen, weil ich da auch keine Zuständigkeit habe. Das liegt in der Zuständigkeit der Justizbehörden.

Ich kann Ihnen nur sagen: Ich war auch überrascht, aber ich will es auch gar nicht bewerten. Aber wenn die Mitarbeiter Hinweise nicht gegeben hätten, dann hätten sie auch gegen das von Ihrer Regierung damals noch verabschiedete Korruptionsgesetz verstoßen. Dann hätten wir heute ein anderes Problem gehabt.

Stephan Gatter (SPD): Also, Ich will Sie hier nicht aufs Glatteis führen, sondern ich denke schon: Wenn es aus diesem Untersuchungsausschuss auch Lehren geben sollte, dann gehört auch eine mit dazu: dass man einmal darüber nachdenkt, ob dieses Antikorruptionsgesetz eigentlich in der Form, wie es hier jetzt angewandt worden ist, der richtige Weg ist, wenn man sieht, was daraus geworden ist. Aber das müssen wir jetzt nicht hier als Ausschuss ...

(Karl Kress [CDU]: Das Gesetz hätte früher angewandt werden müssen!)

Aber wir hatten eben so diese Diskrepanzen oder Diskussionen darüber, wie man das Antidiskriminierungsgesetz anwenden muss. Wäre das vielleicht etwas anders abgelaufen, wenn zum Beispiel die Vorwürfe oder die Gerüchte, die von dieser

Kommission Amtshilfe weitergegeben worden sind, vorher vom Staatssekretär oder auch von Ihnen einmal auf Tatsachen oder einfach auf Plausibilität hin geprüft worden wären?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein, ich glaube, das wäre völlig falsch gewesen, Herr Abgeordneter. Denn dann hätten Sie mir heute doch vorgeworfen, ich hätte die Aussagen von Mitarbeitern sortiert, deren Aussagen ich nicht kenne. Ich kenne doch die Aussagen nicht. Ich habe doch keinen Kontakt zur Justiz gehabt, sondern habe das in die Kompetenz von sehr tüchtigen Mitarbeitern des Hauses gegeben, die auch in der konkreten Situation dafür verantwortlich waren, und die haben den Kontakt zur Justiz gehabt. Überlegen Sie mal, ich hätte die vorher gefilzt als Minister. Das wäre doch das Allerletzte gewesen.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Einflussnahme wäre das gewesen!)

Stephan Gatter (SPD): Also, Herr Ellerbrock.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Entschuldigung, ich habe das zu meinem Mitarbeiter gesagt! Ich glaube, das war zu laut!)

Ein Mitarbeiter des Generalstaatsanwalts, Herr Oberstaatsanwalt Frobel, hat in diesen Untersuchungsausschuss den Tatbestand des Tunnelblicks eingeführt. Er hat nämlich seiner Staatsanwaltschaft Wuppertal nicht vorgeworfen, aber gesagt, es könnte auch sein, dass in diesem Fall so manch ein ermittelnder Beamter einen Tunnelblick gehabt und gar nicht mehr richtig gesehen hat, was rechts und links eigentlich passiert, sondern sich so in diesen Fall verbissen hat und diesen Fall unbedingt gelöst haben wollte, dass man von einem Tunnelblick reden musste. Deswegen musste dann auch von der Generalstaatsanwaltschaft gesagt werden: Jetzt werden die Ermittlungen eingestellt.

Sie werden sich als Minister wahrscheinlich berichten lassen, was hier in diesem Ausschuss passiert ist, wie sich auch Ihre Mitarbeiter geäußert oder dargestellt haben. Könnte es sein, dass dieser Tunnelblick vielleicht bei dem einen oder anderen Mitarbeiter Ihres Ministeriums auch vorhanden war und das dass vielleicht auch dazu geführt hat, dass die Ermittlungsbehörden sich in etwas verbissen haben, was sich im Nachhinein als nicht korrekt herausgestellt hat?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Also, bei meinen Mitarbeitern kann ich mir das überhaupt nicht vorstellen. Und was die Justiz in Nordrhein-Westfalen angeht, dazu will und kann ich keine Aussage machen.

Stephan Gatter (SPD): Aber Sie haben verstanden, was ich mit dem Tunnelblick meine?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Aber wir sitzen hier doch in einem Untersuchungsausschuss, Herr Gatter. Wir sitzen doch nicht bei einer Tasse Kaffee zusammen.

Stephan Gatter (SPD): Ich sitze bei einer Tasse Kaffee. Sie haben keine bekommen. – Aber ich will noch einmal darauf zurückkommen. Wie soll ich es ausdrücken?

(Holger Ellerbrock [FDP]: Mal frei!)

– Dann heißt es wieder, ich würde bewerten.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Dann sagen wir das doch!)

Ich versuche es einmal andersherum: Ihr jetziger Abteilungsleiter I, Henrich, ist ja verblüffenderweise noch einmal von uns vernommen worden, weil er seine Aussagen schriftlich zurückgenommen hat.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Modifiziert!)

– Er hat sie zurückgenommen, sie sind nicht nur modifiziert worden; er hat sie auch zurückgenommen.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Unterschiedliche Wahrnehmung der Realität!)

– Bei Herrn Henrich, das kann ich nachvollziehen, ja.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Sie sind mit Fragen dran.

Stephan Gatter (SPD): Ja. – Er ist hier mit einem Rechtsbeistand erschienen. Wer hat eigentlich diesen Rechtsbeistand bezahlt?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nach meinen Informationen bezahlt derjenige den Rechtsbeistand, der ihn bestellt. Ich will einmal etwas zu Herrn Henrich sagen: Ich habe mich auch mit Herrn Henrich über diesen Vorgang nicht unterhalten, weil auch ein Abteilungsleiter I gegenüber dem Staatssekretär und dem Minister, bevor er in einen solchen Ausschuss geht, frei sein muss. Es hat auch von mir nicht irgendeine Einflussnahme gegeben. Ich habe dann gehört – nachdem Herr Henrich eine schwere Herzoperation hatte –, dass er überhaupt in den Ausschuss gegangen ist. Er war bei der Vernehmung offensichtlich gar nicht in der Lage, eine solche Anhörung durchzuhalten.

Es haben sich auch andere Mitarbeiter bei uns aus dem Haus sehr schwer damit getan, hier bei dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu bestehen und klarzukommen, und zwar nicht, weil das von der Sache her nicht können, sondern weil sie die politische Auseinandersetzung, die damit verbunden ist, diese Welt einfach nicht kennen. Das ist offensichtlich bei Herrn Henrich auch so gewesen. Aber ich habe mich weder im Vorfeld noch dann im unmittelbaren Nachfeld – ich habe ihm natürlich alles Gute gewünscht und dass er wieder gesund wird – mit ihm über diese Einzelheiten unterhalten. Das habe ich mit den anderen aber auch nicht.

Stephan Gatter (SPD): Das hatte ich Sie gar nicht gefragt, weil ich davon ausgegangen bin, weil Sie ja schon gesagt haben, Sie hätten sich damit nicht ... Ich wollte

einfach nur wissen, wer den Rechtsbeistand bezahlt hat; das war ja etwas Außergewöhnliches.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nach meinen Informationen ist es so – da muss ich mich noch einmal schlau machen –: Da gibt es eine ganz klare Rechtsverordnung, wer die Kosten zu tragen hat, und das ist weitgehend derjenige, der den Anwalt bestellt. Aber das kann ich gerne nachliefern, bevor ich hier was Falsches sage.

Stephan Gatter (SPD): Wer hat denn den Anwalt bestellt?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Den hat Herr Henrich sich bestellt. Klar.

Stephan Gatter (SPD): Jetzt muss ich mal blättern. – Eine der Grundfragen auch in diesem Ausschuss betrifft sehr gegensätzliche Aussagen. Aussage aus Ihrem Ministerium: Wir haben keine Korruptionsanzeige gestellt. – Aussage von LKA-Beamten: Natürlich hat das Ministerium die gestellt.

(Karl Kress [CDU]: Herr Lech hat das ganz anders dargestellt!)

– Was?

(Karl Kress [CDU]: Herr Lech hat das ganz anders dargestellt! -
Weitere Zurufe)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Gatter, Sie müssten das schon an entsprechenden Fundstellen im Ausschussprotokoll ...

Stephan Gatter (SPD): Dazu bin ich jetzt nicht in der Lage, und das möchte ich jetzt auch gar nicht weiter, weil ich schon weiß, was ich in den Protokollen gelesen habe. Ich weiß, dass es zum Beispiel auch eine sehr große Rolle in allen Sitzungen des Haushaltskontrollausschusses und Sitzungen des Umweltausschusses gespielt hat, dass der Staatssekretär Dr. Schink immer gesagt hat, es wäre vom Ministerium aus keine Anzeige wegen Korruption gestellt worden. Und die Aussagen der LKA-Beamten habe ich anders in Erinnerung und auch anders empfunden.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Empfunden! Das kann sein!)

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Wenn Sie mir das jetzt als Frage stellen, kann ich noch einmal das bestätigen, was Herr Staatssekretär Dr. Schink gesagt hat, dass es keine Korruptionsanzeige unseres Hauses gibt. Es ist ja so gewesen, dass das LKA sich nach diesem „Bild“-Zeitungs-Artikel bei uns gemeldet hat. Die haben dann Ermittlungen aufgenommen, und daraufhin hat sich wohl eine Strafanzeige entwickelt. Über diesen Punkt haben wir uns aber auch schon stundenlang im Ausschuss unterhalten. Aber es ist in dem Zusammenhang keine Strafanzeige gestellt worden, die von Herrn Staatssekretär Dr. Schink unterschrieben war.

Stephan Gatter (SPD): Ab wann haben Sie denn erfahren, dass es doch um Ermittlungen im Korruptionsbereich geht?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich habe immer mal gehört, dass es da Ermittlungen gibt. Aber ich habe dem keine große Bedeutung beigemessen. Deswegen kann ich Ihnen heute den Tag nicht mehr nennen.

Stephan Gatter (SPD): Und Sie sind auch vom Staatssekretär – wenn ich es richtig verstanden habe – sporadisch informiert worden? Je nach Bedarf oder ...

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein, ich bin regelmäßig vom Staatssekretär unterrichtet worden. Aber diese Korruptionsfrage hat für den Staatssekretär auch nie eine Rolle gespielt.

Stephan Gatter (SPD): Dann frage ich mich aber eigentlich, wieso dann von dieser Kommission Amtshilfe – das ist nicht mein Zitat; das ist ein Zitat aus einem Brief von Frau Delpino – gerade solche Sachen gesammelt wurden. Denn Laptop, Reise nach Südfrankreich, Smart sind ja nun klassische Korruptionstatbestände gewesen.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Mhm. – Es gab auch keine Arbeitsgruppe Amtshilfe. Es hat einen Arbeitskreis innerhalb des Ministeriums gegeben, der zusammengesetzt worden ist, eine Arbeitsgruppe, um die Fragen, die von den Justizbehörden an unser Haus gerichtet worden sind, zu beantworten. Und die haben die Fragen so beantwortet, wie sie sie beantwortet haben. Ich kannte weder die Fragen noch die Antworten, weil ich als Minister keinen Einfluss nehmen wollte auf die Ermittlungen, die dort stattfanden.

Stephan Gatter (SPD): Aber wenn diese Kommission – so hieß das Ding, glaube ich, sogar offiziell in Ihrem Ministerium – Amtshilfe ...

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich nenne sie nicht so, aber Sie nennen sie weiterhin so.

Stephan Gatter (SPD): Nein, Entschuldigung, sie hat sich so genannt. Ist ja auch egal, wie das Kind heißt. Aber wenn die nur dafür da war, die Sachen zu prüfen und zu sichten, die die Ermittlungsbehörden an das Ministerium herangetragen haben, dann frage ich mich: Wie sind denn dann diese Korruptionsverdachte – nämlich Smart, Laptop und die Reise nach Südfrankreich – überhaupt an die Ermittlungsbehörden gekommen durch Ihr Haus?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich kann dazu keinen Beitrag leisten.

Stephan Gatter (SPD): Wer kann denn einen Beitrag dazu leisten?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Unser Haus nicht.

Stephan Gatter (SPD): Das kam doch aus Ihrem Haus.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Es ist so, dass das LKA sich an unser Haus gewandt hat, und als diese Anfrage kam, hat der Staatssekretär eine Arbeitsgruppe eingesetzt, damit die Fragen des LKA beantwortet werden können. Da sind Hinweise gegeben worden. Welche Hinweise da gegeben worden sind, entzieht sich meiner Kenntnis.

Stephan Gatter (SPD): Mit den Hinweisen meinen Sie die Weitergabe von den Gerüchten?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ja.

Stephan Gatter (SPD): Okay, von mir aus war es das erst mal.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Vielen Dank, Herr Gatter. – Als Nächstes ist Herr Kollege Ellerbrock dran.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Minister, Sie haben eben Ausführungen auf die Fragen des Kollegen Deppe zu PFT gemacht. Ist irgendwo ein Nachweis in den Akten des Ministeriums vorhanden, dass ein Hinweis aus dem Westfälischen Wochenblatt, der Landwirtschaftlichen Zeitung, hinsichtlich PFT im Haus ... War a) dieser Artikel bekannt, und ist b) irgendetwas in den Akten gefunden worden, was darauf hinwies, dass das im Haus aufgegriffen worden ist? Ist Ihnen etwas bekannt?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein, das ist mir nicht bekannt, Herr Abgeordneter. Ich weiß nur, dass dieser Artikel damals bekannt war. Dass er dann natürlich, als diese PFT-Problematik eine Rolle spielte, dass es dann deutlich wurde ... Wir haben uns ja auch im Ausschuss mehrmals darüber unterhalten, dass es schon diese Hinweise gegeben hat und dass ich mich darüber gewundert habe, dass der damalige Abteilungsleiter, der hinterher mit Herrn Remmel gemeinsam mein Hauptkritiker in Sachen PFT-Bekämpfung war, diese ersten Hinweise nicht aufgenommen hat. Das hat mich sehr gewundert.

Holger Ellerbrock (FDP): Ich zitiere das Ausschussprotokoll 14/775, Seite 59. Da habe ich gefragt:

Gewähren Sie mir einfach einmal ein Zwischenfazit. Erstens ist festzustellen: 2002 ist eine Problematik mit dieser GD Umwelt aufgetaucht. Es ist nichts geschehen. Der Vorwurf, dass jemand mundtot gemacht werden soll, geht doch in sich ins Leere, wenn jemand gar nichts getan hat. Derjenige, der bei PFT nichts getan hat, kann wegen PFT auch nicht mundtot gemacht werden.

Das bezieht sich auf den Vorwurf, dass mein geschätzter Kollege Remmel damals noch der Auffassung war, dass man einen Abteilungsleiter wegen PFT mundtot gemacht haben soll. Ist Ihnen diese Aussage bekannt, und teilen Sie sie?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Sie ist mir nicht bekannt, aber ich teile sie.

Holger Ellerbrock (FDP): Okay. Sie haben eben angesprochen, dass in einem bestimmten Medium in regelmäßiger Abfolge der Themenkreis PFT thematisiert worden ist. Wenn man das jetzt in Zusammenhang bringt mit der Verhaftung von Dr. Friedrich: Sind da irgendwelche Korrelationen in der Veröffentlichungsabfolge festzustellen gewesen?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Also, das kann ich nicht beurteilen. Ich nehme diese Artikel natürlich zur Kenntnis. Da ist natürlich dann der Zusammenhang hergestellt worden zu der Verhaftung von Dr. Friedrich bzw. vor allen Dingen vorher dem, dass wir uns von Herrn Dr. Friedrich getrennt haben bei uns aus dem Haus. Aber dass es da keinen Zusammenhang gibt, das hat sich ja inzwischen herumgesprochen.

Holger Ellerbrock (FDP): Das Letzte habe ich nicht gehört.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Dass es da keinen Zusammenhang gibt, das hat sich ja inzwischen herumgesprochen, schon aufgrund der Tatsache, dass der eigentliche Kampf gegen PFT in Nordrhein-Westfalen begonnen hat, nachdem Herr Dr. Friedrich kein Abteilungsleiter mehr war.

Holger Ellerbrock (FDP): Ich habe die Frage nicht hinreichend präzise oder verständlich gestellt. Es ist in meinem Kopfe verankert, dass eine Regelmäßigkeit in den Mediendarstellungen da war. Und diese Regelmäßigkeit – so ist das in meinem Kopfe verankert, und deswegen frage ich Sie, ob das von der Realität her zutrifft – war, nachdem Herr Dr. Friedrich verhaftet worden war, nicht mehr festzustellen.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein, das hat sich eigentlich die gesamten Jahre insbesondere durch eine Wochenzeitung gezogen in Nordrhein-Westfalen. Das war vor der Verhaftung von Herrn Dr. Friedrich der Fall und auch danach, wenn ich das noch richtig in Erinnerung habe.

Holger Ellerbrock (FDP): Ist Ihnen noch bekannt ...

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Die Artikel sind im Laufe der Zeit etwas kleiner geworden.

Holger Ellerbrock (FDP): Und auch nur in einer Zeitung, aber okay. – Ist Ihnen bekannt, ob der Herr Dr. Friedrich in dieser Zeit noch Kontakte mit Ihrem Hause und mit Kolleginnen und Kollegen aus Ihrem Hause gepflegt hat?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Dazu kann ich nichts sagen.

Holger Ellerbrock (FDP): Gibt es denn Verhaltensregeln für ausgeschiedene Mitarbeiter, wie sie sich zu Problemkreisen zu verhalten haben, die im Zuge ihrer dienstlichen Tätigkeit aufgetreten sind, wie die weiter zu behandeln sind?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Da wird es sicherlich Dienstregelungen geben, ja.

Holger Ellerbrock (FDP): Aber ... Gut; dann belasse ich es erst einmal dabei.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Vielen Dank, Herr Ellerbrock. – Als Nächster ist Herr Kollege Stüttgen an der Reihe.

Gerd Stüttgen (SPD): Herr Uhlenberg, bitte schauen Sie sich einmal um. Hier sitzen einige Personen, die ich Ihrem Ministerium zuordnen würde, ohne jetzt genau zu wissen, ob sie wirklich ins MUNLV gehören. Wie viele Personen, die jetzt hier im Raum sind, sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des MUNLV?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Hier?

Gerd Stüttgen (SPD): Im Raum.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ist das wichtig?

Gerd Stüttgen (SPD): Ich würde Sie schon bitten, diese Frage zu beantworten.

(Zuruf von Karl Kress [CDU])

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Vier. Vielleicht habe ich sie aber noch nicht alle gesehen. – Oh, doch fünf; der stellvertretende Personalratsvorsitzende ist da. Das zeigt aber doch auch ein hohes Interesse von Mitarbeitern.

Gerd Stüttgen (SPD): Das ist eine relativ hohe Anzahl von Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern Ihres Hauses.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Das finde ich nicht. Wenn der Minister beim Parlamentarischen Untersuchungsausschuss ist, ist ja von fünf Mitarbeitern ... Ich habe sie nicht aufgefordert, hierhin zu kommen.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

– Bitte?

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Dann müssen direkt alle 400 kommen! – Heiterkeit – Gegenruf von der CDU: Wenn er so gut ist wie jetzt, ist das richtig!)

Ich weiß also nicht, ob das eine hohe Zahl ist.

Gerd Stüttgen (SPD): Wie viele Mitarbeiter Ihres Hauses waren denn bei den sonstigen Ausschusssitzungen beauftragt, an diesen Sitzungen teilzunehmen?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Wesentlich mehr. Bei den normalen Ausschusssitzungen ...

Gerd Stüttgen (SPD): Nein, ich rede jetzt von Untersuchungsausschusssitzungen.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Überhaupt keine waren beauftragt. Wenn zum Beispiel der stellvertretende Personalratsvorsitzende heute an der Ausschusssitzung teilnimmt, dann macht er das aus eigenem Interesse. Dass der Leiter Ministerbüro hier ist, ist eine Selbstverständlichkeit. Dass ein Vertreter der Pressestelle da ist, ist auch eine Selbstverständlichkeit, und noch der eine oder andere Mitarbeiter. Ich kann Ihnen auch sonst nicht sagen, wer an den Ausschusssitzungen teilnimmt. Ich weiß das nicht.

Gerd Stüttgen (SPD): Nein, es geht mir auch nicht um Namen. Aber es haben regelmäßig mehrere Personen aus Ihrem Haus ...

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ja, das will ich doch wohl hoffen.

Gerd Stüttgen (SPD): ... an den Sitzungen des Untersuchungsausschusses teilgenommen haben?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ja, aber selbstverständlich.

Gerd Stüttgen (SPD): Ja. – Haben Sie eine Vorstellung, welche Kosten das Ihrem Hause verursacht haben könnte?

(Zurufe)

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ob ein Untersuchungsausschuss eingesetzt ist, ist ja eine parlamentarische Entscheidung. Den haben nicht wir als Ministerium eingesetzt. Das parlamentarische Recht schätze ich als langjähriger Abgeordneter aber so hoch ein, dass überhaupt keine Kosten zu hoch sind, um an die Wahrheit zu kommen.

(Beifall von Holger Ellerbrock [FDP])

Dass ich als Minister diesen Ausschuss als politisches Kampfinstrument ansehe und ihn für völlig überflüssig halte, ist eine andere Frage. Die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses ist aber ein hehres Recht eines Abgeordneten des Parlaments.

Gerd Stüttgen (SPD): Es geht ja nicht um die Einsetzung des Ausschusses. Es geht darum, wie viele Mitarbeiter aus Ihrem Hause abgeordnet waren und damit die entsprechenden Kosten verursacht haben.

(Zuruf)

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Wenn ich mir einmal die ganzen Anfragen ansehe, die das Parlament – auch das will ich nicht kritisieren – im Laufe der Zeit bei uns im Haus zu diesem gesamten Thema eingereicht hat und die nach meiner Auffassung alle schon dreimal beantwortet waren ... Dort haben wir auch nicht angefangen, das entsprechend hochzurechnen. Das liegt mir auch fern, weil es hier wirklich um demokratische Rechte der Abgeordneten, also von Ihnen, geht. Ich bin auch weit davon entfernt, Ihre Rechte als Abgeordnete in irgendeiner Form einzugrenzen.

Gerd Stüttgen (SPD): Herr Uhlenberg, sind Sie vom Landeskriminalamt auf die heutige Sitzung in irgendeiner Weise vorbereitet worden?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ach Herr Abgeordneter, Sie sind doch den ganzen Tag dabei. Ich habe mehrmals gesagt, dass ich mit den ganzen Justizbehörden nicht ein Mal Kontakt gehabt habe.

Gerd Stüttgen (SPD): Gut; das Landeskriminalamt ist ja keine Justizbehörde. Okay; danke.

Sie haben eben kurz die Turbulenzen um die Aussage von Herrn Henrich erwähnt. Herr Henrich hat hier ja zweimal ausgesagt. Sie haben ausgeführt, Sie hätten im Vorfeld der Aussage nicht mit ihm gesprochen. Haben Sie nach seiner zweiten Aussage mit ihm persönlich über seine Aussage hier im Ausschuss gesprochen?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich habe gehört, dass es Herrn Henrich gesundheitlich sehr schlecht geht, und habe ihm alles Gute gewünscht.

Gerd Stüttgen (SPD): Sie haben also inhaltlich nicht Kontakt aufgenommen?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein.

Gerd Stüttgen (SPD): Okay. – Haben sich andere Zeugen, die hier vor dem Ausschuss ausgesagt haben, in der Sache persönlich an Sie gewandt?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein.

Gerd Stüttgen (SPD): Wie würden Sie zu dem Vorwurf stehen ...

(Der Vorsitzende räuspert sich.)

– Gut, ich stelle die Frage um. Die Arbeitsgruppe Amtshilfe, die ja unter Federführung von Herrn Dr. Günther gewirkt hat, hat ja, ich sage einmal, Material in Bezug auf das Verhalten von Herrn Dr. Friedrich zusammengetragen. Sind Sie der Ansicht, dass dieses Zusammentragen von Material letztendlich dazu geführt hat, dass dieses ganze Verfahren überhaupt erst dieses Ausmaß gewinnen konnte?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Das kann ich nicht beurteilen. Das LKA hat sich an unser Haus gewandt. Die wollten bestimmte Auskünfte aus unserem Haus haben. Dazu ist diese Arbeitsgruppe eingesetzt worden, um die Fragen des LKA zu beantworten. Welche weiteren juristischen Auswirkungen oder Konsequenzen das gehabt hat, kann ich nicht beurteilen.

Gerd Stüttgen (SPD): Wie ist Ihnen denn von den Mitarbeitern Ihres Hauses die Aussage von Herrn Henrich berichtet worden?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Bitte?

Gerd Stüttgen (SPD): Wie ist Ihnen von den Mitarbeitern Ihres Hauses die Aussage von Herrn Henrich berichtet worden?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Welche?

Gerd Stüttgen (SPD): Beide.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich weiß jetzt nicht, was Sie meinen.

Gerd Stüttgen (SPD): Herr Henrich hat zweimal vor diesem Ausschuss ausgesagt.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ja.

Gerd Stüttgen (SPD): Das hat ja in der Presse hohe Wellen geschlagen. Ich gehe davon aus, dass man Sie in Ihrem Hause auch aus erster Hand darüber informiert hat.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Dass er das hier noch einmal wiederholt hat?

Gerd Stüttgen (SPD): Dass er hier ausgesagt hat ...

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich habe doch gesagt, dass Herr Henrich eine Herzoperation hatte und dass er trotzdem diese Entscheidung getroffen hat. Es war für ihn eine große Belastung, vor diesem Untersuchungsausschuss zu stehen. Das sind alles sehr ehrenwerte Fachleute bei uns im Haus, die aber diesen täglichen Umgang mit Politikern und Landtagsabgeordneten Ihrer Güte gar nicht kennen – auch nicht diese politische Auseinandersetzung.

(Stephan Gatter [SPD]: War das jetzt ein Lob?)

Für mich ist es eine Freude, mit Ihnen zu diskutieren. Für Mitarbeiter meines Hauses ist das aber eine große Unsicherheit und eine Belastung. Das ist der Unterschied.

Gerd Stüttgen (SPD): Ich will noch einen letzten Aspekt ansprechen, den auch der Kollege Gatter eben schon angesprochen hatte. Frau Delpino, die in dem ganzen Verfahren auch eine gewisse Rolle spielt, hat sich ja zwei Jahre nach dem eigentlichen Einstellungsverfahren dahin gehend geoutet, dass sie von Herrn Dr. Friedrich mit entsprechenden Fragen versorgt worden sei. Das MUNLV hat gegen Frau Delpino kein Disziplinarverfahren eingeleitet und wohl noch nicht einmal disziplinäre Vorermittlungen geführt, die eigentlich notwendig und vorgeschrieben gewesen wären.

Haben Sie irgendetwas mit der Anordnung zu tun gehabt, kein Verfahren gegen Frau Delpino einzuleiten? Haben Sie angeordnet, da solle nicht ermittelt werden oder dergleichen? Oder ist das vonseiten des Staatssekretärs gekommen?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich habe damit nichts zu tun gehabt.

Gerd Stüttgen (SPD): Okay. – Das reicht mir. Danke.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Vielen Dank, Herr Stüttgen. – Gibt es im Augenblick seitens der CDU-Fraktion oder der FDP-Fraktion Fragen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist Herr Kollege Rimmel an der Reihe.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Drei Fragen; wenn es geht, drei kurze Antworten. – Herr Minister, Sie haben eben gesagt, dass Ihnen die Kommission so nicht bekannt ist. Ich frage Sie: Haben Sie Kenntnis davon, dass es eine solche Kommission, eingesetzt durch den Staatssekretär, überhaupt gibt?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich habe das nicht so gesagt, wie Sie es gerade gesagt haben, Herr Rimmel, sondern ich habe gesagt: Das LKA hat sich an unser Haus gewandt. Die wollten bestimmte Angaben haben. Daraufhin hat der Staatssekretär eine Arbeitsgruppe gebildet, die dieses Begehren des Landeskriminalamtes erfüllen kann. Diese Gruppe ist eingesetzt worden.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Ist die Einsetzung mit Ihrer Zustimmung erfolgt?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich bin darüber informiert worden und habe es begrüßt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Haben Sie die Kommission eingesetzt?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein. Die hat der Staatssekretär eingesetzt. Aber ich – er hat mich darüber informiert – habe das begrüßt. Ich fand es richtig, dass wir dann, wenn das LKA sich an unser Haus wendet, diese Fragen auch entsprechend kompetent beantworten können.

Johannes Remmel (GRÜNE): Gut. – Zweite Fragestellung: Sie haben eben – aber bitte jetzt nicht noch einmal in diesem Umfang; wir haben es ein Mal gehört – über die segensreichen Entwicklungen nach Ihrer Amtsübernahme gesprochen.

(Rainer Deppe [CDU]: Das kann man nicht oft genug hören!)

– Ja. Aber vielleicht können wir es dann doch für heute damit gut sein lassen. Ein Durchlauf reicht.

Ganz konkret würde ich mit Hinblick auf die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie gerne wissen: Hat es an irgendeiner Stelle einen hausinternen Erlass oder einen Hinweis gegeben, dass durch Ihre neue Politik die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie jetzt anders zu passieren hat? Ist ein solcher Erlass ins Haus gegangen?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, die Frage, ob es einen Erlass gegeben hat, kann ich nicht beantworten. Das Haus weiß aber, dass die Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie für mich eine hohe Priorität hat. Deswegen ist ja auch ganz am Anfang sehr schnell diese Bestandsanalyse über den Zustand der Gewässer in Nordrhein-Westfalen gemacht worden. Wir haben nach dieser Bestandsanalyse jetzt einen Katalog der Umsetzung all dieser Maßnahmen. Das bedeutet ja, dass wir in den nächsten Jahren weit über 1 Milliarde € ...

Johannes Remmel (GRÜNE): Das will ich jetzt nicht hören; das haben Sie ja schon dargestellt.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: ... für die Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie brauchen. Wir werden über 2.200 km Gewässer in Nordrhein-Westfalen wieder in einen besseren ökologischen Zustand versetzen. Das sind weniger Gewässer in den Mittelgebirgslagen, sondern mehr Gewässer in den landwirtschaftlich geprägten Regionen in Nordrhein-Westfalen.

Mein Haus und auch die Abteilung IV und auch die Haushaltsabteilung weiß – deswegen bin ich da auch immer im Gespräch mit dem Finanzminister; wir haben das ja auch neulich noch im Landtag ausgetauscht –, dass wir das jetzt auch schnell umsetzen. Wir haben die runden Tische eingerichtet.

Es kann sein, dass es hinterher noch einmal einen Erlass gegeben hat, um diese Arbeitsweise zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie entsprechend zu konkretisieren.

Ich kann mich noch sehr gut an eine Veranstaltung – ich meine, sie wäre in Duisburg oder in Oberhausen gewesen – zur Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie erinnern, an der auch Vertreter anderer Bundesländer teilgenommen haben. So haben mir zum Beispiel Mitarbeiter aus Niedersachsen gesagt, auch dort sei man lange nicht so weit in Nordrhein-Westfalen.

Ich fahre diese Woche auch noch in die Niederlande, um das mit der niederländischen Agrarministerin zu besprechen. Der niedersächsische Kollege ist auch mit dabei. Ich möchte nämlich auch gerne, dass wir vergleichen können, wie die Wasserrahmenrichtlinie in Nordrhein-Westfalen, in Niedersachsen und in den Niederlanden umgesetzt wird.

Für mich hat das also eine ganz hohe Priorität. Deswegen haben wir ja auch die entsprechenden Finanzmittel zur Verfügung gestellt. Das läuft also alles sehr gut.

Ob es noch einen Erlass oder irgendetwas gegeben hat, kann ich jetzt nicht sagen. Darum kümmere ich mich dann aber auch nicht, muss ich ganz ehrlich sagen. Mir geht es darum, dass wir in der Sache vorankommen. Meine Aufgabe ist es, dann auch beim Finanzminister dafür Sorge zu tragen, dass uns Finanzmittel zur Verfügung stehen, um die Wasserrahmenrichtlinie entsprechend umzusetzen, und dafür Sorge zu tragen, dass ich die politische Unterstützung der Koalitionsfraktionen und möglicherweise von allen Fraktionen des Landtages von Nordrhein-Westfalen habe. Das ist meine Aufgabe. Ich habe selber auch an einigen runden Tischen vor Ort teilgenommen, wo es natürlich auch Auseinandersetzungen zwischen den beteiligten Gruppen gegeben hat.

Johannes Remmel (GRÜNE): Herr Minister, es geht hier um politische Führung. In dem Ermittlungsverfahren hat das im Übrigen auch eine Rolle gespielt. Das Ganze lief unter dem Stichwort „politische Entscheidungsprärogative“. Ich frage Sie hier ganz dezidiert, weil das für den Verlauf der Ermittlungen von entscheidender Bedeutung war: Hat es nach Ihrem Amtsantritt 2005 unter dem Stichwort „politische Entscheidungsprärogative“ eine Veränderung gegeben, die erkennbar durch Erlass dem Haus und damit auch der Abteilung IV mitgeteilt worden ist?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Es hat in vielen Bereichen eine Änderung der Politik in Nordrhein-Westfalen gegeben, Herr Abgeordneter Remmel.

Johannes Remmel (GRÜNE): Es geht um einen Erlass und eine entsprechende ...

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich kann Ihnen aber nur noch einmal sagen: Getrennt haben wir uns von Herrn Dr. Friedrich wegen des Regelverstoßes Landesrechnungshofschreiben, wegen des Einstellungsverfahrens Delpino und wegen des Verschwindens der Festplatte – und wegen keines anderen Punktes.

Johannes Remmel (GRÜNE): Noch einmal – ich versuche es das letzte Mal –: Hat es eine Veränderung der Politik gegeben, im Haus angekündigt durch ein Schreiben, durch einen Erlass? Ist irgendwo dokumentiert, dass es nach 2005 in Bezug auf die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie, von der ja auch die ganzen Projektvergaben abgeleitet sind, eine andere Politik hätte geben müssen?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ja, natürlich hat es eine andere Politik bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie gegeben.

Johannes Remmel (GRÜNE): Es geht darum, ob Sie das angeordnet haben.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ja, selbstverständlich habe ich das angeordnet. Sonst wären wir nicht so weit.

Johannes Remmel (GRÜNE): Vielleicht könnten Sie ...

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, Sie saßen doch damals in den Sträuchern und haben sich mit allen Verbänden bekämpft. Aus dieser Schwierigkeit wollte ich herauskommen.

Johannes Remmel (GRÜNE): ... (akustisch unverständlich)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Meine Herren, wir sollten uns darauf verständigen, dass immer nur einer spricht.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Um Sie zu beruhigen: Wir haben in Nordrhein-Westfalen auch bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie keine Umweltstandards gesenkt. Vielmehr haben wir eine neue Umweltpolitik in Nordrhein-Westfalen umgesetzt. Das hat insbesondere, was Stilfragen angeht, zu einer völlig anderen Politik geführt, als es 2005 der Fall war. Von daher kann es auch durchaus sein, dass es noch mal irgendein Schreiben gegeben hat, dass das eine oder andere geändert wird. Das hoffe ich doch.

Johannes Remmel (GRÜNE): Gut. Dann würde ich Sie bitten, weil wir das aus den Unterlagen nicht entnehmen können, dass Sie uns dann noch nachliefern, wann ab Ihrem Amtsantritt sich die politische Entscheidungsprärogative in Ihrem Haus so verändert hat, dass Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, insbesondere Abteilungsleiter und die Abteilung, erkennen konnten: Dieser Minister und diese Landesregierung möchte die EU-Wasserrahmenrichtlinie anders umsetzen als bisher. – Wenn Sie es nicht parat haben, können Sie ...

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Wenn es ein solches Schreiben gibt ... Ich weiß gar nicht, ob es üblich ist, Ihnen das zur Verfügung zu stellen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich bitte Sie darum.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich habe damit aber auch keine Probleme. – Noch einmal: Ich bin ja nicht in dieses Haus gekommen, um die alte rot-grüne Umweltpolitik in Nordrhein-Westfalen fortzusetzen, ...

Johannes Remmel (GRÜNE): Das denke ich mir. Die Frage ist ja immer ...

Zeuge Eckhard Uhlenberg: ... sondern ich bin in das Haus gekommen, um eine Politik zur Bewahrung der Schöpfung in Nordrhein-Westfalen zu machen, die eine andere Grundlage hat und deswegen auch sehr erfolgreich ist. Ich kann das ja gerne noch einmal wiederholen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich gehe nur davon aus, dass man das dann auch administrativ in Form von Hauserlassen oder ...

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ja, selbstverständlich. Das haben wir in allen Bereichen gemacht. Ich kann hier jetzt nur nicht die Frage beantworten, ob es dort einen entsprechenden Brief gibt. Wenn es den gibt, können Sie ihn gerne haben.

Johannes Remmel (GRÜNE): Gut. Dann bitte ich um den Brief oder Erlass, der deutlich macht, dass sich da etwas verändert hat – und möglicherweise Mitarbeiter sich auch nicht daran gehalten haben.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Dadurch sind wir mit der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie jetzt ja auch weitergekommen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Okay. – Sie haben eben von dem guten Klima im Haus geredet, das seit Ihrem Amtsantritt herrscht.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Davon haben Sie auch gehört, ja!)

Hier habe ich ein Schreiben des Personalrates, das wie folgt überschrieben ist: Der Personalrat MUNLV informiert – Ausgabe 47 – 14.12.2007 – Klima des Misstrauens.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Kollege Remmel, haben wir das in den Unterlagen?

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich kann es verteilen lassen. Das ist ein interessantes Dokument.

(Zuruf von der CDU)

– Nein, ich hätte es ja gar nicht eingeführt, wenn der Minister nicht selber vom guten Klima im Umweltministerium geredet hätte.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Gut; dann verteilen wir das erst einmal, und dann lesen wir es uns einmal durch.

(Rainer Deppe [CDU]: Ja, wir sollten es erst einmal lesen!)

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich habe das ja nicht eingeführt. Aber der Minister sprach von einem guten Klima im Haus.

(Referent Prof. Dr. Andreas Jurgeleit [CDU-Fraktion]: Es kommt nicht darauf an, was er antwortet, sondern darauf, was Sie fragen!

– Es geht um die Frage der hausinternen Ermittlungen. Das hatten wir ja schon einmal.

In Absatz 3 heißt es: Es begann mit der Kontrolle ...

(Zurufe von der CDU: Nein, nein! – Weitere Zurufe)

– Das lese ich jetzt einfach vor.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Kollege Remmel, Sie kommen gleich dazu, das zitieren zu können, wenn wir alle das vorher gesehen haben.

Johannes Remmel (GRÜNE): Okay, einverstanden.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Wenn der Personalrat etwas schreibt, wollen wir das schon lesen! – Es vergeht eine gewisse Zeit.)

Ich glaube, die ersten drei Absätze kann ich zitieren.

(Widerspruch von der CDU)

– Noch immer nicht?

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Kollege Deppe.

Rainer Deppe (CDU): Aus dem, was wir überfliegen konnten, ist überhaupt kein Zusammenhang zum Untersuchungsgegenstand erkennbar. Daher muss in nichtöffentlicher Sitzung beraten werden, ob das hier eingeführt werden kann.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wir unterbrechen die öffentliche Sitzung. Ich darf Sie, Herr Uhlenberg, und die Zuschauer bitten, kurz draußen Platz zu nehmen. Wir rufen Sie gleich wieder herein.

(Es schließt sich ein nichtöffentlicher Sitzungsteil – siehe nöAPr 14/231 – an.)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wir setzen die öffentliche Beweisaufnahme fort. Herr Uhlenberg, Herr Kollege Remmel hat eine weitere Frage an Sie.

Johannes Remmel (GRÜNE): Also noch einmal: Hier geht es um eine Information des Personalrates vom 14.12.2007.

(Zurufe von CDU und FDP: Nein!)

Sie ist überschrieben mit: Klima des Misstrauens im MUNLV.

(Rainer Deppe [CDU]: Herr Vorsitzender! – Weitere Zurufe)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Kollege Remmel, vielleicht sollen Sie zunächst die Frage stellen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Wenn der Minister den Vorhalt nicht kennt, kann er auch nicht ...

(Zurufe)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Den Vorhalt können Sie vielleicht nachher machen. Aber erst einmal stellen Sie bitte eine Frage.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich möchte gern zitieren, was hier steht. Das sind die ersten drei Absätze; ich will nicht das ganze Dokument vorlesen. Ich möchte das zitieren.

(Widerspruch von CDU und FDP)

Kaum ein Ministerium dürfte in den vergangenen 15 Jahren so viel Personal verloren haben wie das MUNLV.

(Zuruf von der CDU: Das gibt es doch nicht! – Zuruf von der CDU: Herr Kollege! – Weitere Zurufe)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Kollege Remmel, jetzt muss ich doch noch einmal bitten, dass ...

(Holger Ellerbrock [FDP]: Das hatten wir anders besprochen!)

Sonst würde ich bitten, die Sitzung noch einmal zu unterbrechen.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Das war anders besprochen!)

Ich möchte in öffentlicher Sitzung nicht aus dem nichtöffentlichen Teil berichten, aber erinnern Sie sich bitte: Sie wollten jetzt eine Frage stellen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Nein, das geht nicht. Hier steht: Hier gibt es einen direkten Bezug. Danach möchte ich fragen. Dazu muss ich auch zitieren dürfen.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Mir ist das völlig egal.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ja, aber nicht allen.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Von mir aus können Sie alles vorlesen. Das ist mir doch ganz egal.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Warten Sie einmal kurz, Herr Remmel.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Entweder machen wir es oder wir machen es nicht. Wir haben eben gesagt, nein. Die Fragen sollen direkt gestellt werden. Dann ist das so. Dann sagt der Minister, diese Antwort wäre für die Entscheidung völlig irrelevant. Das ist eine Frage der Exekutive, und sie hat mit uns nichts zu tun.)

Gut, dann bitte ich, die Sitzung zu unterbrechen. Herr Kollege Remmel!

Johannes Remmel (GRÜNE): Sie stellen jetzt die Frage, und ich komme danach.

Vorsitzender Thomas Kutschaty (SPD): Sie wollen Fragen stellen. – Dann müssen wir noch einmal unterbrechen. Entschuldigung, ich bitte noch einmal um Unterbrechung.

(Es schließt sich ein nichtöffentlicher Sitzungsteil – siehe nöAPr 14/231 – an.)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: So, wir setzen unsere öffentliche Beweisaufnahme fort. Herr Kollege Remmel hat Gelegenheit, an Herrn Uhlenberg eine weitere Frage zu stellen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich würde gerne von Ihnen wissen, ob Sie Kenntnis davon haben, dass im Zusammenhang mit den hausinternen Ermittlungen - Amtshilfen, die geleistet worden sind im Rahmen des Ermittlungsverfahrens – verstärkt private Telefonate von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Ihrem Hause kontrolliert worden sind.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein, davon habe ich keine Kenntnis.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ist Ihnen denn die Information des Personalrates vom 14.12.2007 bekannt?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ja, die ist mir bekannt. Das hat aber mit den ganzen Vorgängen im Zusammenhang mit Herrn Dr. Friedrich, soweit ich das in Erinnerung habe, überhaupt nichts zu tun. Da ging es darum, dass es da ein paar Entwicklungen im Hause gab, die zu einem Erlass – oder was das war – geführt haben. Da hat der Personalrat darauf hingewiesen: Haustierlass und andere Dinge stehen hier zum Beispiel drin. Da hat es hinterher noch einmal eine intensive Aussprache gegeben zwischen dem Personalrat und dem Staatssekretär und mir. Im Rahmen unserer re-

gelmäßigen Gespräche, die wir mit dem Personalrat führen, ist das ausgeräumt worden.

Johannes Rimmel (GRÜNE): In Abs. 3 steht hier:

Es begann mit der Kontrolle der privaten Telefonanrufe. Bis heute weiß der Personalrat nicht, nach welchen Kriterien die überprüften Personen ausgesucht worden sind. Ob bisher wirklich alle überprüften Personen seit Beginn der Aktivität darüber informiert worden sind, auch die, bei denen erfolglos überprüft wurde, entzieht sich unserer Kenntnis.

Nach welchen Kriterien sind denn Personen verstärkt überprüft worden, oder hat diese verstärkte Überprüfung überhaupt stattgefunden?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Es hat keine verstärkte Überprüfung stattgefunden.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Das ist eine Behauptung des Personalrates, die nicht stimmt?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Die kann ich überhaupt nicht nachvollziehen.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Die können Sie nicht nachvollziehen. – Hat es denn irgendwelche Untersuchungen der Telefonate der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hinsichtlich Kontakten zu Dr. Friedrich – Journalisten, Rechtsanwälten – gegeben?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ist mir nicht bekannt, nein. Das ist mit mir nie besprochen worden, um das mal so zu sagen.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Entsprechende Hinweise oder eine Festlegung durch Sie hat es nicht gegeben?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Sind denn bestimmte Personen besonders ausgesucht oder überprüft worden?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein, es gab diese Arbeitsgruppe von diesen drei Leuten nach der Anfrage des LKA bei uns, die die Fragen aufgearbeitet haben, die vom LKA an unser Haus gestellt worden sind. Sonst ist da nichts auf den Weg gebracht worden.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Das steht mit dieser Sache in keinem Zusammenhang?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein. Das war ein Vorgang, dass es so ein paar Entwicklungen im Hause gegeben hat. Ich darf noch einmal das, was in diesem Haustiererlass, ob man Tiere mitbringt und solche Dinge, Entfernung vom Arbeitsplatz ... spielten eine Rolle. Das sind normale Dinge, die immer mal zwischen Mitarbeitern des Hauses und der Hausleitung mit dem Staatssekretär diskutiert worden sind. Das hat zu diesem Erlass geführt. Aber ich habe eben schon darauf hingewiesen, wir führen regelmäßig Gespräche mit dem Personalrat, da ist das ausgeräumt worden.

Johannes Remmel (GRÜNE): Das Schreiben ist überschrieben mit „Klima des Misstrauens“, Datum ist der 14.12. Zu diesem Zeitpunkt liefen gerade die Hauptermittlungen durch das LKA, auch die entsprechenden Zeugenvernehmungen beim LKA. Deshalb frage ich Sie noch einmal: Gibt es da einen Zusammenhang zwischen ...

(Karl Kress [CDU]: Vereinbarungen kann man hier nicht mehr treffen!)

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich kann nur sagen, Herr Abgeordneter Remmel, bei mir hat sich noch nie ein Mitarbeiter oder ein Mitglied des Personalrats gemeldet und hat gesagt: Es gibt da irgendwie ein Misstrauen, dass Telefongespräche im Zusammenhang mit Friedrich abgehört werden. Ich höre das zum ersten Mal im Zusammenhang auch mit Friedrich. Diesen Vorwurf hat es auch noch nie gegeben.

(Rainer Deppe [CDU]: Den gibt es auch gar nicht! Ist eine Mache von dem Remmel!)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Vielen Dank. – Dann ist Herr Kollege Ellerbrock jetzt dran.

Holger Ellerbrock (FDP): Ich habe noch zu drei Problemkreisen erst einmal Fragestellungen; ich fange mit dem letzten an. Kollege Remmel hat das Personalratschreiben, das selbstverständliche Hinweise zu behördeninternen Sachen gibt, aufgeführt. Herr Minister, ich mache den Vorhalt MUNLV 1, 507. Da wird der gleiche, der dieses Schreiben unterschrieben hat, ein Herr Garthe ... Er hat auch gegen die fristlose Kündigung von Herrn Dr. Friedrich mit sofortiger Wirkung keine Bedenken erhoben. Ist das richtig? Gucken Sie sich das Schreiben noch einmal bitte eben an.

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Sie meinen dieses Schreiben? Vom Personalrat?

Holger Ellerbrock (FDP): Nein, das ist in der Akte MUNLV 1, 507.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Kommen Sie mal nach vorne, Herr Uhlenberg. Schauen Sie sich das mal an.

(Der Zeuge nimmt beim Vorsitzenden Einblick in die Unterlagen.)

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ich kann dazu sagen, dass es einen gewissen Unmut beim Personalrat am Anfang gab. Die Mitglieder des Personalrats haben hin und wieder etwas in der Zeitung gelesen, was die Person von Dr. Friedrich angeht. Die Mitglieder des Personalrats fühlten sich nicht zu jedem Zeitpunkt umfassend und ausreichend informiert. Das kann ich gerne bestätigen.

Als dann diese umfassende Information des Personalrats stattgefunden hat, ist auch dieser Brief von Herrn Garthe, dem stellvertretenden Vorsitzenden des Personalrats, verfasst worden, dass es keine Bedenken gibt, dass wir uns von Herrn Dr. Friedrich trennen.

Holger Ellerbrock (FDP): Zweitens. Es ist eben im Zusammenhang mit der neuen Umweltpolitik gefragt worden, wie das administrativ umgesetzt wird. In dem Zusammenhang habe ich noch ein paar Fragen:

Erstens. Gibt es in Ihrem Hause regelmäßige Abteilungsleiterbesprechungen?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Ja. Es gibt jeden Montagmorgen eine Abteilungsleiterbesprechung. Darüber hinaus gibt es noch Klausurtagungen. Wir sind zum Beispiel in der letzten Woche mit den Abteilungsleitern in Berlin gewesen und haben dort eine Klausurtagung durchgeführt. Dann holen wir uns Fachleute. Das Bundesamt für Risikobewertung war zum Beispiel dabei oder der Chef des Bundeskanzleramtes – wir sind im Bundeskanzleramt gewesen und haben dort eine Abteilungsleiterbesprechung durchgeführt –, oder der neue Staatssekretär im Bundesumweltministerium hat an unserer Leitungsklausur teilgenommen. Diese Klausurtagung gibt es eigentlich regelmäßig.

Holger Ellerbrock (FDP): Wurden bei so einer Klausurtagung die Grundsätze der neuen, von den neuen Koalitionsfraktionen getragene Umweltpolitik diskutiert und in den Zielen verdeutlicht und die Kollegen der Abteilungsleiter gebeten, diese entsprechend der neuen Zielsetzung umzusetzen?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Da brauchten wir gar nicht lange zu bitten. Ich glaube, politische Führung in einem solchen Ministerium ist klar. Die Abteilungsleiter sind, bis auf das Problem Dr. Friedrich, loyal gewesen und kennen den Koalitionsvertrag. Es gibt natürlich immer wieder bei Vorlagen noch mal Diskussionen, aber das nimmt keinen großen Raum ein.

Holger Ellerbrock (FDP): Ist innerhalb einer solchen, die Grundsätze einer neuen Umweltpolitik darstellenden Sitzung auch auf die Umsetzung oder Verwirklichung der EU-Wasserrahmenrichtlinie hingewiesen worden? Ist das da diskutiert worden?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Natürlich ist darüber diskutiert worden. Aber solche Gespräche mit den Abteilungen finden weniger in Abteilungsleiterbesprechungen statt, sondern, wenn es einen konkreten Anlass gibt, mit dem jeweiligen Abteilungsleiter

und den Referatsleitern. Bei den Abteilungsleiterbesprechungen sind ja nur die Abteilungsleiter dabei. Aber wenn man hinterher in diese Details geht – die Abteilungen sind ja wesentlich größer –, dann nehmen auch die entsprechenden Referatsleiter oder Mitarbeiter daran teil, die für den jeweiligen Bereich zuständig sind – zum Beispiel bei der Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie ist das Frau Dr. Frotscher-Hoof. Mit denen finden diese Gespräche in erster Linie statt. Wenn der Abteilungsleiter dabei ist, ist das auch gut, aber das braucht nicht der Fall zu sein. Und da gibt es natürlich im Laufe der Woche immer wieder Rücksprachen, die aber in der Regel beim Staatssekretär stattfinden.

Holger Ellerbrock (FDP): Wird über diese Rücksprachen, über diese grundsätzlichen Besprechungen Protokoll geführt?

Zeuge Eckhard Uhlenberg: Nein, das glaube ich nicht, dass darüber Protokoll geführt wird, sondern da geht es um Fragen ... Ich führe zum Beispiel als Minister regelmäßig Gespräche mit den Abteilungsleitern unter vier Augen, um mir auch ein Bild zu machen über die Situation im Haus. Ein solches Gespräch hat es gerade wieder in den letzten 14 Tagen gegeben, dass ich mich mit jedem Abteilungsleiter einmal im Jahr unter vier Augen unterhalte, um mir selber auch ein Bild zu machen von den Themen, von der Arbeitsweise, von der Zufriedenheit, möglicherweise von der Unzufriedenheit, die es natürlich auch immer wieder mal gibt.

Holger Ellerbrock (FDP): Dann war es das erst mal.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Vielen Dank, Herr Ellerbrock. – Ich schaue jetzt auf ein weißes Blatt links vor mir. Das bedeutet, dass sich bislang keine weiteren Fragesteller gemeldet haben. Daher frage ich in die Runde: Gibt es weitere Fragen an den Zeugen Uhlenberg? – Ich stelle fest, das ist nicht der Fall.

Herr Uhlenberg, dann bedanke ich mich, dass Sie heute zu uns gekommen sind. Ihre Aussage ist wörtlich protokolliert worden. Sie erhalten in den nächsten Tagen vorab einen Auszug aus dem Protokoll. Wenn Sie der Auffassung sind, dass Ihre Aussage hier falsch wiedergegeben worden ist im Protokoll, teilen Sie uns dies bitte innerhalb von 14 Tagen mit. Ich darf Sie jedoch bitten, dritten Personen dieses Protokoll nicht zur Kenntnis zu bringen.

Nach weiterer Beratung wird der Untersuchungsausschuss sodann entscheiden, ob Ihre Vernehmung gegebenenfalls fortgesetzt wird oder wir heute mit Ihrer Vernehmung komplett fertig geworden sind. Falls wir Sie noch einmal brauchen sollten, erhalten Sie darüber aber rechtzeitig von uns Bescheid.

Für heute war es das. Ich bedanke mich bei Ihnen für Ihr Kommen und wünsche Ihnen einen angenehmen Nachmittag. Auf Wiedersehen.

Damit sind wir am Ende unseres öffentlichen Teils der heutigen Sitzung. Dies ist im Augenblick zunächst unsere letzte öffentliche Beweisaufnahme gewesen. Ich darf mich daher bei dieser Gelegenheit schon mal vorsorglich bei unseren Zuschauern für

das regelmäßige Erscheinen bedanken. Ich wünsche Ihnen eine angenehme Zeit ohne Untersuchungsausschusssitzungen. Ich hoffe, es kommt keine Langeweile bei Ihnen auf.

Gibt es den Wunsch nach einem nichtöffentlichen Teil? – Das ist nicht der Fall.

Ich schließe hiermit die Sitzung. Herzlichen Dank!

(Allgemeiner Beifall)